Dienstag, 15. März 1983 · D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 62 - 11.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 : 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Honecker will im Oktober nach Bonn kommen

DW. Bonn

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzen- e Honecker will im Oktober die undesrepublik Deutschland be- ichen. Zu seiner Delegation sol- n das SED-Politbüromitglied littag und Außenminister Fischer ehören. Aus Regierungskreisen in onn verlautete, Bundeskanzler elmut Kohl werde aber erst nach einer für Ende April vorgesehe- en Regierungserklärung in kon- rete Terminplanungen für den esuch Honeckers eintreten. Bei üherer Gelegenheit hatte Kohl esagt, er rechne damit nicht vor ommer. Angesichts der hohen Er- artungen, die in der Öffentlich- eit mit dieser Visite verbunden ien, so hieß es in Regierungskrei- n, müsse der Besuch Honeckers ehr sorgfältig im Lichte der un- elösten „Probleme" vorbereitet erden. Es ist damit zu rechnen, aß Honecker auch Bonn besu- en wird. Bundespräsident Karl arstens hatte, als er anläßlich der rauerfeier für Breschnew in Mos- u mit Honecker zusammenge- offen war und dabei die Einla- ıng bekräftigt hatte, gesagt, er ürde sich freuen, bei dieser Gele- enheit den „DDR"-Staatsratsvor- tzenden zu sehen. Seite 10

ZITAT DES TAGES



» Die Stimmen, die bei der Bundestagswahl zur FDP gingen, sind nun wieder zur CDU zurückgekehrt. Das ist für uns ein Stück liberaler Verpflichtung. «

r schleswig-holsteinische Minister- äsident Uwe Barschel (CDU) in ei- n Interview mit der WELT.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

esen Sie zur Schleswig-Holsteinischen Wahl Beiträge auf den Seiten 2, 4 und 5

ür sukzessiven Abzug

SAD, Washington

Das amerikanische Verteidi- ngsministerium bezweifelt neu- dings, ob es notwendig ist, bis zu 00 taktische Atomwaffen in Euro- zu lagern. Experten im Pentagon ädieren dafür, die mit Atom- rengköpfen versehenen Geschos- und Minen sukzessive aus Euro- abzuziehen. Das berichtete ge- ern die „Washington Post" unter erufung auf hohe Beamte des US- erteidigungsministeriums. In m Bericht heißt es unter anderem ch, daß NATO-Oberbefehlshaber eneral Rogers in bisher geheimge- ltenen Aussagen vor einem Kon- eß-Ausschuß im vergangenen hr Zweifel an der Notwendigkeit r Stationierung von Neutronen- affen in Europa angemeldet habe.

:espräche in Kairo

AP, Kairo

In Kairo sind gestern die Gesprä- e zwischen Ägypten und Israel er eine weitere Normalisierung r Beziehungen nach einer neun- onatigen Pause wiederaufgenom- en worden. Die Unterbrechung ar mit der israelischen Invasion in ibanon begründet worden.

:eine Einreise

AP, München

Insgesamt 36 Bundesbürger sind it Donnerstag an der innerdeut- hen Grenze in Bayern und Hessen n der Reise zur Leipziger Früh- hrsmesse gehindert worden. Sie urden von den östlichen Grenzbe- nten zum Teil ohne Angabe von ründen zurückgewiesen; anderen urde erklärt, sie seien „in der DDR nerwünscht". Seiten 6 und 10

WIRTSCHAFT

Moskau prüft Reformen in der Wirtschaft

dpa, Moskau

Ein interministerieller Rat unter Vorsitz des Plan-Chefs Nicolai Baibakow soll ausdrücklich Reformmöglichkeiten für die sowjetische Planwirtschaft prüfen. Wie der Moskauer Wirtschaftsexperte Oleg Bogomolow jetzt in der Parteizeitung „Prawda" schrieb, gehe es dabei vor allem um die Frage, ob man zu einer größeren „Selbständigkeit" der Betriebe kommen könne, „bei gleichzeitiger Festigung der gesamtstaatlichen Leistungsprinzipien". Dabei könne die Sowjetunion insbesondere von der „DDR", Bulgarien und Ungarn lernen. Zu den Dingen, die Moskau von den anderen Ostblockstaaten „lernen" wolle, zählte Bogomolow vor allem den größeren Spielraum für „private Nebenwirtschaften" in der Landwirtschaft Ungarns und Bulgariens. Gleichzeitig mit dieser „Reform"-Ankündigung wurde in der „Prawda" über die Massierung von Planungspannen geklagt. In Leningrad bauten beispielsweise die Planer unverdrossen weiter Fabriken, obwohl einige der gerade erst fertiggestellten schon wegen Arbeitskräftemangels nur mit einem Viertel ihrer Kapazität fahren könnten.

Arbeitsplatzgarantie

dpa, Chicago

Insgesamt 80 Prozent der 2800 Arbeiter in dem Ford-Montagewerk in Chicago werden eine Arbeitsplatzgarantie für die Dauer ihres Berufslebens erhalten. Das sieht ein neuer, für die USA bahnbrechender Tarifvertrag vor. Nach Presseberichten bietet die Arbeitsplatzgarantie Schutz gegen „unbefristete" Entlassungen. Im Gegensatz dafür mußte sich die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft UAW allerdings zu weitreichenden Konzessionen bei der Klassifizierung von Arbeitsplätzen, bei der Verwendung von Teilzeit-Beschäftigten und bei der „Bestrafung" von häufig fehlenden Arbeitern bereit erklären.

10 Airbusse für BA?

AFP, London

Die britische Fluggesellschaft British Airways (BA) wird für 1988 nach einer Pressemeldung zehn Maschinen des Typs Airbus A 320 bestellen. Die britische Zeitung „Times" berichtete gestern, daß die Leitung der Airbus Industries bereits ein Angebot ausarbeitet. Ein Sprecher der Luftfahrtgesellschaft bezeichnete die Nachricht als verfrüht. Vorläufig habe BA unverändert vor, bei Boeing oder MacDonnell Douglas 20 Mittelstreckenmaschinen mit je 150 Plätzen in Auftrag zu geben. BA brauche diese Maschinen bereits 1986, um die neuen Bestimmungen für Lärmentwicklung einhalten zu können. Seite 12

Handelsabkommen

AP, Moskau

Moskau und Peking haben nach einer gestrigen Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass ein einjähriges Handels- und Zahlungsabkommen geschlossen, das den Umfang des beiderseitigen Handels im Jahr 1983 steigern soll. Das Abkommen wurde vom stellvertretenden sowjetischen Außenminister Iwan Grischin und dem chinesischen stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft und Handel, Jia Shi, unterzeichnet. Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben.

Aktien uneinheitlich

DW. Frankfurt

Bei teilweise lebhaften Geschäften führten Gewinnmitnahmen zu uneinheitlichen Aktienkursen. Das Geschäft am Rentenmarkt war schleppend. WELT-Aktienindex 124,1 (124,0), Dollarmittelkurs 2,3925 (2,3904) Mark. Goldpreis pro Feinunze 428,50 (420,50) Dollar.

WETTER

Einzelne Schauer

DW. Essen

Im Südosten bedeckt und teilweise andauernder Regen. In den übrigen Gebieten wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern. Temperaturen allgemein tagsüber bis 11 Grad, in der Nacht 7 bis 4 Grad.

Strauß meldet Anspruch auf Sitz in Kohls Kabinett an

Er will aber erst nach einem Angebot „weiteres beschließen"

MANFRED SCHELL, Bonn

Unmittelbar vor Beginn der vorbereitenden Koalitionsgespräche zwischen CDU und CSU hat gestern der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß öffentlich seinen Anspruch auf ein Ministeramt im neuen Bundeskabinett angemeldet. In einer in München verbreiteten Erklärung betonte Strauß: „Es ist selbstverständliche und einmütige Überzeugung der CSU, daß der Vorsitzende der zweitstärksten Koalitionspartei Anspruch auf Mitarbeit und Mitverantwortung im Bundeskabinett hat."

Zugleich aber machte Strauß deutlich, daß es ein herausgehobenes Ministeramt sein müßte, denn er verknüpfte seinen Anspruch mit dem Gewicht der CSU, das er bundesweit auf 10,9 Prozent bezifferte, und damit, daß es „seinen in 35 Jahren erbrachten Leistungen in der Bundespolitik" entsprechen müßte. Aber Strauß läßt wiederum offen, wie er sich letztlich entscheiden wird, denn seine Erklärung endet mit dem Satz: „Erst wenn ein Angebot vorliegt, kann unter Würdigung aller sachlichen und personellen Verhandlungsergebnisse weiteres beschlossen werden."

Bundeskanzler Helmut Kohl, der gestern abend im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn mit Strauß zusammentraf, hält den von dem CSU-Vorsitzenden erhobenen Anspruch für „legitim" vor allem auch aufgrund des Wahlergebnisses der CSU am 6. März. Die Frage sei nur, so hieß es in der Umgebung des Bundeskanzlers, wie dieser berechtigte Anspruch von Strauß „befriedigend" erfüllt werden könne.

Kohl ist offenkundig darum bemüht, die Gespräche mit Strauß nicht durch kritische Anmerkungen aus der CDU belasten zu lassen. Deshalb bestand auf seiten des Kanzlers die Absicht, schon beim ersten Zusammentreffen mit Strauß in aller Offenheit über diese prinzipielle Frage zu sprechen.

Strauß erwartet von Kohl ein „Angebot", wobei er wohl darauf verweisen wird, daß die CDU 191 Abgeordnete, die CSU 53 und die FDP 34 stellt. Aus der CSU weiß man, daß Strauß ernsthaft nur an zwei Ministerämtern interessiert ist: am Außenministerium und am Bundesfinanzministerium. Dem FDP-Vorsitzenden Genscher ist das Auswärtige Amt zugesagt worden. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat unmißverständlich erklärt, daß er mit diesem Ministeramt nicht zur Disposition steht. Kohl hat dies bekräftigt.

Die CSU hat nun die Überlegung geboren, Stoltenberg, Repräsentant des Nordens und Protestant, wäre auch ein geeigneter Nachfolger von Karl Carstens im Amt des Bundespräsidenten. Aber es gibt keine Anzeichen dafür, daß Stoltenberg, der 54 Jahre alt ist, schon jetzt aus der Tages-Politik ausscheiden möchte. Für Strauß bliebe deshalb nur das Verteidigungs- oder das Innenministerium übrig.

Für den sachpolitischen Teil der Verhandlungen hatten Kohl und Strauß Papiere mitgebracht. Der CSU-Vorsitzende hatte sein umfängliches Positionspapier – die WELT hat darüber berichtet – schon am Samstag dem Kanzler übermittelt.

Seite 2: Zur Sache

DER KOMMENTAR

Besuch?

HERBERT KREMP

Erich Honecker möchte, wie er in Leipzig erklärte, die Bundesrepublik Deutschland besuchen. Für den Besuch liegt eine Einladung der verflossenen Regierung vor. Bundeskanzler Kohl hat nach seiner Amtsübernahme im Oktober letzten Jahres die Höflichkeit seines Vorgängers bestätigt, wobei es ganz selbstverständlich ist, daß ein Besuch des Staatsratsvorsitzenden sorgfältig vorbereitet werden muß. Da dies nicht so einfach ist, wird sich der Bundeskanzler ein zweites Mal zu der Sache erst Ende April, nach der Regierungserklärung, äußern. Bis dahin ist keine amtliche Stellungnahme zu erwarten.

Honecker hat sich im Leipziger Messestand zur Situation in Deutschland zurückhaltend geäußert. Schärfere Töne blieben aus, weil sie nach der Umkehrung der Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik keinen Eindruck mehr machen würden. Hier steht jetzt niemand mehr unter dem Zwang, verfehlte Prophetien erfüllen zu müssen. Der frühere Bundeskanzler hatte sich darunter noch zu biegen wie eine Barlach-Figur. Nach Werbellin und trotz der Erfahrung von Güstrow am Tage der Vergewaltigung Polens stellte er im Dezember 1981 noch „Bewegung" bei Zwangsumtausch und Reiseverkehr in (vage) Aussicht. Nichts davon ist in Erfüllung gegangen. Das ganze Deutschland wartet.

Deshalb ist die sorgfältige Vorbereitung des Honecker-Besuchs ein Gebot der Vorsicht. Man kann die Deutschen nicht immer wieder enttäuschen. Wolkige Worte sind ebensowenig ein Ersatz wie ein süßes Bonbon. Es geht um die Minderung des Zwangsumtausches, der wie eine Geldmauer den Reiseverkehr behindert; es geht um eine Verbesserung der Reisemodalitäten, im Sinne der Kultivierung, der schikanefreien Zügigkeit. Und es geht um den Frieden an der Grenze, die, wie Rainer Barzel sagte, „frei sein muß von Furcht und Tod". Frieden – dazu gehört Freizügigkeit. Krieg ist nur möglich, wo Volksverhetzung betrieben wird. Haben wir das in Deutschland nicht mit historischer Eindringlichkeit erfahren?

Erkundet werden müßte zur Vorbereitung schließlich, was Honecker mit der Übernahme des Wortes „weniger Waffen" meinte. Wie auf Seite drei dieser Ausgabe zu lesen ist, hat Ost-Berlin seine Grenztruppen an der Zonengrenze zur Stoßtruppe für Offensiveinsätze hochgerüstet – während der Bundesgrenzschutz auf unserer Seite von dem fidelen Innenminister Baum ausgeplündert wurde. Dagegen wäre dann nichts mehr zu sagen, wenn die andere Seite folgen würde.

USA zu Zwischenlösung bereit

Weinberger: Nulloption bleibt Ziel der Genfer Verhandlungen über Raketen

TH. KIELINGER, Washington

Die amerikanische Regierung ist nach den Worten von Verteidigungsminister Weinberger durchaus bereit, „Zwischenergebnisse" bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen ins Auge zu fassen. Doch müßten die Sowjets den nächsten Schritt machen, nicht der Westen. „Sie haben bisher noch keinen ernsthaften Gegenvorschlag zu unserer Eingangsposition vorgelegt", sagte Weinberger.

In einem Fernsehinterview legte Weinberger zum ersten Mal offen, in welchem Kontext die USA die Möglichkeiten eines Zwischenergebnisses in Erwägung ziehen würden. „Wenn im ersten Paragraphen (einer solchen Zwischenvereinbarung) stünde, daß sofort nach der Unterzeichnung dieses interimistischen Abkommens beide Seiten zusammentreffen, um die letzte Stufe, die Stufe Null, auszuhandeln, dann, so glaube ich, könnte es ein Zwischenabkommen geben."

Weinberger griff damit Argumente auf, die einer seiner wichtigsten Berater, Staatssekretär Richard Perle, schon seit längerem inoffiziell verbreitet hatte. Die Amerikaner werden von der Sorge geleitet, Moskau könne sich auf einem Zwischenergebnis gleichsam ausruhen, so daß der Westen seine eigentliche Absicht, die Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten, aufgeben müsse.

Die westlichen Verbündeten der USA sehen dies nicht als ihre Hauptsorge. Sie drängen vielmehr, und zwar täglich stärker, daß Washington – nicht Moskau – den nächsten Schritt in Genf machen und bereits einen konkreten Vorschlag zu einer Zwischenlösung unterbreiten solle. Dies könne, so argumentierte der italienische Außenminister Colombo vergangene Woche in Washington, gefahrlos geschehen, da es nur darauf ankomme, die vier Prinzipien, die Präsident Reagan im Februar als Bedingung für jede Art Abkommen niedergelegt habe, zu beachten, darunter vor allem das Gebot der Gleichheit auf beiden Seiten.

Auch Bundeskanzler Kohl hat sich jetzt noch einmal ausdrücklich für die Unterbreitung eines neuen amerikanischen Vorschlags in Richtung einer Zwischenlösung ausgesprochen. In einem Interview mit der „Washington Post", das gestern veröffentlicht wurde, sagte er: „Jetzt ist die Zeit für einen neuen Vorschlag gekommen." Das heiße aber nicht, so fügte der Bundeskanzler hinzu, daß der Westen sein endgültiges Ziel, die Null-Lösung, aufgeben müsse.

„Die deutsche Karte ist für die Sowjets die entscheidende", fuhr Kohl fort. „Wenn sie merken, daß sie diese Karte nicht spielen können, dann wird dies in Genf seine Wirkung erzielen, besonders, wenn die Amerikaner einen Schritt nach vorne getan haben." Kohl deutete an, daß er sich in seiner Bereitschaft, mit der Dislozierung der neuen NATO-Waffen im Dezember zu beginnen, leichter fühlen werde, wenn die Amerikaner durch einen neuen Vorstoß in Genf, für die europäische Öffentlichkeit sichtbar, ihren ernsten Verhandlungswillen noch einmal bekräftigen.

Sozialisten hatten im zweiten Anlauf mehr Erfolg

Innenminister Defferre bleibt Marseilles Bürgermeister

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Staatspräsident Mitterand hat aus dem für die Linke unerwartet guten Ergebnis der Kommunalwahlen bisher keine unmittelbar erkennbaren Schlußfolgerungen gezogen. Er konferierte wie jeden Montag fast zwei Stunden lang mit Premierminister Mauroy.

Die Spekulationen über eine Regierungsumbildung, die noch in der Vorwoche in Paris hohe Wellen geschlagen hatten, waren abgeflaut, nachdem von den zehn Ministern, die sich zu einer Stichwahl hatten stellen müssen, neun in ihren Gemeinden einen Sieg errungen hatten. Nur die Staatssekretärin für Familienfragen, Georgina Dufoix, war in Nimes als Listenzweite in die Niederlage der Kommunisten hineingezogen worden. Die KPF scheint der eigentliche Verlierer der Wahlen zu sein.

Allgemein ging man in Paris am Montag davon aus, daß der Staatschef erfolgreiche Minister nicht „bestrafen" könne. Eine „technische" Regierungsumbildung im Sinne einer Straffung der Mannschaft, die nun schwierige wirtschaftliche und monetäre Aufgaben bewältigen muß, wird indes nach wie vor nicht ausgeschlossen.

Die Regierungsmehrheit hat im zweiten Wahlgang am Sonntag von der offenbar großen Mobilisierung der Wählerreserven profitieren und das schlechte Ergebnis des ersten Wahlgangs weitgehend wieder wettmachen können. So verlor sie nur 30 der 61 Städte von über 30 000 Einwohnern, welche sie 1977 erobert hatte. Insgesamt konnte die Linke von den 221 Städten dieser Kategorie 120 halten.

Als symbolhaft für den relativen Erfolg des Regierungslagers kann der Überraschungssieg des Innenministers Gaston Defferre in Marseille gelten, der seinen Gegner, den Giscardisten Gaudin, mit 52 Prozent Mehrheit höher als erwartet schlagen konnte. In Lille ging Premierminister Mauroy mit fast 54 Prozent überlegen aus der Stichwahl hervor. Mauroy wie Defferre stellten anschließend fest, die Opposition habe ihr Ziel – Rache für die Niederlage von 1981 zu üben – verfehlt. Oppositionsführer Chirac, der in Paris triumphierte, sprach dagegen von einer „Etappe zum Sieg in den Parlamentswahlen 1986".

Der Franc konnte sich am Montag an den Devisenbörsen im Verhältnis zum vergangenen Freitag leicht festigen, blieb aber mit einem Kurs von 2,87 zur D-Mark in der Nähe seines untersten Interventionspunktes. Eine generelle Bereinigung der Paritäten innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) wird, nachdem sich Erwartungen zum letzten Wochenende nicht erfüllten, in Paris als „direkt bevorstehend" gewertet. Als wahrscheinlicher Termin gilt das kommende Wochenende, dem unmittelbar der nächste europäische Gipfel in Brüssel unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl folgen wird.

Dem Vernehmen nach hat Wirtschafts- und Finanzminister Delors Bonn bereits wissen lassen, daß er von der Bundesrepublik ein besonderes Entgegenkommen bei der neuen Franc-Mark-Parität erwartet: Die D-Mark müsse stärker aufgewertet als der Franc abgewertet werden.

Seite 2: Das Wunder an der Seine
Seite 7: Stichwahl

Brandt wird Alterspräsident des Bundestages

hey. Bonn

Der von seinem Bundestagsmandat zurückgetretene Werner Vogel, Spitzenkandidat der Grünen in Nordrhein-Westfalen, hat gestern vor der Presse in Bonn zugegeben, SA-Sturmführer gewesen zu sein. Wie Vogel sagte, sei der Vorstand der Grünen in Nordrhein-Westfalen schon vor Jahren davon informiert gewesen.

Vertreter der Grünen erklärten gestern, daß es „Versäumnisse" bei der Listenaufstellung gegeben habe. Dort war Vogels NS-Vergangenheit nicht mehr zur Sprache gekommen. Für Vogel rückt der 28jährige Maurer Dieter Drabiniok ins Parlament nach.

Anstelle Vogels müßte jetzt der ehemalige Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, der am 11. April 70 Jahre alt wird, Alterspräsident werden. Er ist jetzt der älteste der 520 Parlamentarier.

Gegen Franke läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Unterschlagung und Urkundenunterdrückung in Zusammenhang mit Unregelmäßigkeiten in dem von ihm bis zum 1. Oktober geführten Ministerium. Franke hat deshalb verzichtet. Das Amt des Alterspräsidenten des Bundestages fällt nun an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt (69). Bereits nach der Wahl 1980 war die konstituierende Sitzung des Parlaments von einem Präsidenten der SPD eröffnet worden.

Polen gingen für „Solidarität" auf die Straße

AFP/AP/KNA, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa wollte nach eigenen Angaben gestern in Danzig selbst zum Denkmal für die Opfer des Werftarbeiter-Aufstands von 1970 kommen, wo die im Untergrund arbeitende Gewerkschaft „Solidarität" für den Nachmittag zu einer neuen Demonstration aufgerufen hatte.

Am Sonntag waren in Danzig rund tausend, in Warschau und Breslau mehrere hundert Menschen für die Wiederzulassung der Gewerkschaft auf die Straße gegangen. Walesa teilte mit, ihm sei von Polizisten die Teilnahme verwehrt worden.

Die „Solidarität" ist nicht nur in Arbeiterkreisen aktiv. Wie ein in den Westen gelangtes Exemplar der Untergrundzeitschrift „Godnosc" belegt, gibt die Gewerkschaft sogar Angehörigen der Miliz und Polizei Ratschläge für ihr Verhalten: Sie sollten sich immer bewußt sein, nicht für die „Regierungsclique" zu arbeiten, sondern für Polen. Nicht gegen Freiheitskämpfer dürften sie vorgehen, sondern ausschließlich gegen Verbrecher. Sie sollten sich mit gleichgesinnten Kollegen zusammenschließen und die Kollegen isolieren, die mit dem Geheimdienst zusammenarbeiten. In den eigenen Kreisen müßten sie stets Zeugnis dafür ablegen, „daß wir nicht gedankenlose Befehlsempfänger sind".

Kissinger für Raketen mit nur einem Sprengkopf

AFP, New York

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger hat in einem Artikel des „Time-Magazine" vorgeschlagen, die USA sollten die derzeitige unklare strategische Situation zwischen Ost und West durch die Entwicklung mobiler Raketen mit nur einem Atomsprengkopf bei gleichzeitiger Abschaffung der Raketen mit Mehrfachsprengköpfen beenden. Seiner Meinung nach ist heute das strategische Gleichgewicht „inmitten einer technologischen Revolution, in der Tausende von Sprengköpfen von nur wenigen hundert Raketen getragen werden können, schwer zu erreichen".

Kissinger schlägt folgenden dreistufigen Plan vor: 1. Die USA sollten die Entwicklung von Raketen mit einem einzigen Sprengkopf beschließen. Im Idealfall könnten sich die USA und die UdSSR auf eine möglichst niedrige Höchstzahl dieser Raketen für beide Länder einigen. 2. Wenn die Sowjets ein derartiges Abkommen zurückweisen, sollten die USA „einseitig vorgehen" und der Zahl der sowjetischen Atomsprengköpfe Rechnung tragen, um die amerikanische Unverletzbarkeit sicherzustellen. 3. Die USA sollten ihre Raketen in Europa 1986 stationieren, sollten aber deren Stationierung hinausschieben, wenn sich die Sowjets entschließen würden, ihre SS-20-Raketen ab 1986 abzubauen.

Opec einig: Ölpreis wird gesenkt

Saudi-Arabien muß Produktion der Marktlage anpassen / Kritik aus Iran

WILHELM FURLER, London

Zwölf Tage ununterbrochener Verhandlungen der Ölminister der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) in London haben jetzt doch noch zu einer Einigung über neue Ölpreise und Produktionsmengen geführt. Dies wurde gestern nachmittag von einem Sprecher der Organisation offiziell bekanntgegeben.

Über ein neues gemeinsames Preisgefüge für Opec-Öl bestand unter den im Londoner Hotel Intercontinental versammelten Ministern mit Ausnahme ihres Kollegen Mohammed Gharazi aus Iran schon sehr rasch Übereinstimmung. So wird der Opec-Referenzpreis für leichtes Saudi-Öl um 15 Prozent von bisher 34 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) auf 29 Dollar gesenkt.

Größte Probleme bereitete dagegen von Anfang an die Frage, wie stark die Produktionsmengen der einzelnen Mitgliedsländer reduziert werden sollten, um den neuen Referenzpreis ausreichend abzustützen. Um die angestrebte Opec-Produktionsquote von 17,5 Millionen Barrel pro Tag zu garantieren, hätten sich einige Mitgliedsländer zu einer stärkeren Drosselung ihrer Förderung bereit erklären müssen, als sie vor allem ihrer angespannten Haushaltslage wegen akzeptieren wollten.

Der Durchbruch scheint nun dadurch gelungen zu sein, daß sich Saudi-Arabien, das größte Ölexport-Land der Welt, bereit erklärt hat, seine Produktion den jeweiligen Nachfrageschwankungen anzupassen. Die übrigen Opec-Länder sollen sich jeweils strikt an ihre Produktionsquoten halten. Dies bedeutet, daß Saudi-Arabien jeweils die Differenz zwischen der Welt-Nachfrage nach Opec-Öl und der festgelegten Produktionsmenge der zwölf anderen Opec-Länder produzieren würde.

Da man nach wie vor damit rechnen kann, daß das Opec-Kartell von einer Gesamtproduktionsquote von 17,5 Millionen Barrel pro Tag ausgeht, die Nachfrage nach Opec-Öl aber aus Gründen der Energieeinsparung, wegen der weltweiten Rezession und durch die Produktionsausweitung durch Nicht-Opec-Mitgliedsländer wie Großbritannien und Mexiko von 31 Millionen auf heute nur noch weniger als 15 Millionen Barrel pro Tag gefallen ist, würde Saudi-Arabien eine deutliche Produktionsdrosselung zumindest in absehbarer Zeit hinnehmen müssen.

KSZE: Neutrale unternehmen letzten Einigungsversuch

Jugoslawien legt heute Kompromißdokument vor

rtr, Madrid

Bei der seit 28 Monaten tagenden KSZE-Folgekonferenz in Madrid unternehmen die neutralen und blockfreien Länder heute einen letzten Einigungsversuch: Delegations-Sprecher sagten, Jugoslawien werde im Namen dieser Staaten ein Abschlußdokument vorlegen, das einen Kompromiß zwischen den beiden Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt ermöglichen soll.

Der schweizerische Botschafter Edouard Brunner meinte, das Dokument umfasse alles, was realisiert werden könne. Es komme den westlichen Forderungen nach Verbesserungen der Menschenrechte in Ost-Europa auf halbem Weg entgegen. Das gleiche gelte für die Ziele der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auf dem Weg zu einer europäischen Abrüstungskonferenz. Falls dieser Vorschlag akzeptiert werde, könne die Konferenz der 35 Teilnehmerstaaten bis zum 27. April abgeschlossen werden.

Allerdings läßt der von Österreich, Zypern, Finnland, Liechtenstein, Malta, San Marino, Schweden, der Schweiz und Jugoslawien erarbeitete Kompromiß besonders umstrittene Themen aus. So werden etwa westliche Forderungen, der Ostblock solle die Störung von Rundfunksendungen einstellen, nicht erwähnt. Auch die vom Westen gewünschte Regelung, die die Ausweisung von Journalisten verhindern soll, wird in dem Kompromiß nicht aufgegriffen. Der von der Sowjetunion abgelehnte Vorschlag einer Expertensitzung über menschliche Kontakte in Europa wird durch eine Sitzung über Menschenrechte ersetzt.

Im Schlußentwurf der Neutralen und Blockfreien wird Stockholm als Tagungsort für europäische Abrüstungsverhandlungen empfohlen. In Wien solle das nächste Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stattfinden. Finnland wird aufgerufen, in zwei Jahren ein Treffen zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki vorzubereiten. Experten-Treffen zu den Themen Kultur, Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, friedliche Beilegung von Streitigkeiten und Menschenrechtsfragen sollen in Paris, Venedig, Athen und Ottawa abgehalten werden.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chlodwig im Hermlin

Von Günter Zehm

Kommenden April soll in Ost-Berlin das nächste „Gespräch über den Frieden" zwischen westdeutschen Schriftstellern und offiziellen Vertretern des Schriftstellerverbandes der „DDR" stattfinden. Gastgeber drüben: Stephan Hermlin. Soeben erscheint nun (im Claasen-Verlag) ein Buch von Karl-Heinz Jakobs, in dem schwere Anklagen gegen eben diesen Hermlin erhoben werden. Es wäre geboten, die Vorwürfe erst einmal zu klären, bevor man sich zur neuen Pilgerfahrt an den Alexanderplatz aufmacht.

Jakobs, der sich, mit einem Dreijahresvisum der SED versehen, seit 1981 im Westen aufhält, behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß die scheinliberalen Auftritte Hermlins dazu dienten, junge ostdeutsche Intellektuelle aus der Reserve zu locken, damit sie anschließend vom Staatssicherheitsdienst eingesammelt werden können. Er erinnert an die vielen, die sich 1976 nach der sogenannten Biermann-Petition hinter Hermlin gestellt hatten: „Sie gingen alle ins Elend, es sei denn, sie widerriefen, wie Hermlin es später tat. Sie gingen ins Elend, und er erhielt den Vaterländischen Verdienstorden in Gold."

Jakobs gibt ein Telefongespräch wieder, das er vor dem ersten „Friedensgespräch" in Ost-Berlin mit der Lyrikerin Sarah Kirsch geführt hatte. „Wozu tut Hermlin das?" habe Frau Kirsch gefragt. „Hat er noch nicht genug Menschen ins Unglück gestürzt? ... Wieder werden sich viele unschuldige Menschen zu erkennen geben, wieder wird der Staatssicherheitsdienst Menschen einsammeln, diesmal gedeckt von der internationalen Öffentlichkeit."

Der Vorgang erinnert an die frühe Frankenzeit, als König Chlodwig aus Herrschsucht und Eifersucht alle seine Verwandten umbrachte. „Ach, ich habe keine Verwandten mehr", klagte er dann vor Gregor von Tours, „die mit mir zusammen trauern könnten." Er tat es aber aus Arglist, berichtet Gregor, um vielleicht doch noch einen Überlebenden hervorzulocken. Lebt sein Beispiel etwa heute noch?

Zur Sache

Von Heinz Barth

Zu Beginn der Woche, in der die ersten Entscheidungen über die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung erwartet werden, ist es ein normaler Vorgang, daß sich das Karussell der personalpolitischen Spekulationen schneller dreht. Franz Josef Strauß hat gute Gründe, die Karten, mit denen er in Bonn antritt, dicht an die Brust zu halten.

Wir haben keine Schwierigkeiten, ihm zu glauben, daß er nicht den Anstoß zu den Vermutungen gab, die über seine künftige Rolle in der Bundespolitik angestellt wurden – auch und gerade im Lager der CSU, wo es manche geben mag, die ihn aus übergeordneten – oder anderen – Gründen lieber in Bonn als in München sähen.

Auch scheint es uns durchaus legitim, daß Strauß in der Stunde der Wahrheit hohe Forderungen anmeldet. Es entspricht gutem parlamentarischem Brauch, die zweitstärkste Koalitionspartei so zu berücksichtigen, wie es ihrem politischen Gewicht entspricht. Noch ist es ungewöhnlich, daß nach einer Wahl, die für lange Jahre die Weichen gestellt hat, ein hartes Ringen um die Schlüsselposition im Kabinett stattfindet.

Es kann keine Rede davon sein, der bayrische Ministerpräsident sei, wie ein Magazin hämisch bemerkt, um sein Wunschressort – das Außenministerium – „geprellt" worden. Er ist Realist genug, um zu erkennen, daß dies nicht die Stunde ist, den historischen Sieg der Koalition der Mitte durch einen Personalkonflikt nachträglich in Frage zu stellen. Es steht auf einem ganz anderen Blatt, ob einem Mann von seiner staatsmännischen Erfahrung ein Mitspracherecht an den weltpolitischen Entscheidungen Bonns vorenthalten werden sollte. Wie knapp der personalpolitische Spielraum in einem Kabinett von den Qualitäten der Regierung Kohl ist, hat Gerhard Stoltenberg durch seine finanzpolitische Leistung bewiesen. Es sollte jetzt weniger um Personalien als um die Grundsatz-Entscheidungen gehen, von denen Strauß immer gesagt hat, daß es ihm auf sie in erster Linie ankommt.

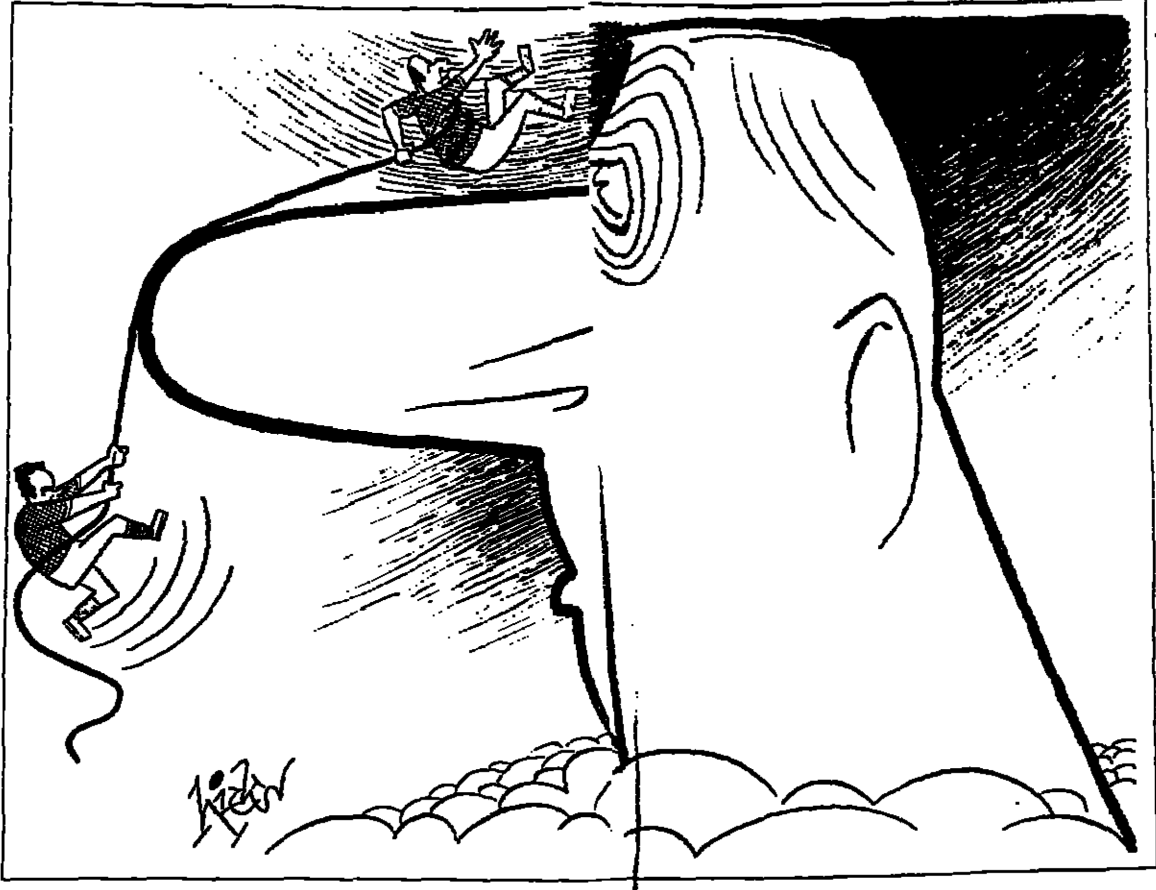
Ordnung muß sein

Von Enno v. Loewenstern

Wo ich sitze", sprach Bismarck, als er noch nicht der Eiserne Kanzler, sondern der elastische Diplomat war, „ist oben." Wo die Grünen im Deutschen Bundestag sitzen werden, ist noch nicht sicher. Es sollte sie freilich nicht bekümmern, sind sie doch in den Deutschen Bundestag eingezogen, um die Sitz-, Kleider- und sonstige Ordnung von gestern durch Entkrawattisierung und andere Entspannungsschritte dem verdienten Spott preiszugeben. Doch ach, das Gestern holt sie ein. Und nicht nur insofern, als sie sich selber ihres Alterspräsidenten entkleideten – und damit ihrer Chance, das erste Wort im neuen Bundestag zu haben.

Wo sie sitzen werden, ist vermutlich links außen. Insofern muß die alte Ordnung sie weniger schmerzen als die SPD, deren Fortschrittsflügel sich ungern linksaußen überholen läßt. Doch saß im Ersten Deutschen Bundestag schon jemand anderer als die SPD an jener Südseite, nämlich die KPD; da können viele Grüne ohnehin Erbansprüche geltend machen. Nein, was mildes Grün in Zornesröte wandeln kann, sind Probleme uralter bürgerlicher Sitzordnung. Der Bundestag hat Doppelpulte. Die Grünen haben eine dreiköpfige Fraktionsführung. Wer sitzt nun vorn, wer ist in zweiter Linie Führer? Wer sitzt vorn zur Rechten? Links ist, wo das Herz schlägt, aber rechts ist von alters her der Ehrenplatz. Soll man da auch rotieren?

Ihr Beinahe-Alterspräsident hatte noch mit Krawatte zur Eröffnungsrede kommen wollen. Wie er denn überhaupt jene alten Werte hochhielt, die er laut „Spiegel" bei den jungen Grünen neuentdeckt zu haben glaubte: Vertrauen, Treue, Liebe, Zuneigung und menschliche Anständigkeit; „wie die mich abgeküßt haben!" Sie küßten und sie schlugen ihn – aber er, der alte Sturm-und-Drang-Führer, der das Gestern verdrängte: wußte er wirklich nicht mehr, wie das mit der menschlichen Anständigkeit unter Straßenaktionisten ist?



Mitterrand und Marchais in Bergnot
ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Dreifach erhärtet

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die bundespolitische Bedeutung der Barschel-Wahl im deutschen Norden liegt darin, daß sie nach der Bundestagswahl und der Regionalwahl Rheinland-Pfalz den dritten Beweis eines furorehaften Aufbruches darstellt. Nach den Erschütterungen des in Bonn mit einem Koalitionsumbruch vollzogenen Regierungswechsels kehrt die Bundesrepublik Deutschland zur Normalität und Stabilität zurück.

Mit der Wiederkehr eines CDU/CSU-Kanzlers an die Regierung ist zum ersten Mal in unserem Staat ein Zyklus wechselnder Machtausübung vollendet worden, der als naturgegeben gelten kann, solange im Deutschen Bundestag das Triebwerk des traditionellen Dreiparteien-Systems funktioniert. Auf zwei Jahrzehnte Unionskanzlerschaft folgten dreizehn Jahre sozialdemokratischer Kanzlerschaft; das ist der Zyklus, dessen Rhythmus sich allerdings im zweiten Durchgang verkürzen dürfte. Mit dem zweiten Zyklus, der am Tage der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler begann, geraten wir – normale Abläufe vorausgesetzt – bereits an die Schwelle des neuen Jahrhunderts.

Jede der beiden großen Volksparteien, die zugleich die möglichen Kanzlerparteien sind, hat jetzt eine Periode der Regierung und eine Periode der Opposition hinter sich. Die Union hatte den einmaligen Vorzug, mit Konrad Adenauer den Staatsgründungskanzler zu stellen; aber sie blieb nicht vom ruinösen Kräfteverschleiß als Kanzlerpartei verschont, der notwendigerweise früher oder später – wie nun auch die SPD weiß – auf die Bänke der Opposition zwingt.

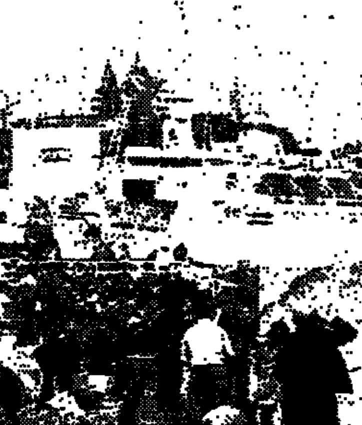
Die Sozialdemokraten, die nach vier Jahrzehnten mit Willy Brandt wieder einen deutschen Kanzler präsentieren konnten, haben im Überschwang des „mehr Demokratie wagen" und einer missionarischen Ostpolitik ihren gewaltigen Stau an Pathos verbraucht. Schon unter Kanzler Schmidt wurden sie von ihrem Höhenflug zur Konzentration auf das Machbare ernüchtert. Zwar ist Schmidt mit seinem Versuch, die SPD zu einer pragmatischen Regierungspartei zu erziehen, schließlich gescheitert; dennoch kann man sagen, daß die Sozialdemokraten ihre historisch bedingten Nachholbedürfnisse in ihren Kanzlern Brandt und Schmidt erfüllt sehen. Die Selbstverständlichkeit, mit der sie sich nach der Bundestagswahl in die Oppositionsrolle schicken, spricht dafür.

Vorerst muß es ihnen genügen, daß die weitaus meisten Bürger ihrer Partei die prinzipielle Kanzlerfähigkeit keineswegs absprechen. In diesem Sinn mag ihnen der relative, aber durchaus zu würdigende Stimmengewinn Björn Engholms in Schleswig-Holstein eine Tröstung sein.

Die Erfahrung lehrt, wie schwer es die Volksparteien haben, ihre Nachfolgeprobleme zu bewältigen. Die Union hat die Nachfolge ihres großen Ahnherrn Adenauer erst mit den drei Wahlen des März 1983 zweifelsfrei gelöst. Kohl nennt sich zu Recht den Enkel des Alten. Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger – obschon Kiesinger den Ehrentitel eines Kanzlers der inneren Reformen verdient – bieten sich in der Rückschau als Kanzler des gleitenden Übergangs von Adenauer zu Brandt und Schmidt dar. Rainer Barzel war ein brillanter Oppositionsführer, der an der Schwelle zur Kanzlerschaft stürzte. Aber auch Kohl benötigte sechs Aufbaujahre in Bonn, ehe er und die Zeit reif waren für seine Kanzlerschaft.

Die SPD muß nicht wie die Union (diese von 1963 bis 1983) zwanzig Jahre brauchen; aber Hans-Jochen Vogel wird geduldige Beharrlichkeit üben müssen, ehe er wirklich weiß, ob er in der Sozialdemokratie der geborene Nachfolger Schmidts ist, jenes Kanzlers, der nach Adenauer am längsten regiert hat.

Im ersten vollendeten Zyklus der wechselnden Machtausübung sind im Grundsatz auch die inhaltlichen Möglichkeiten deutscher Politik im Spannungsfeld Ost-West ausgelotet worden. Adenauer verankerte die Westbindung, Erhard errichtete die Lebensordnung der sozialen Marktwirtschaft. Brandt hat mit dem Moskauer Generalvertrag die Perspektiven einer aussichtsreichen Ostpolitik eher verkürzt als ausgeschöpft. Während der Sozialdemokrat Karl Schiller die Wirtschaftspolitik noch wie ein Erbe Erhards betrieb, verschrieb sich die SPD am Schluß der Amtszeit Schmidts einer Wirtschaftspolitik des gewerkschaftlichen Gilde-Sozialismus.



Grün ist kaum noch die Hoffnung: Kiel FOTO: PFEIFFER/DPA

Kohl ist jetzt die Aufgabe gestellt, im Geiste Adenauers und Erhards Westbindung und Marktwirtschaft so zu erneuern, daß sie auf der Höhe der Zeit stehen. Die SPD ist mit dem Wundmal in die Opposition eingerückt, an einer kontinentaleuropäisch verengten Ostsicht, also an einem Mangel weltumspannender politischer Phantasie zu leiden und zur Entfesselung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte unfähig zu sein. Die Frage ist, ob es eine Rollenverteilung auf immerdar zu sein hat, daß die Union festen außenpolitischen Rückhalt und wirtschaftlichen Wohlstand schaffen muß, auf daß es der SPD als nachfolgender progressiver Regierungspartei möglich sei, außenpolitisch in Richtung Osten zu experimentieren und den übernommenen Wohlstand aufzuzehren, indem sie ihn verteilt.

Die FDP versteht sich im Drei-Parteien-System als Kanzlermacher und Mehrheitsbeschaffer. Sie will „liberale Politik" bald mit der Union, bald mit der SPD durchsetzen. So vollstreckt sie Koalitionswechsel und begeht dabei jedesmal beinahe Selbstmord. In Zeiten solcher Umbrüche schmilzt sie, wie auch jetzt in Schleswig-Holstein, auf die drei Prozent ihrer Stammwählerschaft zusammen. Muß das für immer so bleiben?

Eine Analyse der dargelegten Rollenverteilung zwischen Union und SPD weist der FDP einen festen Platz und ein Wächteramt zu. Im liberalen Staat ist gelebter Liberalismus zu allererst ein Geschenk der sozialen Marktwirtschaft als unserer freiheitlichen Lebensordnung. Diese Lebensordnung unverdrossen gegen die populistischen Sündenfälle der großen Volksparteien zu verteidigen, ist der Daseinszweck der FDP.

Nur so wird die FDP auch ihren angestammten Platz der dritten Partei gegen die Grünen behaupten, die interessanterweise ausgerechnet in Schleswig-Holstein ebenfalls auf eine Stammwählerschaft von weniger als vier Prozent geschrumpft sind. Grün ist die Heide, aber nicht zwangsläufig die Politik.

IM GESPRÄCH Gladstone-Box

Geheimnis im Holzrahmen

Von Fritz Wirth

Heute nachmittag um 15.15 Uhr öffnet der britische Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe die Tür seines Amtssitzes in Downingstreet 11 und hält der wartenden Meute von Fotografen ein zerschlagenes und zerfleddertes Monstrum von Koffer entgegen, mit dem unter normalen Umständen sich kein ordentlicher Mensch öffentlich sehen lassen würde. Doch die Meute fotografiert es, als sei es ein nach Jahrhunderten wiederentdeckter Schrein.

Es ist in der Tat am heutigen Tag, dem „Budget Day", das heiligste und bedeutendste Möbelstück der britischen Politik. In dem Koffer liegt das, was gläubige Politiker als das größte und wichtigste Staatsgeheimnis des Jahres bezeichnen, obwohl es seit Tagen bereits mehr oder minder verdeckt in nahezu allen britischen Zeitungen enthüllt wurde: die Budget-Rede.

Haushaltsreden sind in jedem Land der Welt rhetorische Trokkenware mit unbegreiflichen Statistiken und Zahlenkolonnen. In Großbritannien sind es fieberhaft erwartete Verbraucher-Nachrichten, die direkt ins Portemonnaie des Bürgers einschlagen. Die Budget-Rede sagt ihm, wieviel Steuern er im nächsten Jahr zu zahlen hat. Und wenn der Schatzkanzler nach zwei Stunden seine Rede beendet hat, ist der Benzinpreis nicht selten um fünf Pfennig der Liter teurer, als er es noch zu Beginn der Rede war.

Politik – und besonders ihre schmerzhafteren Erscheinungsformen – verkauft sich in Großbritannien besser, wenn sie ins Gewand der Geschichte und der Traditionen eingehüllt ist. Und darum hat dieser Koffer, der aussieht, als hätten Generationen von Steuerzahlern auf ihm bereits ihren ohnmächtigen Zorn ausgetobt, seine besondere Bedeutung. Er erinnert die Briten daran, daß ihr Budgetschmerz schon von Dutzenden anderen Generationen geteilt und ertragen worden ist.

Der Koffer ist 125 Jahre alt. Gladstone ließ ihn anfertigen, als er



Nur zwanzig kennen den Inhalt genau: Schatzkanzler Howe mit Budget-Koffer FOTO: AP

Schatzkanzler war. Das Monstrum ist aus Holz, das immer deutlicher durch den dünn gewordenen scharlachroten Lederbezug durchschimmert. Es mißt 35 mal 25 Zentimeter, trägt an der Außenseite das Monogramm der Königin Victoria „VR" und die Bezeichnung „Chancellor of the Exchequer".

Generationen von Politikern haben ihn klaglos und frei von aller Eitelkeit benutzt, bis er im Jahre 1964 dem damaligen Schatzkanzler zu schäbig erschien. Er ließ einen neuen Koffer aus braunem Leder anfertigen. Seine Nachfolger jedoch griffen nur zu begierig wieder auf das historische Stück zurück, das sie nach seinem „Erbauer" auch die „Gladstone-Box" nennen.

Nur zwanzig Beamte des Schatzamtes und die Mitglieder des Kabinetts wissen, was präzise in diesem Budget-Koffer zu finden ist, wenn der Schatzkanzler ihn heute nachmittag ins Parlament trägt. Ein einziger Schatzkanzler, Hugh Palton war bisher so töricht, einen Unbefugten einen Blick in diesen Koffer und aufs Rede-Manuskript werfen zu lassen. Der Unbefugte war ein Journalist der Zeitung „Star". Es geschah am 13. November 1947. Am 14. November schon war Hugh Dalton kein Schatzkanzler mehr.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE MATIN

Das den Sozialisten nahestehende Pariser Blatt zieht die Lehren aus der Kommunalwahl in Frankreich:

Die Linke hatte die erste Runde der Kommunalwahlen politisch verloren. Diese Tatsache wird durch das Wunder des zweiten Wahlgangs nicht grundsätzlich in Frage gestellt ... Die vom Sozialismus Enttäuschten sind schließlich doch zur Wahl gegangen und haben wissen lassen, daß sie der im Mai 1981 gewählten sozialistischen Regierung eine zweite Chance geben oder besser, daß sie sie insgesamt ohne Enthusiasmus oder Illusionen „den anderen" vorziehen. Man weiß nicht, wie lang dies dauert; aber im Moment kann die Linke noch das „Volk" des 10. Mai mit dem antirechten Reflex mobilisieren ... Es gibt heute in Frankreich einen großen Teil der Wählerschaft, der nicht wirklich an die Linke glaubt, aber entschlossen auch nicht die Rechte wählt ... Es gibt keine echte linke Mehrheit in Frankreich, aber noch weniger eine echte Mehrheit der Rechten.

LE FIGARO

Mit dem Wahlergebnis in Schleswig-Holstein sieht das Pariser Blatt die „CDU-Ära" in der Bundesrepublik bestätigt:

Die Wahl gibt ein korrekteres Bild der Tendenzen als die Bundestagswahl am vergangenen Sonntag ... Die christlich-demokratisch-liberale Ära scheint für lange Zeit installiert zu sein. In Berlin, wo die Liberalen sich zwei Jahre lang bitten ließen und den Christdemokraten Richard von Weizsäcker nur sporadisch unterstützten, wollen sie nun eine Koalition mit ihm. Ihre Schwäche ist eindeutig ... gegen Engholm wirkte sich die nationale Krise der Sozialdemokraten aus, deren Schwere die Bundestagswahlen gerade erkennen ließen. In der Partei Willy Brandts herrscht die größte Verwirrung, und wer weiß, wie lange er noch den SPD-Vorsitz behalten kann.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Das Abschneiden der beiden stärkst[en] Parteien untersucht das Blatt:

Die Verbesserung der Sozialdmokraten gegenüber 1979 ist offe[n]kundig nur auf eine Umschichtu[ng] im Wählerpotential dieser Par[tei] zurückzuführen. Das entscheide[n]de Ergebnis, an dem sich die SP[D] wird orientieren müssen, ist [der] Zugewinn der CDU gegenüber [der] schon sehr erfolgreichen Bund[es]tagswahl und auch gegenüber d[er] Landtagswahl 1979. Die bish[er] hauchdünne Mehrheit der Uni[on] ist jetzt wieder stabilisiert.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Wirtschaftliche Gründe auch im Land v[er]mutet die Zeitung hinter dem Wahlerg[ebnis] als:

Im Land zwischen Nord- u[nd] Ostsee war die Hoffnung auf ei[ne] Wende der Wirtschaftskonjunkt[ur] und der Arbeitslosigkeit offe[n]sichtlich ebenso wahlentscheide[nd] wie im Bund. Die Warnung d[er] Sozialdemokraten vor dem total[en] CDU-Staat fruchtete nicht. D[ie] Wähler nördlich der Elbe sucht[en] den Aufwind, nicht den Gege[n]wind. Für Bundeskanzler Kohl i[st] der Erfolg in Kiel um so wertvoll[er], als er das Gewicht der Union i[m] Norden gegen den Süden stärkt.

SÜDKURIER

Das Konstanzer Blatt meint zum A[b]schneiden der Grünen:

Für die grüne Fraktion im Bu[n]destag muß dies ein Alarmsign[al] sein, denn ihre Existenzgrundla[ge] wird in Frage gestellt, wenn s[ie] auch in Zukunft bei Landtagswa[h]len scheitert. Gerade Schleswi[g-]Holstein kann hier eine Trendwe[n]de bedeuten. In diesem Bunde[s]land hatten die Grünen mit ihre[m] Widerstand gegen verschiede[ne] umstrittene Projekte – Beispi[el] Brokdorf – ihre ersten Anfangse[r]folge und auch für gestern ei[ne] gute Ausgangsposition.

Das Wunder an der Seine und die Leiden des Franc

Mitterrands Alternative nach den Gemeindewahlen / Von August Graf Kageneck

Frankreichs Linke hing in den Seilen. Knapp zwei Jahre nach ihrem Triumph vom Frühjahr 1981 schien ihre Stunde bereits geschlagen zu haben. Es schien nur noch eines kleinen Anstoßes zu bedürfen, um sie auszuzählen. Zwischen dem 6. und 13. März war in Paris viel von der zweifelbar gewordenen Legitimität einer desavouierten Regierung zu hören, von vorgezogenen Neuwahlen und Regierungsumbildung.

Die Lage des Regierungslagers stellte sich in der Tat verzweifelt dar. In 66 Städten mußte noch einmal gewählt werden, und arithmetisch hatte die Rechtsopposition die faire Chance, davon etwa 40 zu sich herüberzuziehen, nachdem sie bereits 16 im ersten Wahlgang erobert hatte. Zehn Minister des Präsidenten Mitterrand stellten sich zum letzten Gefecht. Bei etwa der Hälfte von ihnen war man sicher, daß sie in den Staub fallen würden. An der Spitze der Morituri marschierten der Premierminister und der Innenminister, und der Cäsar im Elysee zeigte von allen Kiosken herunter ein mißmutiges Gesicht. Aus der Traum vom Sozialismus à la française?

Die Franzosen sind ein hintergründiges Volk. Diese Mischung von Gallier und Lateiner versteht es mit dem Stimmzettel wie mit dem Skalpell umzugehen; Lob und Tadel auf das Gramm genau auf der politischen Waagschale zu verteilen. 1977 hatten sie einem euphorischen Giscard ein Jahr vor den Parlamentswahlen einen gewaltigen Schock versetzt, indem sie 140 Städten Kommunisten und Sozialisten in die Rathäuser schickten. Es war die letzte Warnung vor dem Sturm. Vier Jahre später zog der Sozialist Mitterrand ins Elysee an der Spitze eines Heerbannes von 205 Sozialisten und 66 Kommunisten im Palais Bourbon. Aber schon 22 Monate später, am 6. März 1983, sorgten die Wähler für den heilsamen Gegenschock.

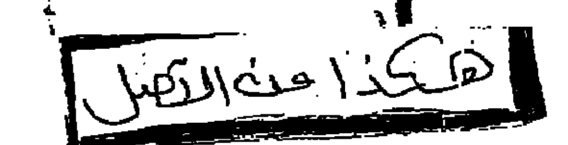
Zum Todesstoß aber holten die Wähler nicht aus. Sie verließen im Gegenteil ihre störrische Reserve vom 6. März, um den Lauf des Schicksals noch einmal aufzufangen, das Sperrfeuer nach vorne zu verlegen und den Truppen des angeschlagenen Feldherrn ein neues Antreten zu ermöglichen. Die Linke, noch gelähmt vom Feuerüberfall des 6. März, erlebte ihr Wunder an der Seine.

Nicht einer ihrer Führer hat es in der Wahlnacht versäumt, auf die ernste Warnung hinzuweisen, die man empfangen habe, und die es nun zu berücksichtigen gelte. Der Schock muß tief gesessen haben. Was die Minister, die noch einmal ihre Haut gerettet hatten, was die Parteiführer, die plötzlich so kleinlaut geworden waren, so drängend vortrugen, richtete sich an den Staatspräsidenten. Was wird Mitterrand tun?

Er steht am Scheideweg. Soll er, wie seine kommunistischen Partner es verlangen, noch energischer als bisher die gemeinsam vereinbarte, das heißt, die marxistisch orientierte Politik des Volksfront-Programms von 1981 fortsetzen? Soll er auf den linken Flügel seiner eigenen Partei hören, der, den Kommunisten nicht unähnlich, jede Änderung der bisherigen Politik kategorisch ausschließt? Oder soll er den Gemäßigten unter seinen Ministern folgen, die, wie Wirtschaftsminister Delors in der Wahlnacht, aus dem Wählerergebnis den Schluß ziehen, „gewisse Fehler" der bisherigen Politik dürften nicht wiederholt werden?

Mitterrand ist ein instinktreicher Politiker. Und es gibt auch die Zwänge der Realität. Der Staatschef muß die Situa[tion] Frankreichs in Europa i[m] Auge haben, und die ist nich[t] gut. Vor allem nicht im Ve[r]hältnis zum neu erstarkte[n] deutschen Partner. Noch sche[i]nen die Devisenmärkte de[m] Franc eine Frist einräumen z[u] wollen. Aber eine Generalb[e]reinigung der Paritäten ste[ht] vor der Tür. Paris wird ve[r]suchen, den Deutschen d[ie] Hauptlast dieses Schnitts au[f]zubürden. Aber Hoffnung gi[bt] es nur, wenn die noch einm[al] davongekommenen Sozial[i]sten an der Seine für eine da[u]erhafte Gesundung des Fra[nc] sorgen.

Hier liegt die Crux für Mitte[r]rand. Ein gesunder Franc i[st] die Antithese zu Ideologismu[s,] Kollektivismus und sozial[em] Manna auf Pump. Nach seine[n] eigenen Wählern sollten ih[m] jetzt auch die deutschen Par[t]ner klarmachen, wo die Gre[n]zen der Geduld für sein sozial[i]stisches Experiment liegen.



Das Beutegut eines Helden kommt unter den Hammer

Von BODO RADKE

Hinter der Pferdewagen-Kolonne von eineinhalb Kilometer Länge trotteten zehn gefesselte spanische Jesuiten mit dem Henkersstrick um den Hals. Wenn die staunenden holländischen Protestanten am Wegesrand ihrer ansichtig wurden, ging der Jubel in wüste Beschimpfungen über.

Der auf einer Art Thron sitzende Mann in Admirals-Uniform des Spitzenwagens hörte davon nichts. Ihn umbrausten nur Hochrufe auf der langen Fahrt von Hellevoetssluis nach Amsterdam. Immer wieder zeigte er auf ein Kruzifix aus massivem Gold von 150 Zentimeter Größe und auf einen riesigen goldenen Pokal neben seinem „Thron". Beide Beutestücke stammten aus der Kajüte des spanischen Admirals Juan de Benevidez y Bazan.

Und was sich auf den Hunderten von Pferdewagen dahinter türmte, war auch alles Seeräuberbeute: Gold- und Silbermünzen in jeder Menge, Kisten mit Perlen und Smaragden, eine 50 Meter lange Ankerkette aus Silber, unzählige Säcke mit Tabak, Zucker, Gewürzen und anderen „Kolonialwaren". Eigentlich war das alles dafür bestimmt gewesen, den Reichtum des bei den Holländern so verhaßten Spanien zu mehren. Aber der Mann in Admirals-Uniform an der Spitze der Kolonne hatte es vier Monate zuvor mit den Leuten seiner Schifssbesatzungen im Golf von Malanzas den Spaniern abgejagt. Piet Heyn, der Flottenchef der Westindischen Compagnie von Amsterdam, war dadurch in seiner niederländischen Heimat zum Nationalhelden geworden.

Und das ist Piet Heyn bis heute geblieben, wenngleich sein Sieg über die spanische „Silberflotte" nun schon über 354 Jahre zurückliegt. Zur Zeit wird über ihn, der 1577 als Pieter Pieterszoon in Delfshaven geboren wurde, noch häufiger als sonst gesprochen. In der Amsterdamer Filiale des internationalen Auktionshauses Christie's kommen nämlich morgen Schätze und Gebrauchsgegenstände unter den Hammer, die erst vor knapp zwei Jahren aus dem Wrack der „Hollandia", einem der ehemaligen Flaggschiffe Piet Heyns, geborgen werden konnten.

An den Tagen, die der Versteigerung am 16. März von gehobenen Schätzen aus dem Wrack der „Hollandia" vorangegangen sind, zogen Tausende Interessenten durch die Räume der Amsterdamer Niederlassung von Christie's. Sie befindet sich sinnigerweise in einem Gebäude, das früher als Schiffahrtsmuseum diente. Und um das Auktionsangebot noch reichlicher zu machen, sind dort auch Funde aus anderen Wracks von Schiffen des 17. Jahrhunderts zusammengetragen, die im Laufe der letzten Jahre geborgen wurden.

Dazu gehören Schätze und Gebrauchsgegenstände der „Utrecht", die 1648 ebenfalls vor der brasilianischen Küste während einer Seeschlacht auf den Meeresboden sank, sowie einer spanischen Fregatte mit dem klangvollen Namen „Nuestra Señora de Esperanza". Diese fand ihr Grab im Jahre 1658 an der berüchtigten Mistery Bank in der Karibik.

Die kostbarsten Dinge, die am Mittwoch unter den Hammer kommen, stammen aus dem Wrack dieser Fregatte. So zum Beispiel ein scheibenförmiger Goldklumpen von 466 Gramm Gewicht. Oder ein um 1650 in Südamerika gegossener Goldstab von 513 Gramm. Doch absoluter Höhepunkt der Versteigerung dürften einige kunstvoll gearbeitete Schmuckketten werden, die wahrscheinlich von spanischen Granden unter den mit der „Nuestra Señora de Esperanza" untergegangenen 160 Passagieren für ihre Damen in der Heimat bestimmt waren. Sie haben die 324 Jahre auf dem Meeresboden völlig unbeschadet überstanden.

Besitzer dieser Kostbarkeiten sind der amerikanische Meeres-Archäologe Robert F. Marx und die Phönizische Forschungsgesellschaft von Kanada, die mit dem Entdecker Marx bei der Bergung zusammengearbeitet hat.

Eine dieser Goldketten aus dem Wrack entspricht in ihrer Ausführung präzis jenen, die man im Madrider Prado-Museum auf vier Porträtgemälden hochadeliger Damen als Zubehör zur weiblichen Hoftracht von damals bewundern kann. Der Ausrufpreis für jedes dieser goldenen Schmuckstücke liegt bei 50 000 Gulden. Aber in Zusammenhang mit ihrem abenteuerlichen Weg bis zum Auktionshammer von Christie's in Amsterdam dürfte der Zuschlag erst bei erheblich höheren Summen erfolgen.

Die Überreste der „Hollandia" liegen vor der Küste Brasiliens auf dem Meeresgrund. Gesunken war das Kriegsschiff während der zweiten Kaperfahrt des Admirals im Dienste der Westindischen Compagnie in einem heftigen Seegefecht einige Jahre vor dem Gelingen des ganz großen Schlages gegen die spanische „Silberflotte".

Schon zum Auftakt der kolonialen Ausbeutung vieler Gebiete Südamerikas und der Karibik hatten die Spanier damit begonnen, zum Abtransport von Gold, Silber und anderen Kostbarkeiten Jahr für Jahr einen Schiffskonvoi zusammenzustellen. Meistens versammelten sich die einzelnen beladenen Karavellen aus Mexiko, Peru und anderen Regionen im Hafen von Havana. Von dort mußten sie versuchen, sich ohne große Verluste gemeinsam nach Spanien durchzuschlagen. Schnell hatten diese jährlichen Konvois den Beinamen „Silberflotte" bekommen.

Gefahren drohten diesen und ihren Besatzungen nicht nur von Naturgewalten oder Seuchen. Von ihren jeweiligen Obrigkeiten mit staatlich sanktionierten Kaperbriefen ausgestattete Piraten wie Piet Heyn hatten den Auftrag, mit ihren Flotten die der Spanier abzufangen. Bei der Westindischen Compagnie mit Sitz in Amsterdam wurde über solche Raubzüge mit äußerster Akribie Buch geführt.

Der Gesamtwert der von Admiral Heyn im Januar 1629 nach seinem spektakulären Triumphzug über Land von Hellevoetssluis in Amsterdam abgelieferten Beute wurde mit 11 509 524 Gulden errechnet – eine für damalige Zeiten kaum vorstellbare Summe. Zehn Prozent davon waren an Hollands „Stadhouder" Frederik Hendrik aus dem Fürstenhaus Oranien-Nassau abzuführen. Weitere zehn Prozent standen den Offizieren, Matrosen und Soldaten der Kaperflotte zu. Piet Heyns Anteil betrug 7000 Gulden.

Den Rest kassierte die Westindische Compagnie, deren Spitzenrepräsentanten in der Regel identisch waren mit den Verantwortlichen für die Geschicke der „Republik der vereinigten Niederlande" und der Stadt Amsterdam. (SAD)



Pirat und Nationalheld: Admiral Piet Heyn (1577–1629), Flotten-Befehlshaber der Westindischen Compagnie von Amsterdam FOTO: CHRISTIE'S



An der innerdeutschen Grenze stehen 50 000 Mann der „DDR"-Grenztruppen. Sie sind dem Bundesgrenzschutz an Zahl und Bewaffnung weit überlegen. FOTO: KASPERSKI

Mit dem „Onkel" gegen Frust und Flucht

Von ROLF TOPHOVEN

Als der Hubschrauber der Grenzschutz-Fliegerstaffel Nord mit 110 Knoten in 2000 Fuß Höhe die deutsch/deutsche Grenze anfliegt, haben sie uns drüben schon längst auf dem Radarkontrollschirm. Der BGS-Helikopter „steht" hart über den Sperranlagen der „DDR" vis à vis des Brocken, der mit 1100 Metern höchsten Erhebung im Harz. Dieser Berg ist mit elektronischen Aufklärungssystemen gespickt. Aber nicht nur Radarspezialisten Honeckers sitzen dort oben; auch die Rote Armee sieht und horcht mit.

„Die Präsenz der Roten Armee im elektronischen Aufklärungssystem entlang der deutsch/deutschen Grenze ist massiv", erklärt der Kommandeur des Grenzschutz-Kommandos (GSK) Nord, Erik Krassmann. Ihm und seinem Kommando obliegen Schutz und Sicherung des 550 Kilometer langen Grenzabschnittes nördlich von Lüneburg bis hinunter südlich von Duderstadt im Harz. Das GSK Nord des Bundesgrenzschutzes überwacht den längsten Grenzsektor zur „DDR".

Entsprechend intensiv sind demnach auch die Aufklärungsergebnisse in diesem Kommando über das Gegenüber, die Grenztruppen der „DDR". Jüngste Erkenntnis: Seit kurzem gibt es innerhalb der Kompanien der Grenztruppen das sogenannte „Onkel"-System, wie es die Experten vom BGS scherzhaft nennen. Eine differenzierte psychologische Maßnahme, um die gemeinhin als schlecht eingestufte Moral der Grenzer etwas hochzuputschen.

Der „Onkel" ist ein älterer, in der Regel verheirateter Soldat der Grenztruppen. Ihm wird auf der Basis einer Partnerschaft ein jüngerer Grenzsoldat, oft auch ein Wehrpflichtiger, zugeteilt. Der Auftrag für den älteren lautet: den jüngeren Kameraden zu einem zuverlässigen Soldaten zu erziehen und ihn so weniger flucht-geneigt zu machen.

Während dieses Patenschaftverhältnisses wird der jüngere Grenzsoldat auch in die Familie seines Paten eingeladen. Dadurch soll unter anderem auch der „Frust" unter den jungen Grenztroupiers abgebaut werden. Denn der Kontakt der Grenztruppen zur Bevölkerung im östlichen Zonenrandgebiet ist gleich Null. Ihr Umgang beschränkt sich fast ausschließlich auf die Kompanie.

Schlechte Stimmung, besonders im Verhältnis vom Offizier zu den Mannschaften, ist die Folge. Eine restriktive Urlaubsregelung steigert die Verdrossenheit. In diesen Tatbeständen liegen häufig die Gründe für die Flucht in die Bundesrepublik.

Trotz dieser Bruchstellen im inneren Gefüge der Grenztruppen ist ihr Einsatzwert nicht zu unterschätzen. Krassmann: „Im Ernstfall wird die Masse von ihnen stehen, dafür bürgt schon die starke Anbindung an das politische Gesamtsystem in der ‚DDR'."

Das Kommando der Grenztruppen gliedert sich in drei Abschnitte: die Grenzkommandos Nord, Mitte und Süd. Die Gesamtstärke der „DDR"-Grenztruppen umfaßt derzeit ca. 50 000 Mann.

Die Grenztruppen haben den Status von Soldaten

Seit 1974 sind die Grenztruppen auf Beschluß des Staatsrates der „DDR" keine Teilstreitkraft der Nationalen Volksarmee (NVA) mehr. Geführt werden die Verbände jedoch vom Ministerium für Nationale Verteidigung, dem sie auch unterstellt sind. Hintergrund dieser Umgruppierung waren die seit 1973 in Wien aufgenommenen Verhandlungen über die MBFR (Mutual Balanced Forces Reduction) in Mitteleuropa. Aufgrund der Ausgliederung aus der NVA stehen die Grenztruppen bei Verhandlungen nicht mehr zur Disposition. Bei möglichen Reduzierungen von Truppenkontingenten werden sie demnach auch nicht mitgerechnet.

Logistisch dagegen sind die Grenztruppen voll an die NVA angebunden. Sie haben den Status von Soldaten. Bewaffnung, Stärke und Gliederung verleihen ihnen einen deutlich über das Paramilitärische hinausgehenden Charakter.

Die Ausrüstung der Grenztruppen entspricht jener von motorisierten Schützenbataillonen. „Im Ernstfalle kann die DDR jederzeit aus den Kaderverbänden der Grenzkommandos Nord und Süd zwei bis drei Schützendivisionen machen", schätzt Kommandeur Erik Krassmann die Lage im Grenzraum ein.

Daher gehen auch die Nachrichtendienste in der Bundesrepublik und die Fachleute des BGS davon aus, daß der Auftrag der Grenztruppen im Frieden (Überwachung der Sperr- und Sicherungsanlagen entlang der Grenze zur Bundesrepublik, Aufklärung des Grenzraumes, Verhinderung von Fluchten) im Spannungs- bzw. Kriegsfall erheblich erweitert werden kann. Nach westlichen Erkenntnissen sind die Einheiten der Grenztruppen durchaus in der Lage, Spezialaufträge bis zu einer Tiefe von 50 km auf das Gebiet der Bundesrepublik durchzuführen. Handstreichartige Besetzung bzw. Zerstörung strategischer Geländepositionen, Führungs- und Fernmeldeeinrichtungen sowie die Vernichtung von Infrastrukturen wären dann die operativen Ziele.

Was steht diesem, personell sehr aufwendigen Grenzsicherungssystem der „DDR" auf westdeutscher Seite durch den Bundesgrenzschutz gegenüber? Rechnet man die Bruttozahlen hoch, fällt der Vergleich allein im Grenzschutzkommando Nord, wie in anderen Kommandos übrigens auch, deutlich zugunsten der ostdeutschen Grenztruppen aus. Etwa 15 000 Angehörige der insgesamt 50 000 Mann starken ostdeutschen Grenztruppe bilden das unmittelbare Gegenüber im Bereich des Grenzschutz-Kommandos Nord mit Sitz in Hannover. Das Kommando Nord des BGS zählt 5000 Mann.

Weiter konkretisiert heißt das am Beispiel des GSK Nord: Im Abschnitt nördlich von Lüneburg bis südlich von Duderstadt schützen sechs Grenzschutzabteilungen die Grenze zur „DDR". Jede Abteilung ist auf dem Papier mit einer Soll-Stärke von 560 Mann ausgewiesen. Doch solche Zahlen gehören heute im BGS in das Reich der Illusionen.

Realistisch ist es wohl, die Einsatzstärke einer Grenzschutzabteilung (GSA) bei ca. 150 Mann anzusetzen. Über den Rest der Soll-Stärke kann aus verschiedenen Gründen nicht verfügt werden: Ein Drittel einer GSA befindet sich ständig in der Ausbildung. Darüber hinaus muß die Abteilung Abordnungen stellen z. B. für das Kommando West in Bonn zum Schutz der Bundesbehörden, für den Grenzschutzeinzeldienst, für die Lufthansa sowie für Auslandsverwendungen (Schutz von Botschaften).

An der Grenze zur „DDR" liegen die Abteilungen des GSK Nord nicht unmittelbar im Grenzsektor. Sie sind im rückwärtigen Raum disloziert. Pro Abteilung werden pro Tag drei Streifen (jeweils drei Beamte) im Acht-Stunden-Turnus an die Grenze geschickt. Dies ergibt im Abschnitt des Kommando Nord 54 Beamte als Grenzpatrouille.

Auf der östlichen Seite der Grenze sichert die „DDR"-Grenztruppe auf Bataillonsebene. Das bedeutet, daß dem Häuflein der BGS-Streifen ständig 15 Kompanien in einer Stärke von 60 bis 70 Soldaten je Kompanie unmittelbar gegenüberliegen.

Im Ernstfall wäre der BGS überfordert

Kommandeur Krassmann faßt zusammen: „Sollte die DDR-Grenztruppe einmal offensiv werden, sind sie kein paramilitärischer Verband mehr – dann sind sie Militär. Wenn diese Lage einträte, wäre der BGS eindeutig überfordert!"

Daß eine solche Situation an der sicherheitspolitisch sensitiven Nahtstelle zwischen Ost und West in Mitteleuropa entstanden ist, liegt in der inneren Auszehrung und Verwässerung des originären BGS-Charakters begründet. Der einst schlagkräftige Verband wurde in den letzten Jahren durch politische Maßnahmen Zug um Zug auf die Ebene von Schutzpolizisten gedrückt. Einzeldienstler statt Polizeibeamter im Gefüge eines innerlich gefestigten Verbandes, lautete die Devise der Regierung Schmidt/Genscher für den Bundesgrenzschutz.

Die Infas-Analyse zur Wahl

DW. Bonn

In einer Analyse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein für dpa hat das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) in Bonn-Bad Godesberg gestern unter anderem folgendes festgestellt:

Ein Vergleich der bei der Landtagswahl abgegebenen Stimmen mit dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl vom 6. März liefere, so Infas, „nur ein unscharfes Bild". Dagegen entspreche, wie sich schon beim Vergleich der Bundestagswahl mit dem Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz gezeigt habe, die eine Landtags-Stimme eher der bei der Bundestagswahl abgegebenen Erststimme. Wörtlich heißt es dazu in der Analyse: „In der Tat liegen die Prozentanteile der Parteien außerordentlich dicht beieinander, wenn das Ergebnis der Erststimmen für Schleswig-Holstein herangezogen wird. Dann hat die CDU bei der Landtagswahl 0,8 Prozentpunkte, die SPD 0,6 Prozentpunkte weniger erhalten, als Erststimmen bei der Bundestagswahl auf sie entfallen waren; bei FDP und Grünen weicht das Erststimmenergebnis der Bundestagswahl vom Landtagswahlergebnis nur einen Bruchteil ab."

Weiter heißt es in der Infas-Untersuchung: „In absoluten Stimmen liegen jetzt die Werte für die kleinen Parteien ganz dicht beieinander: Die FDP hat am 13. März 900, die Grünen haben gar nur 700 Stimmen weniger, als sie am 6. März Erststimmen erhalten hatten. Für die CDU dagegen ergibt sich jetzt ein Minus von 55 000, für die SPD von 47 000 Stimmen gegenüber der Bundestagswahl", alles bezogen auf die Erststimmen bei der Bundestagswahl vom 6. März.

Infas fügt hinzu: „Der Erststimmen-Bonus der großen Parteien bleibt ihnen wegen der bei der Landtagswahl geringeren Wahlbeteiligung also nicht erhalten. Andererseits können sich die kleinen Parteien das Instrument des Stimmensplitting, das ihnen die Tür zum Bonner Bundestag öffnete, bei der Wahl zum Kieler Landtag nicht zunutze machen."

Infas erstellte auch eine sogenannte Wanderungsbilanz. Danach stammen die CDU-Gewinne hauptsächlich aus zwei Quellen: Aus der Mobilisierung von 25 000 früheren Nicht-Wählern und aus der Zuwanderung von rund 23 000 FDP-Wählern des Jahres 1979. „Der Zustrom von der CDU zur SPD von etwa 20 000 wird durch gegenläufige Wanderungen fast ausgeglichen", heißt es in der Untersuchung weiter. Die Zuwanderung von den Grünen habe sich in engen Grenzen bewegt.

Bei den Gewinnen der Sozialdemokraten spielten, so Infas weiter, ebenfalls frühere Nicht-Wähler eine bedeutende Rolle (knapp 22 000 Stimmen); daneben habe die SPD von den Erstwählern mit 23 000 Stimmen profitiert. Schließlich habe sie von der FDP rund 15 000 Stimmen gewonnen. Der Austausch zwischen SPD und Grünen gleiche sich, so Infas, mit einem Saldo von etwa 7000 aus.

Die Grünen seien vor allem für Erstwähler attraktiv gewesen (Gewinn von 14 000 Stimmen). Diese Zahl relativiert sich freilich angesichts der Tatsache, daß in Schleswig-Holstein 170 000 Erstwähler wahlberechtigt waren. In der Infas-Analyse heißt es weiter, die Grünen hätten von der FDP leicht gewonnen, mit der SPD eine ausgeglichene Bilanz; an die CDU hätten sie etwas abgegeben.

Die FDP schließlich habe nach allen Seiten verloren: 23 000 Stimmen an die CDU, 15 000 an die SPD und 2500 an die Grünen.

Bonn: FDP nimmt Ergebnis mit Zurückhaltung auf

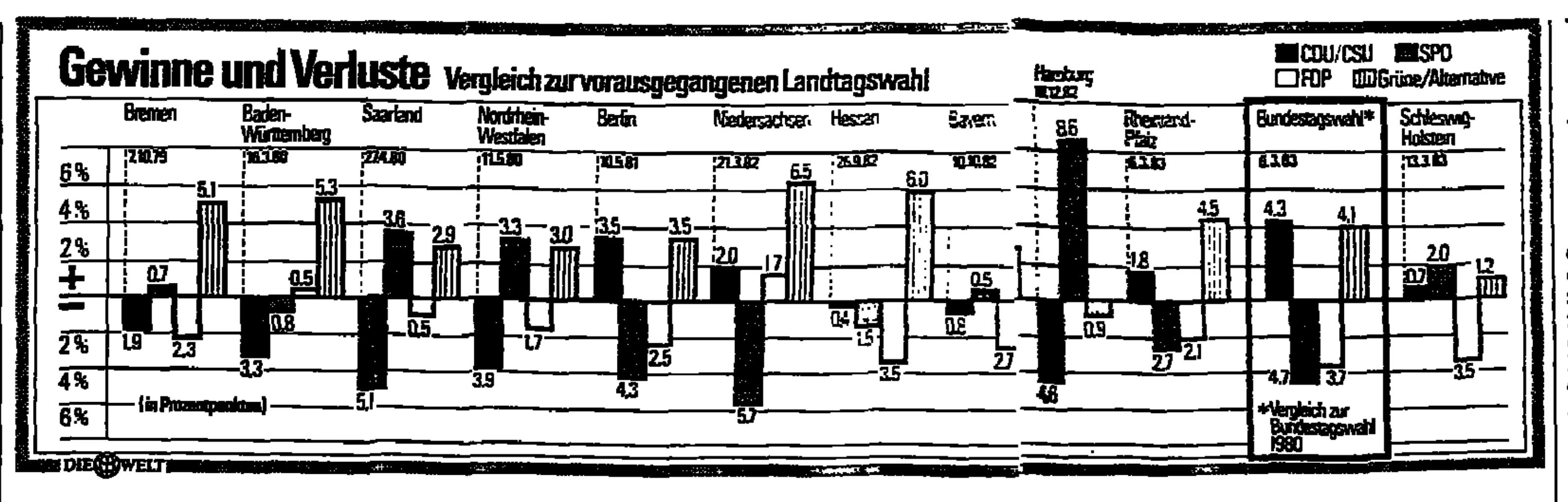
STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit Zurückhaltung und Gelassenheit hat die Bonner FDP-Spitze die erwartete Niederlage der schleswig-holsteinischen FDP und damit den Verlust des sechsten Landtags aufgenommen. Frühestens in den nächsten Tagen wollen sich die Führungsgremien der Liberalen mit dem Ausgang befassen. Trotz des Desasters im Norden werde es nicht zu einer Schwächung der Verhandlungspositionen gegenüber der Union kommen. Allerdings hat der CDU/CSU-Fraktionzchef Alfred Dregger die Liberalen vor überzogenen Forderungen gewarnt.

Im Gegensatz zu der abwartenden Haltung gegenüber der schleswig-holsteinischen FDP steht das offensive, zustimmende Verhalten der Bonner Führung gegenüber anderen Landesverbänden. Begrüßt wird der Wechsel im Vorsitz der Berliner FDP und die dort beschlossene Bereitschaft, nunmehr in den Minderheitssenat unter dem Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker einzutreten.

Um einen Kurswechsel nach Bonner Vorbild ging es gestern abend auch im NRW-Landesvorstand. Auf der Sitzung hatte deren Vorsitzender Burkhard Hirsch offiziell seinen vorzeitigen Rücktritt mitgeteilt. Nach den Vorstellungen von FDP-Chef Genscher und Otto Graf Lambsdorff soll der bisherige Hirsch-Vertreter Jürgen Möllemann als Verfechter des Bündnisses mit der Union Ende April des Landes FDP leiten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Die Wähler trauen Barschel vor allem eine größere wirtschaftliche Kompetenz zu

Von W. KALTEFLEITER

Am 5. Januar 1983 veröffentlichte die WELT eine Untersuchung des Instituts für Politische Wissenschaft der Christian Albrechts Universität zur Ausgangssituation der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Das damalige Ergebnis: 49 Prozent für die CDU, weniger als 3 Prozent für die FDP. Im Vergleich zum tatsächlichen Ergebnis vom vergangenen Sonntag wurden damals die SPD schwächer und die Grünen stärker eingeschätzt.

Was zeigt dieser Vergleich? Das Ergebnis der Landtagswahl entspricht im wesentlichen den Wählerpotentialen, wie sie sich in den vergangenen Monaten entwickelt haben und ist nicht das Ergebnis kurzfristiger Tageseinflüsse. Das vielfältige Gerede der letzten Wochen über Mitleid- und Euphorieeffekte, über Ausgleichswahlen und politische Gegengewichte lassen sich im Wahlergebnis nicht wiederfinden, was wieder einmal bestätigt, daß nur wirklich massive politische Ereignisse, wie etwa das Zerbrechen der SPD-FDP-Koalition am 17. September letzten Jahres, kurzfristig Wählerströmungen bewegen können.

Die Konstanz des Meinungsbildes in Schleswig-Holstein im Vergleich zur Bundestagswahl eine Woche zuvor wird besonders dann deutlich, wenn man das Landtagswahlergebnis mit dem Erststimmenergebnis zur Bundestagswahl vergleicht. Die Stimmenanteile sind für alle vier Parteien bis auf Zehntelprozente identisch. Die verbleibenden Abweichungen sind mühelos durch die wenn auch nur geringfügig unterschiedliche Wahlbeteiligung und die 1,3 Prozent für den Südschleswigschen Wählerverband, der bei der Bundestagswahl natürlich nicht kandidiert hatte, zu erklären. Im Vergleich zu dem Zweitstimmenergebnis bei der Bundestagswahl hat die CDU noch einmal 2,5 Prozentpunkte gewonnen, dies offensichtlich hauptsächlich zu Lasten der FDP. Dies macht deutlich, daß der Einzug der FDP in den Deutschen Bundestag in Schleswig-Holstein mit 6,3 Prozent auf einem „Darlehen" von CDU-Wählern in Höhe von etwa 4 Prozentpunkten beruhte.

Auch die SPD gewann gegenüber der Bundestagswahl im Zweitstimmenergebnis zwar Prozentpunkte hinzu, was wiederum im wesentlichen dem Rückgang der Grünen gegenüber dem Zweitstimmenergebnis bei der Bundestagswahl entspricht. Das bedeutet: Die Unterschiede zwischen dem 6. und dem 13. März in Schleswig-Holstein sind – und hier bietet sich der Vergleich zu den Unterschieden in Rheinland-Pfalz zwischen dem dortigen Ergebnis der Bundestags- und Landtagswahl am gleichen Tage an – durch die Unterschiede des Wahlrechts bedingt. Die Möglichkeit des Stimmensplittings wurde am 6. März gezielt sowohl von CDU-, FDP-Wählern als auch von SPD-, Grünen-Wählern genutzt. Das Landtagswahlrecht kennt nur eine Stimme, dementsprechend gibt es kein Stimmensplitting, und das Erststimmenergebnis der Bundestagswahl entspricht dem Landtagswahlergebnis.

Dabei ist dennoch ein Ergebnis hervorzuheben: Im Gegensatz zu all den Landtagswahlen, bei denen die Grünen zuvor erfolgreich waren und bei denen es auch nur eine Stimme gab, ist es der SPD in Schleswig-Holstein gelungen, tief in das grüne Potential einzudringen und den Grünen den Einzug in den Landtag zu verwehren. Dies ist einerseits sichtbarer Ausdruck der von der SPD in Bonn seit dem Zerbrechen der SPD/FDP-Koalition bewußt verfolgten Strategie der Reintegration der grünen Wählerschichten in die SPD. Der grüne Trend von 8 Prozent in Hessen über 5,6 Prozent bei der Bundestagswahl auf 3,5 Prozent in Schleswig-Holstein ist zugleich eine erste Erfolgsbilanz dieser sozialdemokratischen Strategie. Vieles spricht jedoch dafür, daß dies in diesem Umfang nur in Schleswig-Holstein möglich war, weil die dortige SPD seit langem und ihr Spitzenkandidat Engholm vor allem auch mit der von ihm gewählten Mannschaft besonders gezielt grüne Wählerschichten anzusprechen suchte.

Trotz dieser auffallenden Parallelität zwischen dem Ergebnis der Bundes- und der Landtagswahl wäre es verfehlt, das Landtagswahlergebnis nur als einen Reflex der bundespolitischen Großwetterlage zu sehen. Vielmehr bestand zur Wahl eine auffallende Parallelität zwischen der landes- und bundespolitischen Konstellation. So wie Kohl auch ohne den Amtsbonus langjähriger Kanzlerschaft seinen Rivalen Vogel in der Resonanz der Wählerschaft, wenn auch nur mit geringem Abstand überlegen war, so führte auch Barschel, obwohl wie Kohl erst fünf Monate im Amt, auf die Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten gegenüber Engholm mit etwa 53 zu 47. Noch größer war die Differenz zwischen beiden, wenn man nach der Kompetenz fragte, die landespolitischen Aufgaben, unter denen übrigens die wirtschaftspolitischen dominierten, zu lösen: 42 Prozent trauten dies Barschel, nur 26 Prozent solches Engholm zu. Auf die beiden großen Parteien bezogen, ergab die gleiche Frage, daß 53 Prozent der CDU, aber nur 32 Prozent der SPD eine Lösung der landespolitischen Aufgaben zutrauten.

Mißt man die Sympathien und die Leistungsfähigkeit der Parteien an einer Zehn-Punkte-Skala, so erreichte die Landes-CDU Schleswig-Holsteins von zehn möglichen 7,3 Punkte, die SPD nur 6,4 Punkte. Noch größer war der Vorsprung der Landes-CDU bei der in gleicher Form gemessenen Kompetenz. Dort erhält sie 8 von 10 möglichen Punkten, die SPD nur 6,4 Punkte. Bezogen auf die beiden Spitzenkandidaten lautete bei der Sympathie die Relation 6,8 zu 6,5 für Barschel und bei der Kompetenz 7,5 zu 6,7 für den Ministerpräsidenten.

Um das Stimmungsbild insgesamt zu beschreiben, ist noch ein anderes Ergebnis von Interesse. Vor vier Jahren, zur Landtagswahl 1979, hatte die SPD versucht, die Wahl zu einer Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Brokdorf zu machen. Die Wahl selbst lag unter dem Schatten des Störfalles im Kernkraftwerk Harrisburg in den USA. Zur Landtagswahl 1983 erklärten 62 Prozent ihre Präferenz für neue Kernkraftwerke, und von denen, die neue ablehnten, sprachen sich noch 72 Prozent für das Weiterbetreiben der bestehenden aus. 56 Prozent äußerten nicht einmal Einwände, wenn in der unmittelbaren Nähe ihres Wohnortes ein Kernkraftwerk errichtet wird. Zahlen, die zeigen, daß entschlossene politische Führung auch breiten Konsens bei anfangs umstrittenen Einzelfragen erzielen kann.

Wenn man davon ausgeht, daß nun auch in Schleswig-Holstein wie zuvor zum Beispiel in Hamburg und Berlin, aber in gewisser Hinsicht zuvor auch schon in Hessen der Bonner Koalitionswechsel zu einer veränderten Struktur der Mitgliedschaft der FDP führt, so ließe das im Hinblick auf die Landtagswahl im Jahre 1987 eine Koalitionsaussage der FDP zu Gunsten der CDU erwarten. Wenn man andererseits berücksichtigt, daß für die SPD in dem grünen Potential noch erhebliche Gewinnchancen bestehen, so bedeutet dies trotz des deutlichen Vorsprungs der CDU bei dieser Wahl die Perspektive eines durchaus symmetrischen Parteiensystems. Würde man den Anteil der Grünen voll der SPD zuschlagen, so erscheinen für die SPD über 47 Prozent erreichbar, womit sie an ihr bestes Bundestagswahlergebnis von 1972 fast herankommt. Der Abstand zur CDU, die im übrigen in den letzten zwölf Jahren bei Landtags- und Kommunalwahlen mit einer erstaunlichen Stabilität um die 50-Prozent-Grenze oszilliert hat, ist dann nicht mehr groß.

In einer solchen Konstellation mag der FDP in neuer Gestalt eine besondere Bedeutung zukommen. Gelänge es ihr, sich an der Seite der CDU zu stabilisieren, würde sie zwar den CDU-Anteil auch bei Landtagswahlen wieder auf jenes Niveau herabdrücken, das die CDU kennzeichnete, solange sie, und das war immerhin bis 1971 der Fall, in Schleswig-Holstein mit der FDP zusammen regierte, also auf etwa 45 Prozent. Zusammen mit einer so genesenen FDP würde dies freilich eine bequeme Regierungsmehrheit von 52 Prozent für eine CDU/FDP-Regierung bedeuten. Bis dahin aber ist der Weg der schleswig-holsteinischen FDP noch lang und konfliktreich.

So wählte Schleswig-Holstein

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Landtagswahl 1983	Landtagswahl 1979	Bundestagswahl 1983
Wahlberechtigt	1 961 552	1 893 242	1 973 359
Abgegebene Stimmen	1 667 412	1 576 769	1 761 844
Wahlbeteiligung	85,0%	83,3%	89,3%
Gültige Stimmen	1 662 431	1 568 833	1 745 075

Partei	Stimmen	%	Mand.	Stimmen	%	Mand.	Zweitst.	%	Erstst. %
CDU	814 539	49,0	39	757 664	48,3	37	812 412	46,5	49,8
SPD	726 610	43,7	34	653 982	41,7	31	728 793	41,7	44,3
FDP	35 823	2,2	–	90 131	5,7	4	109 796	6,3	2,1
SSW	21 815	1,3	1	22 293	1,4	1	–	–	–
DKP	2 203	0,1	–	3 123	0,2	–	2 138	0,1	
Grüne Demokraten	1 536	0,1	–	–	–	–	–	–	–
Die Grünen [1]	59 317	3,6	–	38 009[4]	2,4	–	91 037	5,2	3,4
Frauenpartei	409	0,0	–	–	–	–	–	–	–
FSU [2]	8	0,0	–	–	–	–	–	–	–
GLSH [3]	108	0,0	–	–	–	–	–	–	–

[1] Enthält die Grüne Liste Schleswig-Holstein
[2] Freisoziale Union – Demokratische Mitte
[3] Linke Liste Schleswig-Holstein
[4] GLSH: Grüne Liste Schleswig-Holstein

Kaum Konsens zwischen Kiel und Hamburg

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die beiden Juristen verkehrten bisher kühl und formell miteinander: Klaus von Dohnanyi (SPD) und Uwe Barschel (CDU) – Nachbarn, die aufeinander angewiesen sind – hatten sich nicht viel zu sagen. Der Verkehr beschränkt sich auf Mahnbriefe und Vorhaltungen. Vergessen sind die Zeiten, in der Hamburgs Bürgermeister Herbert Weichmann und der Kieler Regierungschef Helmut Lemke bei der Anreise zur Bundesratssitzung nach Bonn im Speisewagen den Konsens zwischen der Metropole und dem meerumschlungenen Nachbarland herstellten. Zuviel Geröll – Brokdorf, Kaltenkirchen, NDR-Staatsvertrag – hat inzwischen das freundschaftliche Verhältnis zwischen Hamburg und Kiel zugeschüttet.

Bürgermeister von Dohnanyi stellte sich voll auf Björn Engholms Seite, als der SPD-Spitzenkandidat in Hamburg ankündigte, er werde eine Milliarden-Investitions-Ruine in Kauf nehmen und die Betriebsgenehmigung für Brokdorf nur im Ausnahmefall erteilen. Kurze Zeit später warnte Ministerpräsident Uwe Barschel vor den Senatsplänen zur Errichtung von drei neuen Kohlekraftwerken als Brokdorf-Ersatz. Die Hansestadt – so kündigte er an – könne kaum mit einer Genehmigung für die Lagerung seiner Flugasche im Umland rechnen.

In seiner Regierungserklärung äußerte von Dohnanyi zwar Verständnis für die Sorgen aus dem Norden. Doch er hält an seinem Konzept fest. Auch das von der Hansestadt forcierte Projekt eines Großflughafens in Kaltenkirchen belastet die ehemalige „Politik der guten Nachbarschaft". Der Senat forderte, daß Kiel sich stärker finanziell beteiligt, die Schleswig-Holsteiner lehnten ein größeres Engagement ab. Sie wollen das Projekt „beerdigen".

Uwe Barschel kann nach seinem großen Erfolg jetzt entschiedener gegenüber der Rathaus-Regierung auftreten. Ein Erfolg, der – sicher zum besonderen Verdruß Bürgermeisters von Dohnanyis – überproportional die CDU-freundliche Grundstimmung rund um Hamburgs nördliche Grenze dokumentiert. Hier, wo rund 130 000 Pendler wohnen, die täglich in Hamburg arbeiten und größtenteils von dorther ihre politische Orientierung erfahren, liegt die CDU überragend vorn. In acht von zwölf Wahlkreisen um Hamburg hat sie Ergebnisse über dem Landesdurchschnitt geholt, nur in einem Kreis wurde die SPD stärkste Partei.

Rückendeckung gibt das Wahlergebnis auch der CDU, wenn es darum geht, ab 1984 von den Bestimmungen des NDR-Staatsvertrages Gebrauch zu machen. Hamburgs CDU-Landesvorsitzender Jürgen Echternach wies gestern darauf hin, daß die Zulassung auch anderer Rundfunk- und Fernseh-Produzenten möglich sei. Dohnanyi hat – auch in der Regierungserklärung – scharfen Widerstand gegen Pläne angekündigt, wie sie unter anderem Ministerpräsident Ernst Albrecht hegt. Hamburgs Finanzsenator Jörn König drückte gestern die Hoffnung aus, daß Senat und Kieler Kabinett die „schweren gemeinsamen Probleme" lösen werden, etwa die Streitpunkte Brokdorf und Kaltenkirchen. Diese Fragen sollten „frei von Wahlkampfgetöse sachgerecht erörtert werden". Auf Wahlkampf können beide Länder in der Tat fast vier Jahre lang verzichten: Der SPD-Senat ist im Dezember, das CDU-Kabinett vorgestern bestätigt worden.

Die Grünen verloren am stärksten in Brokdorf

BERND LAMPE, Kiel

Die CDU, die bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl mit einem Ergebnis von 49 Prozent 0,7 Punkte im Vergleich zur Wahl fürs Kieler Parlament vor vier Jahren hinzugewann, mußte vor allem in den Städten Verluste hinnehmen. In neun der 47 Städte des Landes verzeichnete sie ein Minus zwischen 0,2 und 1,3 Prozentpunkte.

Ausgeglichen wurde dieses Resultat durch eine überdurchschnittliche Zunahme der CDU-Wählerstimmen in ländlichen Gebieten wie in den Wahlkreisen Süd-Tondern, Dithmarschen-Nord, Steinburg-Süd, Segeberg-Ost und Segeberg-West, wo die christlichen Demokraten Gewinne zwischen 1,6 und 2 Prozentpunkte verzeichnen konnten. Ministerpräsident Barschel holte in seinem Wahlkreis Lauenburg-Süd mit einem Stimmenzugewinn von [illegible]3 Prozentpunkten das größte Plus seiner Partei in allen 44 Wahlkreisen.

Mit einem Ergebnis von 60,6 Prozent der Wählerstimmen für die CDU sorgte der Landtagsabgeordnete Heinz-Wilhelm Fölster im ländlichen Wahlkreis Rendsburg-West für „bayerische Verhältnisse" im nördlichsten Bundesland. Nur die SPD konnte mit [illegible]1,5 Prozent der Stimmen in der sozialdemokratischen Hochburg K[illegible]-Ost ein besseres Ergebnis vorweisen.

Wo die CDU in den Städten verlor oder sich nur knapp verbesserte, gewann die SPD auch überdurchschnittlich v[illegible] Stimmen hinzu. Im Hamburger Umland in dem mit 600 000 W[illegible]ern etwa ein Drittel der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein [illegible]en, wurde, wie erwartet, die [illegible]l entschieden. Schon bei der Bundestagswahl zeichnete sich allerdings im Wahlkreis Elmshorn [illegible]e Niederlage der CDU ab. Die Landtagswahl bestätigte nun diesen Trend. Als einziger Wahlkreis ging diese Region von der CDU an die SPD über.

Aber auch die Sozialdemokraten verzeichneten hier gute Ergebnisse, die über dem Landesdurchschnitt lagen. Offenbar haben sie mehr von den einstigen FDP-Wählern profitiert als die CDU. Die Freien Demokraten, die am Rande Hamburgs Hochburgen hatten, mußten bei der Bundestagswahl vor einer Woche hier schon die größten Verluste hinnehmen; bei der Landtagswahl wiederholte sich das nun. Nur im Wahlkreis Husum-Eiderstedt (FDP: minus 5,5 Prozentpunkte), wo der FDP-Landesvorsitzende Uwe Ronneburgor wohnt, waren die Verluste der Freien Demokraten so groß wie im Hamburger Randgebiet. Im Wahlkreis Pinneberg schmolzen die 7,9 Prozent der Stimmen, die die Freien Demokraten vor vier Jahren erhielten, um 5,1 Punkte auf 2,8 Prozent zusammen; im Wahlkreis Norderstedt um 6,7 Punkte auf 2,2 Prozent. In den Städten des Umlands waren parallel zu den Wahlkreisen die Stimmenverluste der Freien Demokraten besonders stark.

Die Grünen, die mit 3,6 Prozent der Stimmen bei der Wahl am Sonntag scheiterten, konnten am Rande der Millionenstadt im Vergleich zur Landtagswahl vor vier Jahren die größten Gewinne verzeichnen. Sie lagen zwischen 2,1 Prozentpunkten im Wahlkreis Pinneberg und 4,2 Prozentpunkten im Wahlkreis Elmshorn. Ausgerechnet im Wahlkreis Steinburg-Süd, wo das von ihnen heftig befehdete Kernkraftwerk Brokdorf gebaut wird, verzeichneten die Grünen mit einem Minus von 1,4 Punkten den größten Verlust im Land zwischen den Meeren.

Uwe Ronneburger denkt über neue Wege nach

WILM HERLYN, Kiel

Ein Zwischenruf macht in Kiel die Runde: Uwe Ronneburger wurde befragt, ob die FDP denn angesichts des verheerenden 2,2-Prozent-Ergebnisses nun auseinanderbreche. Ehe der Noch-FDP-Landeschef antworten kann, ruft ein Spaßvogel: „Das grenzt an Atomspaltung."

„Meinen persönlichen Anteil an der Niederlage kann ich nicht aus der Welt reden", bekannte Ronneburger. Der Bauer aus Tetenbüll, der die Wiesen seines „Staatshofes" vorsichtshalber immer nur auf ein Jahr verpachtet („Weiß ich, wo ich das nächste Mal nicht gebraucht werde."), dachte gestern abend in Bad Bramstedt mit seinem Landesvorstand über neue Wege nach.

Dort – im Hotel „Intermar" – pflegt die FDP seit Jahren die weitreichenden Entscheidungen zu treffen. Sie hat Erfahrung mit der außerparlamentarischen Arbeit aus den Jahren 1971/75 und steht nun vor der Frage, wie sie den Bürgern zwischen Nord- und Ostsee ein vorsichtiges Wendemanöver – eine Hinwendung zu einer liberalen Mittel-Politik – erklären könnte.

Bewährtes Mittel dazu ist der Austausch von Personen. Hinter Ronneburger steht Wolf-Dieter Zumpfort als möglicher neuer Landesvorsitzender bereit. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete war zum 6. März nicht wieder in seinem angestammten Kieler Wahlkreis aufgestellt worden, weil die Partei ihn als „rechtslastig" einstufte. Die Reaktion à la Schleswig-Holstein-FDP: Ein „rechter" Wahlkreis holte Zumpfort zu sich.

Optimismus bei der Mitte

Zumpfort, wenn auch erst 38 Jahre alt, könnte die Voraussetzung mit sich bringen, die auseinanderstrebenden Flügel der Partei wieder zu einen. Schwierigkeiten wird er da weniger mit Ronneburger haben, dessen Einfluß in den letzten Jahren immer mehr schwand, denn mit dem Vor-, Nach- und Chefdenker Heiner Bremer, Redakteur beim „Stern" und bisher mehr hinter den Kulissen agierend.

Doch die bisher eher schweigenden Anhänger einer Politik der Mitte sind optimistisch. „Lodenmäntel" rufen ihnen die Jungdemokraten zwar verächtlich hinterher, in Anspielung darauf, daß jene erst seit der Bonner Wende Farbe bekennen und ihre Mitgliedsausweise herausholen, die sie in der Wäsche versteckt hatten. Dessen ungeachtet verschoben sie aber die Gewichte schon in sieben der 15 Kreisverbände zu ihren Gunsten. Auf sie kann Zumpfort unter den 4200 Mitgliedern seiner Partei setzen.

Auf „klaren Kurs" gesetzt

Dabei stehen die Liberalen vor den schwersten vier Jahren ihrer Geschichte. Sie sind nicht mehr als ein Splitter in der Parteienlandschaft Schleswig-Holsteins, selbst die Grünen finden mehr Resonanz. Entscheidend für diese Entwicklung war vor allem, daß die Landes-FDP auf „klaren Kurs" und „Glaubwürdigkeit" setzte – beides in Anspielung auf die Bonner Wende vom Herbst vergangenen Jahres, die die schleswig-holsteinische FDP nicht nachvollziehen mochte.

Beide Parolen schienen den Wählern am Sonntag offensichtlich aber besser bei der CDU aufgehoben, die liberales Stimmenpotential auf sich zog. Als Trotzreaktion hatten schon die Delegierten aus dem Norden auf dem Berliner Bundesparteitag im November die verhängnisvolle Koalitionsaussage an die FDP beschlossen – nachdem Uwe Ronneburger mit seiner Kandidatur gegen Hans-Dietrich Genscher scheiterte, wenn auch mit dem respektablen Ergebnis von 41 Prozent.

„Wieder einmal hat die FDP draußen im Land die Hauptlast der Wende zu tragen gehabt", sagte Ronneburger mit Blick auch auf die Liberalen in Rheinland-Pfalz oder auch auf die eigene Erfahrung von 1971, als die FDP schon einmal an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Diese Rechnung, die Schuld nur in Bonn zu sehen, ist zu einfach. So schob denn auch Ronneburger gleich nach, offensichtlich „ist die Linie der schleswig-holsteinischen FDP von den Wählern nicht akzeptiert worden."

Die FDP-Zentrale in Bonn sieht die neue Entwicklung nicht ungern: Auch wenn das Thomas-Dehler-Haus nicht begeistert sein kann vom Abschneiden der Parteifreunde im Norden, so heißt es doch: „Dieser Schnitt ist notwendig gewesen für einen politischen Klärungsprozeß."

Im Kieler Kabinett wird sich nur wenig ändern

BERND LAMPE, Kiel

Die beiden großen Parteien im schleswig-holsteinischen Landtag richteten sich gestern auf die zehnte Legislaturperiode ein, die nach einer einstimmig gefaßten Änderung des Wahlrechts ein halbes Jahr länger dauern wird. Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein soll auf keinen Fall wieder mit der Wahl für das Bonner Parlament zusammenfallen.

In einem Monat, am 12. April, wird sich der zehnte schleswig-holsteinische Landtag konstituieren. 17 der 74 Abgeordneten sind Neulinge im Parlament. Lange war das Revirement unter den Parlamentariern im Landeshaus an der Förde nicht so groß wie jetzt.

Im 2. Kabinett Barschel dürfte sich jedoch wenig ändern. Sozialminister Walter Braun und Bundesratsminister Hennig Schwarz, die dienstältesten Kabinettsmitglieder, werden weiter der Regierung angehören. Sie wurden 1969 vom damaligen Ministerpräsidenten Helmut Lemke berufen. Peter Bendixen behält das Kultusressort, Günter Flessner bleibt Landwirtschaftsminister und Jürgen Westphal Wirtschaftsminister.

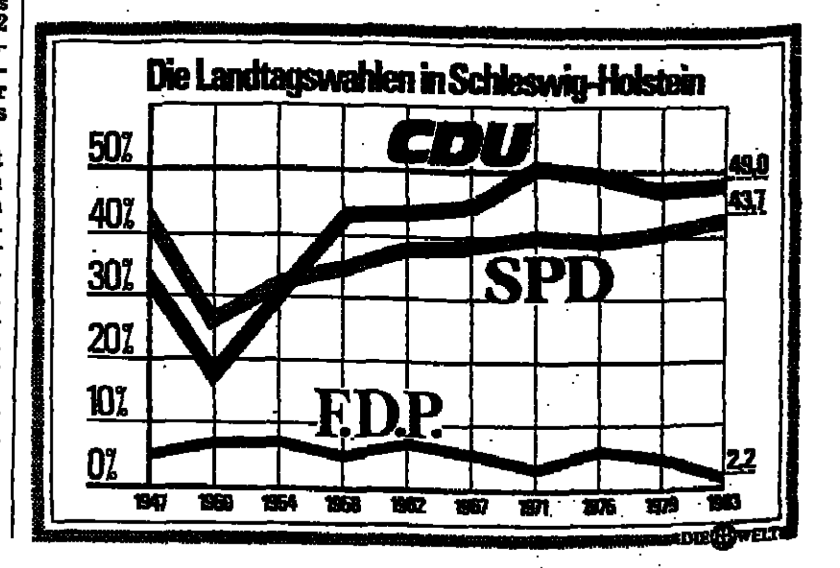
Es wird erwartet, daß Barschel das Finanzressort neu besetzen wird. Der amtierende 58jährige Minister Rudolf Titzck dürfte Nachfolger von Landtagspräsident Helmut Lemke werden. Der 75jährige scheidet aus Altersgründen aus dem Parlament aus. In Kiel gilt es als sicher, daß Ministerpräsident Barschel den Finanzexperten der CDU-Landtagsfraktion, Roger Asmussen, in das Amt des Finanzministers berufen wird.

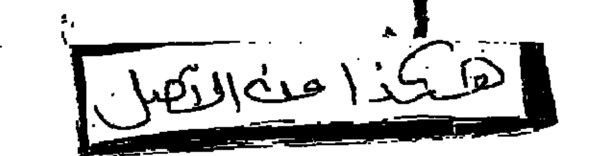
Justizminister Karl-Eduard Claussen, der seit Regierungsantritt von Barschel im vergangenen Oktober das Innenressort mitverwaltet, wird nun endgültig in dieses Ministerium überwechseln. Offen ist bisher, mit wem Barschel das Justizministerium besetzen wird. Als sicherer Anwärter galt bisher der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Heiko Hoffmann, der die Abgeordneten, die bisher nur über eine Einstimmen-Mehrheit im Landtag verfügten, mit fester Hand führte. Hoffmann wird jedoch von Parteifreunden gedrängt, wenigstens in den kommenden zwei Jahren sein Amt beizubehalten. Er fühlt sich auch „in die Pflicht" genommen.

In der Halbzeit der neuen Legislaturperiode wird nämlich ein Revirement im Kabinett erwartet. Als Nachfolger Hoffmanns stehen zwei Abgeordnete in den Startlöchern: der Parlamentarische Staatssekretär für Jugend und Sport, Otto Bernhardt, und der Wirtschaftsexperte der Fraktion, Klaus Kribben. Kribben, der wie Bernhardt seit 1975 dem Landtag angehört und zur „jungen Garde" in der Fraktion zählt, werden jedoch die größeren Chancen eingeräumt. Sollte Hoffmann Fraktionsvorsitzender bleiben, gilt es als wahrscheinlich, daß Barschel für das Justizressort einen Experten von „außen" holen wird.

Auf der gestrigen Vorstandssitzung der Landes-CDU wurden Personalfragen nicht angesprochen, ebenfalls nicht auf der Fraktionssitzung. Barschel will sein Kabinett ohnehin erst in einem Monat nach Konstituierung des Landtages vorstellen: „Ich mache jetzt ein paar Tage Urlaub. Dann werde ich Personalgespräche führen."

Die SPD-Landtagsfraktion wird, wie es die Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche schon getan hat, sehr schnell einen neuen Fraktionsvorstand wählen. Heute nachmittag treten die 34 Abgeordneten zusammen, um den früheren Bundesbildungsminister Björn Engholm zu ihrem neuen Fraktionschef zu wählen. Klaus Matthiesen, der zehn Jahre lang Oppositionsführer im Landtag war, wird parlamentarischer Geschäftsführer werden.





Barschel: Liberalität wird in der Regierungspolitik sichtbar

DW. Kiel

In einem Interview mit der WELT hat der Wahlsieger vom Sonntag, Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU), die Überzeugung geäußert, die FDP in Schleswig-Holstein werde durch ihr schlechtes Abschneiden gezwungen, „sich völlig neu zu formieren". Mit Barschel sprach Bernd Lampe.



Ministerpräsident Uwe Barschel

WELT: Zum vierten Mal hat die CDU eine absolute Mehrheit errungen. Das verführt, Entscheidungen ohne Kompromisse zu treffen. Wird der Ministerpräsident Barschel den Konsens mit der SPD suchen?

Barschel: Ganz ohne Zweifel ja. Die Frage ist zunächst, wie konsensfähig die SPD ist. Sie tritt mit einem neuen Oppositionsführer an. Grundsätzlich bleibe ich bei dem, was ich zu Regierungsantritt gesagt habe, daß ich nämlich zur fairen Zusammenarbeit mit der Opposition bereit bin. Die Aufgaben, die zu bewältigen sind – Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplätze, Umweltschutz – sind groß. Wir sollten uns angewöhnen, mehr ergebnisoffen miteinander zu diskutieren und uns nicht wechselseitig fertige Konzepte vorlegen, die dann von der anderen Seite jeweils abgelehnt werden.

WELT: Wann werden Sie sich mit Björn Engholm treffen?

Barschel: Wir haben schon vor der Wahl auf meine Initiative hin vereinbart, daß wir uns in Kürze unabhängig vom Wahlausgang zu einem Vier-Augen-Gespräch zusammensetzen werden. Dabei soll alles durchdiskutiert werden, was politisch klimatisch und organisatorisch in den nächsten Monaten zu bedenken ist. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen.

WELT: Acht Jahre lang regierte die CDU mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit in Kiel. Wird die neue Beweglichkeit in der CDU-Fraktion das Regieren schwerer machen, weil vielleicht die Fraktionsdisziplin nicht mehr so stark ist?

Barschel: Ich war Fraktionsvorsitzender, als wir eine Ein-Stimmen-Mehrheit und auch als wir eine solide Mehrheit hatten. Jetzt kann ich als Ministerpräsident wieder mit einer soliden Mehrheit regieren. Ich glaube, daß wir es insofern leichter haben. Wir sind nicht mehr darauf angewiesen, über jede einzelne kleinere Frage so lange diskutieren zu müssen, bis alle einer Meinung sind. Ich würde mich freuen, wenn auch die neue Fraktion ein möglichst großes politisches Gewicht bei der Formulierung und Durchsetzung der gemeinsamen Politik hat. Bisher war die Harmonie in der Fraktion groß. Nur gemeinsam als Fraktion und Regierung sind wir stark.

WELT: Kann die FDP in viereinhalb Jahren für Sie ein anzustrebender Koalitionspartner sein?

Barschel: Bisher hat man jedesmal prognostiziert, das nächste Mal wird die CDU keine absolute Mehrheit gewinnen. Sie hat es jedoch bisher jedesmal geschafft. Die Stimmen, die bei der Bundestagswahl an die FDP gingen, konnten nun wieder von der CDU gewonnen werden. Das bedeutet für uns ein Stück liberaler Verpflichtung. Die FDP ist nicht mehr im Landtag vertreten. Wir unterstützen in Bonn eine Regierung aus CDU und FDP. Das heißt, daß ich in meiner Regierungspolitik gleich zu Beginn sehr deutlich machen werde, daß Liberalität sichtbar wird. Das mache ich nicht aus Taktik, sondern aus innerer Überzeugung. Die FDP ist nach diesem Wahlergebnis gezwungen, sich völlig neu zu formieren und zu konsolidieren. Sie erhält dadurch die Möglichkeit, Anschluß an die politisch-programmatische Entwicklung der Bundespartei zu finden. Auf dieser Basis kann ich mir vorstellen, daß in viereinhalb Jahren, wenn erneut Koalitionsaussagen getroffen werden, manches anders aussehen wird als jetzt.

WELT: Die CDU regiert nun 33 Jahre in Schleswig-Holstein. Ist Schleswig-Holstein mit Bayern vergleichbar?

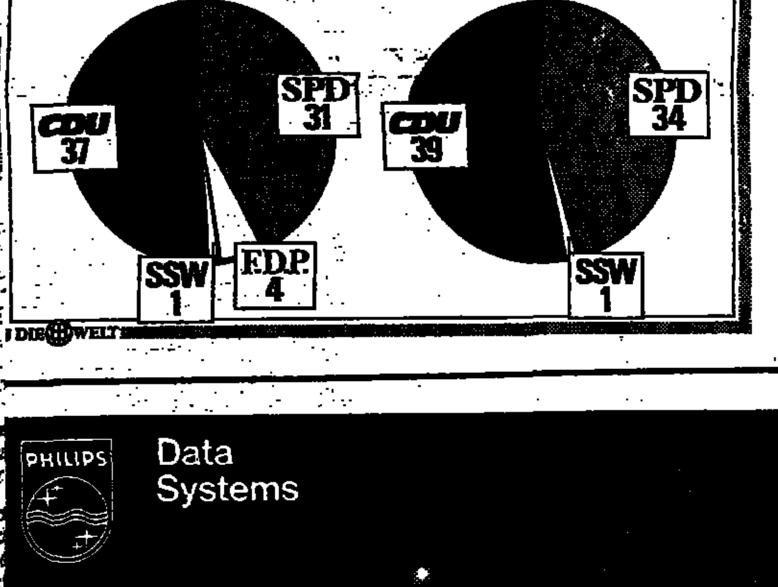
Barschel: Nein. Schleswig-Holstein ist nur insofern mit Bayern vergleichbar, als bei uns Tradition, Geschichte, landschaftliche Schönheiten und Landesbewußtsein sehr ausgeprägt sind. Aber die CDU hat es noch nie geschafft, das müssen wir neidvoll anerkennen, sich so zu einer Landespartei zu entwickeln, wie die CSU in Bayern. Aber, was nicht ist, kann ja noch werden.

WELT: Wie werden Sie es künftig mit der dänischen Minderheit halten?

Barschel: Hier gilt meine Erklärung, daß wir im Sommer bei den Haushaltsberatungen über eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung für die dänischen Schulen im Land sprechen werden.

WELT: Sehen Sie eine Chance, das merklich abgekühlte Verhältnis zum Nachbarland Hamburg in den kommenden Jahren zu verbessern?

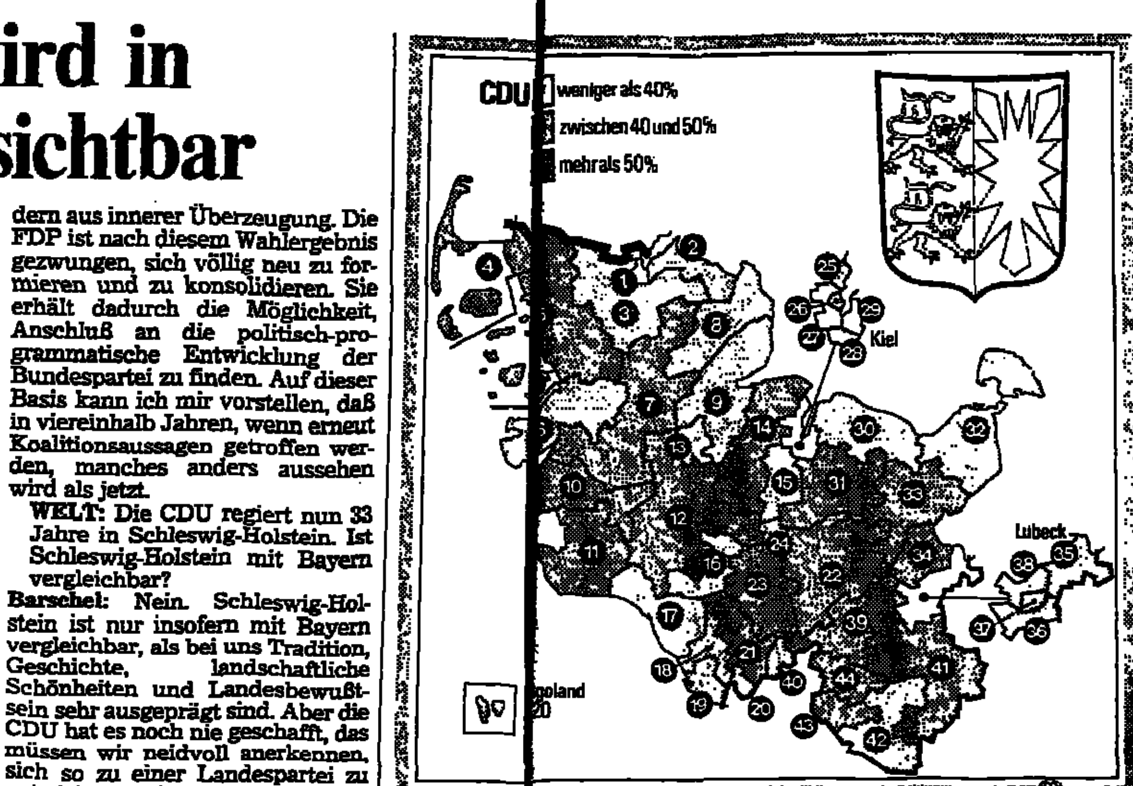
Barschel: Ja. Wir haben am 21. April die „Werftenkonferenz" der norddeutschen Länder. Anfang Juni tagt der Hauptausschuß des gemeinsamen Landesplanungsrates. Herr von Dohnanyi und ich sind uns vollkommen darin einig, daß wir mit dem Ziel in diese Gespräche gehen, möglichst viele Punkte zu finden, in denen wir eine große Übereinstimmung erzielen können. Ich gehöre angesichts der Haltung Hamburgs zum Kernkraftwerk Brokdorf und dem Flughafenprojekt Kaltenkirchen nicht zu den Leuten in der Politik, die nachtragend sind. Ich bin Realist. Hamburg hat sich so verhalten, weil die Partei der Sozialdemokraten diesen Weg eingeschlagen hat.

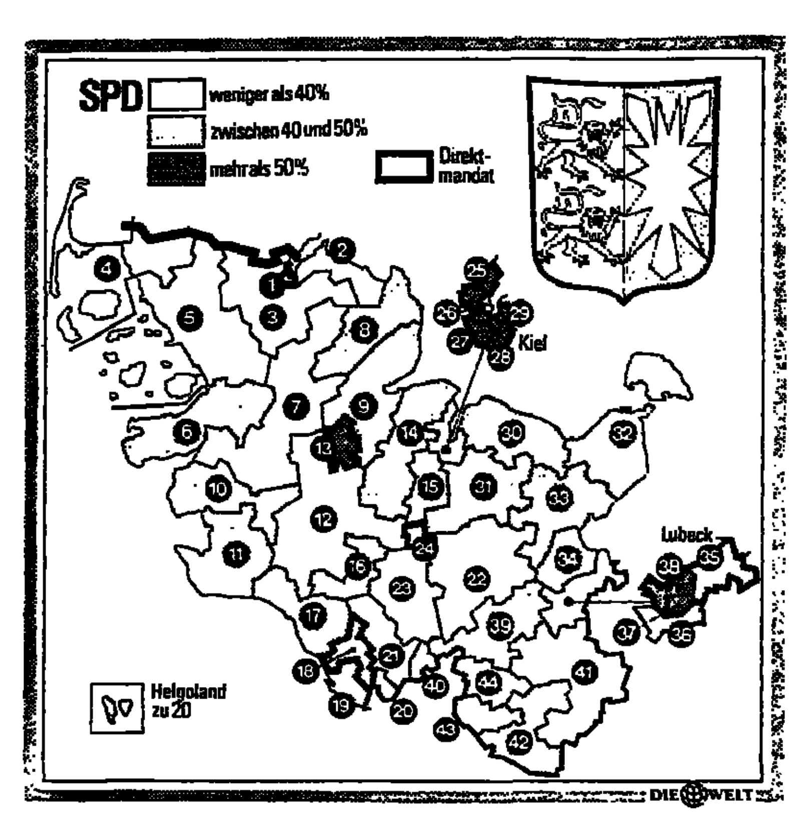


Familienfrieden in Pinneberg

hy. Kiel

Auch die Schleswig-Holsteiner haben ihre „Gebrüder Vogel". Synonym zu Hans-Jochen, dem SPD-Spitzenkandidaten zum 6. März, kandidierte Berend Harms in Pinneberg-Nord für die Sozialdemokraten, sein Bruder Rainer-Ute Harms – wie Bernhard Vogel, der Sieger im Rheinland-Pfälzischen – für die CDU. Auch hier ging der Bruderkampf zugunsten der Union aus, was dem Familienfrieden aber nicht schadet. Vor allem deshalb nicht, weil der SPD-Bruder Berend über die Liste wieder in den Landtag einziehen wird.





So wählte Schleswig-Holstein den neuen Landtag

1 Flensburg-West: CDU 34,9 (35,1); SPD 41,3 (40,1); FDP 1,3 (3,8); SSW 18,7 (19,0); GRÜ 3,3 (1,8). Gewählt: Klaus Matthiesen (SPD) wie bisher.

2 Flensburg-Ost: CDU 46,6 (46,0); SPD 39,3 (36,9); FDP 2,0 (4,6); SSW 8,8 (10,2); GRÜ 2,8 (2,1). Gewählt: Max Stich (CDU) wie bisher.

3 Flensburg-Land: CDU 49,9 (48,9); SPD 35,3 (34,0); FDP 1,6 (4,5); SSW 10,1 (10,5); GRÜ 2,9 (2,0). Gewählt: Thomas Lorenzen (CDU) wie bisher.

4 Südtondern: CDU 53,0 (51,4); SPD 34,7 (33,6); FDP 2,0 (5,7); SSW 4,2 (4,8); GRÜ 6,0 (4,2). Gewählt: Peter Alliol (CDU) wie bisher.

5 Husum-Land: CDU 54,0 (54,0); SPD 36,0 (33,1); FDP 2,0 (5,6); SSW 4,1 (4,4); GRÜ 3,7 (2,6). Gewählt: Leopold Spaeth (CDU) wie bisher.

6 Husum-Eiderstedt: CDU 46,1 (45,9); SPD 42,8 (38,3); FDP 3,1 (8,6); SSW 4,1 (4,3); GRÜ 3,9 (2,6). Gewählt: Garsten Paulsen (CDU), bisher Hans-Alwin Ketels (CDU).

7 Schleswig-West: CDU 58,8 (58,5); SPD 33,8 (31,6); FDP 1,8 (5,1); SSW 2,4 (2,6); GRÜ 3,1 (2,0). Gewählt: Egon Schübeler (CDU) wie bisher.

8 Schleswig: CDU 46,7 (47,4); SPD 42,4 (38,6); FDP 1,9 (5,1); SSW 5,6 (6,3); GRÜ 3,3 (2,3). Gewählt: Werner Detlefsen (CDU), bisher Harm Dallmeyer (CDU).

9 Eckernförde: CDU 48,2 (48,7); SPD 44,5 (41,1); FDP 2,5 (5,6); SSW 2,0 (2,2); GRÜ 2,7 (2,1). Gewählt: Hans-Klaus Solterbeck (CDU), bisher Gerhard Stoltenberg (CDU).

10 Dithmarschen-Nord: CDU 54,0 (52,5); SPD 40,9 (39,1); FDP 2,2 (5,5); GRÜ 2,8 (2,6). Gewählt: Wilhelm Hollmann (CDU) wie bisher.

11 Dithmarschen-Süd: CDU 51,9 (50,9); SPD 42,8 (40,8); FDP 2,0 (5,3); GRÜ 3,1 (2,5). Gewählt: Roger Asmussen (CDU) wie bisher.

12 Rendsburg-West: CDU 60,6 (59,7); SPD 34,2 (32,3); FDP 1,9 (4,5); SSW 0,3 (0,3); GRÜ 2,9 (2,8). Gewählt: Heinz-Wilhelm Fölster (CDU) wie bisher.

13 Rendsburg: CDU 43,6 (43,8); SPD 50,2 (45,7); FDP 2,4 (6,8); SSW 1,0 (1,2); GRÜ 2,7 (2,2). Gewählt: Günter Neugebauer (SPD) wie bisher.

14 Rendsburg-Ost: CDU 52,2 (52,5); SPD 41,3 (38,4); FDP 2,6 (5,8); SSW 0,4 (0,5); GRÜ 3,1 (2,6). Gewählt: Werner Hahn (CDU) wie bisher.

15 Neumünster-Nord: CDU 48,6 (47,9); SPD 45,6 (44,5); FDP 2,1 (4,7); GRÜ 3,5 (2,6). Gewählt: Walter Braun (CDU) wie bisher.

16 Steinburg-Ost: CDU 49,4 (48,6); SPD 44,7 (42,0); FDP 2,0 (5,2); GRÜ 3,4 (3,5). Gewählt: Georg Rösler (CDU) wie bisher.

17 Steinburg-Süd: CDU 48,2 (46,2); SPD 45,5 (43,8); FDP 1,8 (4,1); GRÜ 4,0 (5,4). Gewählt: Hans Ruhmann (CDU) wie bisher.

18 Elmshorn: CDU 45,2 (46,4); SPD 47,9 (45,9); FDP 2,4 (6,9); GRÜ 4,2 (0,0). Gewählt: Joachim Harms (SPD), bisher Günter Friedrich (CDU).

19 Pinneberg-Elbmarschen: CDU 47,9 (45,8); SPD 45,1 (44,4); FDP 2,9 (6,3); GRÜ 4,7 (2,9). Gewählt: Hans-Detlef Stäcker (CDU) wie bisher.

20 Pinneberg: CDU 48,0 (46,9); SPD 44,2 (41,9); FDP 2,8 (7,9); GRÜ 4,8 (2,7). Gewählt: Jürgen Westphal (CDU) wie bisher.

21 Pinneberg-Nord: CDU 54,1 (53,0); SPD 38,1 (37,2); FDP 2,9 (6,5); SSW 0,2 (0,2); GRÜ 4,2 (2,4). Gewählt: Rainer Uwe Harms (CDU) wie bisher.

22 Segeberg-Ost: CDU 55,6 (53,7); SPD 38,6 (37,2); FDP 2,4 (5,8); GRÜ 2,9 (2,9). Gewählt: Heinrich Stock (CDU), bisher Helmut Lemke (CDU).

23 Segeberg-West: CDU 55,0 (53,2); SPD 38,3 (36,0); FDP 2,8 (7,7); GRÜ 3,9 (2,7). Gewählt: Kurt Böge (CDU) wie bisher.

24 Neumünster: CDU 45,5 (44,3); SPD 49,3 (48,5); FDP 1,4 (4,8); GRÜ 3,5 (2,0). Gewählt: Rudolf Johna (SPD) wie bisher.

25 Kiel-Nord: CDU 43,4 (43,2); SPD 50,1 (47,6); FDP 2,4 (5,9); GRÜ 3,4 (2,5). Gewählt: Joachim Lohmann (SPD), bisher Karl Heinz Luckhardt (SPD).

26 Kiel-Mitte: CDU 47,4 (49,5); SPD 44,3 (40,1); FDP 2,7 (6,6); GRÜ 5,2 (3,4). Gewählt: Peter Bendixen (CDU) wie bisher.

27 Kiel-West: CDU 39,1 (39,1); SPD 54,7 (52,3); FDP 1,7 (5,4); GRÜ 4,4 (2,8). Gewählt: Rolf Selzer (SPD), bisher Joachim Lohmann (SPD).

28 Kiel-Süd: CDU 41,0 (41,0); SPD 53,1 (50,8); FDP 2,1 (5,1); GRÜ 3,6 (2,7). Gewählt: Ruth Springer (SPD), bisher Leonhard Langmann (SPD).

29 Kiel-Ost: CDU 33,7 (32,5); SPD 61,5 (61,2); FDP 1,2 (3,7); GRÜ 3,1 (2,1). Gewählt: Wilhelm Marschner (SPD) wie bisher.

30 Plön-Nord: CDU 48,6 (48,0); SPD 46,2 (44,6); FDP 2,1 (4,4); GRÜ 3,1 (2,6). Gewählt: Rudolf Titzck (CDU) wie bisher.

31 Plön-Süd: CDU 52,4 (52,4); SPD 42,1 (39,2); FDP 2,1 (5,3); GRÜ 3,3 (2,5). Gewählt: Günter Flessner (CDU) wie bisher.

32 Oldenburg: CDU 49,7 (49,4); SPD 46,0 (45,4); FDP 1,6 (4,7); GRÜ 2,4 (0,1). Gewählt: Bertold Sprenger (CDU), bisher Rolf Olderog (CDU).

33 Eutin-Nord: CDU 52,2 (51,2); SPD 42,5 (40,3); FDP 2,2 (6,0); GRÜ 2,5 (2,0). Gewählt: Fritz Latendorf (CDU) wie bisher.

34 Eutin-Süd: CDU 51,8 (51,1); SPD 43,5 (40,8); FDP 2,2 (5,8); GRÜ 2,2 (1,9). Gewählt: Heiko Hoffmann (CDU) wie bisher.

35 Lübeck-Ost: CDU 45,9 (45,4); SPD 49,7 (47,4); FDP 1,4 (4,8); GRÜ 2,8 (1,9). Gewählt: Sigrid Warnicke (SPD), bisher Hans-Jürgen Wolter (SPD).

36 Lübeck-Süd: CDU 47,5 (47,9); SPD 46,4 (42,6); FDP 2,1 (6,3); GRÜ 3,7 (2,6). Gewählt: Annemarie Schuster (CDU) wie bisher.

37 Lübeck-Mitte: CDU 40,6 (40,9); SPD 54,1 (51,5); FDP 1,4 (4,6); GRÜ 3,5 (2,2). Gewählt: Rüdiger Möbusz (SPD) wie bisher.

38 Lübeck-Nord: CDU 42,0 (41,6); SPD 53,5 (50,9); FDP 1,4 (5,0); GRÜ 2,6 (1,9). Gewählt: Ulrich Meyenborg (SPD), bisher Jürgen Busack (SPD).

39 Stormarn: CDU 50,9 (51,2); SPD 43,0 (40,5); FDP 2,1 (5,7); GRÜ 3,4 (2,0). Gewählt: Karl-Eduard Claussen (CDU) wie bisher.

40 Norderstedt: CDU 46,9 (45,1); SPD 45,7 (42,9); FDP 2,2 (8,9); GRÜ 5,0 (2,6). Gewählt: Hans-Joachim Zimmermann (CDU) wie bisher.

41 Lauenburg-Ost: CDU 54,7 (53,1); SPD 39,6 (38,2); FDP 2,1 (6,0); GRÜ 3,5 (2,2). Gewählt: Heinrich Hagemann (CDU) wie bisher.

42 Lauenburg-Süd: CDU 49,7 (47,4); SPD 44,1 (44,1); FDP 1,8 (5,6); GRÜ 4,2 (2,4). Gewählt: Uwe Barschel (CDU) wie bisher.

43 Reinbek: CDU 50,6 (49,4); SPD 41,6 (40,4); FDP 2,7 (7,1); GRÜ 5,0 (2,9). Gewählt: Klaus Kribben (CDU) wie bisher.

44 Ahrensburg: CDU 51,6 (51,3); SPD 40,2 (37,9); FDP 3,1 (7,6); GRÜ 5,0 (2,7). Gewählt: Henning Schwarz (CDU) wie bisher.

*

(In Klammern die Vergleichszahlen der Landtagswahl 1979)

Hessens SPD will Grüne und FDP verdrängen

dpa, Wiesbaden

Die hessische SPD will bei der bevorstehenden Landtags-Neuwahl sowohl die Grünen als auch die FDP aus dem Parlament „verdrängen". Dies erklärte der Vorsitzende der SPD-Hessen-Süd, Willi Görlach. Seine Partei werde im Wahlkampf „liberale und ökologische Inhalte" aufgreifen. Gleichzeitig kündigten die ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik an, daß sich die von ihnen gegründete Partei „Demokratische Sozialisten" bei der Wahl am 25. September erstmals den Wählern stellen werde. Man strebe dabei ein Bündnis mit den Grünen an. Die endgültige Entscheidung werde ein Landesparteitag fällen.

Mubarak entläßt zwei Minister

dpa, Kairo

Der ägyptische Präsident Mubarak hat Industrieminister Abu Zaghla und Versorgungsminister Achmed Nuh entlassen. Sie waren vor wenigen Tagen vom ägyptischen Ehrengerichtshof im Zusammenhang mit dem Korruptionsverfahren gegen Esmat el-Sadat, einen Bruder des ermordeten Präsidenten, erheblich belastet worden. Mubarak übergab darüber hinaus belastendes Material gegen Sadat der Staatsanwaltschaft. Die beiden entlassenen Minister müssen jetzt mit einem Strafverfahren rechnen.

Kabul soll Arzt freilassen

rtr, Paris

Frankreich fordert von den afghanischen Behörden die Haftentlassung des wegen angeblicher Spionage verurteilten französischen Arztes Philippe Augoyard. Ein Sprecher der französischen Regierung teilte gestern mit, sie werde alles für Augoyards Freilassung tun. Der Arzt, der für die französische Organisation „Internationale Medizinische Hilfe" (AMI) humanitär in Afghanistan tätig war, ist nach einer Meldung von Radio Kabul zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der 29jährige Arzt war im Januar während einer Offensive der sowjetischen und afghanischen Truppen gegen Guerrilla-Stellungen in der Nähe von Kabul gefangengenommen worden.

Wird Lambsdorff wieder Minister?

dpa, Bonn

Von zuständigen Regierungsstellen wird zur Zeit geprüft, ob Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) nach der Neubildung des Kabinetts wieder zum Minister ernannt werden kann. Wie regierungsnahe Kreise gestern in Bonn mitteilten, wird vor allem untersucht, ob ein Politiker ernannt werden kann, gegen den – im Zusammenhang mit der Spendenaffäre – ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren läuft. Obwohl der Wirtschaftsminister nicht unter Anklage steht, wollen die Regierungsstellen rechtzeitig Klarheit schaffen, ob die Tatsache laufender Ermittlungen eine Ernennung ausschließen müsse.

„Es ist wie ein reinigendes Gewitter, das niederging"

Was „DDR"-Bürger in Leipzig zum Wahlausgang vom 6. März sagten / Honecker las ab

HANS-R. KARUTZ, Leipzig

Eine Woche lang schlugen viele „DDR"-Bürger täglich besorgt das „Neue Deutschland" auf, weil sie die Fortsetzung der jüngsten polemischen SED-Attacken gegen Bundeskanzler Kohl auch nach seinem Wahlsieg fürchteten. Nicht der Unionssieg verblüffte hier in Leipzig, sondern der Absturz der SPD, der Wiedereinzug der FDP und der Parlamentseinzug der Grünen. Weder Kohl noch SPD-Kandidat Vogel genießen in der „DDR" auch nur annähernd die Sympathiehöhe von Kohls Vorgänger Helmut Schmidt oder Willy Brandt.

„Jeder weiß jetzt, woran man miteinander ist"

„Uns interessieren die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik nur am Rande. Bedenken gegenüber einer Unionsregierung gab es nur indirekt: nämlich in der Frage, ob die SED negativ darauf reagiert und möglicherweise Erleichterungen wieder kassiert, um sich für den Unionssieg zu rächen", beschreibt ein Ingenieur die Stimmung. Die sorgfältig vorbereiteten und vom Blatt abgelesenen Worte Erich Honeckers gegenüber Staatssekretär Hans Otto Bräutigam auf dem Mannesmann-Stand am Sonntag zerstreuten die Befürchtungen der „DDR"-Bürger vorerst. „Wir sind erleichtert", kommentierte ein „Intellektueller" die ausführliche Wiedergabe der Honecker-Passagen über Streit, den man zwischen Bonn und Ost-Berlin vermeiden sollte.

Die Bedeutung der Honecker-Sätze hob gestern das SED-Blatt „Neues Deutschland" für alle „DDR"-Bürger erkennbar hervor. Die Quintessenz der Worte des Staatsratsvorsitzenden wurde auf der Titelseite im Hauptartikel gesondert wiedergegeben. Insgesamt ließ der Wahlkampf in der Bundesrepublik – offenbar wie keine Kampagne zuvor – die „DDR"-Bürger relativ kalt. Eine Leipziger Rentnerin sah in dem Unionserfolg auch etwas allgemein Nützliches: „Frischer Wind kann ja in der Politik nie schaden!"

Selbst überzeugte SED-Anhänger halten beim Geplauder auf den zahlreichen Messepartys nicht mit ihrer Meinung hinter dem Berg: „Es ist wie ein reinigendes Gewitter, das niedergegangen ist. Jeder weiß jetzt, woran man miteinander ist." Die Entscheidung darüber, das Bonner Wahlergebnis zwar mit Rücksicht auf ein fehlendes Moskauer Signal nicht selbst zu kommentieren, aber ein wegweisendes Wort über die politische Zukunft zu formulieren, das auch entsprechenden Aufmerksamkeitswert genösse, fiel offenbar in der routinemäßigen SED-Politbürositzung am vergangenen Dienstag. Die Messe schien eine günstige – und plausible – Gelegenheit, den „DDR"-Standpunkt vorzutragen.

Honeckers bekräftigte Reiseabsicht in die Bundesrepublik – ohne jeden einschränkenden Hinweis auf etwaige Klimatrübungen durch das Raketenthema – war offenbar auch dazu bestimmt, die Gemütsverfassung der eigenen Bürger anzuheben. Seit Monaten vernehmen sie in den offiziellen Medien nichts anderes, als stünde der Abschuß von Pershing-Raketen und Marschflugkörpern unmittelbar bevor. Eine Art „Angstpsychose" läuft landauf, landab und nervt die Leute – oder stumpft sie ab.

Typisch für die allmählich wirksame innere Verdrängung derartig „abgründiger" Themen liefert das jüngste Programm des „DDR"-Spitzenkabaretts „academixer". Nach dem Peter-Alexander-Schlager „Der Papa wird's schon richten" ertönt hier erstmalig für die „DDR", ein Song mit Namensnennung von Honecker. Er, das „beste Stück", werde auch dies schon richten, während zum Kummer der Kabarettisten die Bürger „auf ihrem Kanapee" säßen und den lieben Gott einen guten Mann sein ließen.

Unruhe durch starke Worte vor Partei-Sekretären

Mitteilungen von SED-Funktionären bewirkten in den vergangenen Wochen eine Unruhe, die keineswegs heilsam war. Honecker habe, so hieß es, in seinem vom „Neuen Deutschland" nur unvollständig und in indirekter Rede abgedruckten Referat vor den SED-Kreissekretären im Februar angeordnet, Zivilverteidigungsübungen nicht als Bewegungstherapie, sondern als Vorstufe zu einem denkbaren Ernstfall zu begreifen und zu absolvieren. Auch seine dort, so hört man, dargelegte Perspektive, die „DDR" müsse es schaffen, gleichzeitig das SED-Sozialprogramm – mit dem Honeckers Ansehen steht und fällt –, aber auch steigende Militärausgaben zu verkraften, kann die Laune der „DDR"-Bürger nicht eben heben.

Deutsche und Amerikaner sprachen offen und selbstkritisch miteinander

Von HEINZ BARTH

So etwas wie Stille nach dem Sturm scheint nach dem Ausgang der Bundestagswahl über die Irritationen gekommen zu sein, die in den vergangenen Jahren das deutsch-amerikanische Verhältnis beherrschten. Das jedenfalls war der Eindruck, den das Symposium über die „geistigen Grundlagen der atlantischen Gemeinschaft" hinterließ, zu dem das Studienzentrum Weikersheim unter dem Präsidium von Hans Filbinger in den Rittersaal des Mannheimer Schlosses geladen hatte. Die Symposiker behandelten das delikate Thema mit dem Harmonie-Bedürfnis von Symphonikern. Auf der Suche nach den Ursachen der anti-amerikanischen Agitation in der Bundesrepublik hatte man schon vor Jahresfrist diese Diskussion anberaumt – zu einer Zeit, als noch niemand an die deutschen Wahlen dachte.

Es bereitete den deutschen und amerikanischen Tagungsteilnehmern keine Schwierigkeiten, sich darauf zu einigen, daß die atlantischen Spannungen durch den 6. März entschärft wurden, aber tiefer liegende Gründe haben, die kein Wahlergebnis, wie erfreulich auch immer, aus der Welt schaffen kann. Gegenseitige Kritik, aber auch die Bereitschaft zu Selbstkritik hielten sich die Waage. Die Tagung verschwendete keine Zeit an das Zählen von Raketen.

Golo Mann, der lange in den USA gelebt hat, erklärte die häufigen Pannen der amerikanischen Außenpolitik mit den Schwächen der Verfassung von 1787, die zu einer Kontaktarmut gegenüber der Umwelt und einer Fremdheit gegenüber den weltpolitischen Fragen führte. Die Kontinuität der Außenpolitik könne besser durch eine Verlängerung der Amtsperiode des Präsidenten gesichert werden. Als symptomatisch für die Arglosigkeit der US-Diplomatie bezeichnete es Golo Mann, daß Außenminister Cordell Hull im Zweiten Weltkrieg das Ende der Einfluß-Sphären ankündigte. Noch immer habe sich die Einsicht, daß Macht und Unschuld nicht miteinander harmonieren, in den USA nicht durchgesetzt.

Die amerikanischen Gäste, Reagans ehemaliger Sicherheitsberater Richard Allen und William Schneider, Unterstaatssekretär im State Department, bestätigten zwar, daß der Triumph Helmut Kohls die Voraussetzungen verbessert hat, die atlantischen Beziehungen wieder zu stabilisieren. Aber Siegesfanfaren wurden nicht geblasen. Allen nannte die These „unannehmbar", daß die Interessen Amerikas und Europas voneinander abweichen. Doch sei zu befürchten, daß der Ruf nach Verminderung der militärischen US-Präsenz in Europa noch lauter ertönen werde als bisher.

Die Ostpolitik, bestätigte Allen, habe viel zu den internen Differenzen in der Allianz beigetragen. Unter Reagan habe sie aufgehört, eine rein deutsche und europäische Angelegenheit zu sein. Allerdings verschwieg Allen, daß es einer der fundamentalen Irrtümer Washington gewesen war, Brandt und Bahr Anfang der siebziger Jahre, trotz mancher schon damals vorhandener Bedenken, die Führung der Ostpolitik zu überlassen – eine direkte Folge der Vietnam-Neurose und der amerikanischen Verfassungsschwäche, die dem Kongreß untragbaren Einfluß auf die Außenpolitik einräumt. Immerhin besteht nach Allen gute Aussicht, dem atlantischen Verhältnis unter einer zweiten Reagan-Präsidentschaft, mit der zu rechnen sei, in den nächsten sechs Jahren wieder größere Kontinuität zu sichern.

Der Uraltkonflikt um die Kostenverteilung in der NATO wurde in der Diskussion nicht ausgespart. Für das US-Außenministerium beklagte William Schneider, daß der europäische Widerstand gegen eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben bei vielen Amerikanern Zweifel wecke, ob die Verbündeten die sowjetische Bedrohung ernst nehmen. Verteidigungsminister Manfred Wörner hielt dem entgegen, daß sich der europäische Kostenanteil seit 1971 von 25 auf 44 Prozent erhöht habe. Es wurde im Lauf der Diskussion deutlicher als früher, daß die Bundesrepublik heute bereit ist, auch außerhalb des Geltungsbereiches der NATO – und ohne den Einsatz deutscher Streitkräfte – das militärische Engagement Amerikas aktiver zu unterstützen.

In einem brillanten Referat, das stellenweise zu einem dialektischen Virtuosenstück gedieh, stellte Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt fest, es sei absurd, die Ostwest-Konfrontation einen „Rüstungswettlauf" zu nennen, ohne zu sagen, daß es sich um „Einfluß-Wettlauf" handelt. Es müsse etwas getan werden, die Erkenntnissperre der deutschen Jugend zu durchbrechen, die nur den Rüstungswettlauf sehen wolle.

Mertes erinnerte daran, daß die Bundesrepublik auf Atomwaffen auf amerikanisches Drängen verzichtet hat. Ursprünglich sei der Wunsch nach größerer deutscher Flexibilität von Washington ausgegangen. In dieser Hinsicht seien die Amerikaner bei ihren Verhandlungen mit den Sowjets mit keiner Hypothek belastet. Heute müsse der Reagan-Administration bescheinigt werden, daß noch keine Administration vor ihr Bonn so intensiv konsultiert hat wie sie.

„Das Risiko eines nuklearen Krieges", resümierte Mertes, „ist gering, denn die Sowjets sind weder Wahnwitzige noch Selbstmörder. Das größere Risiko liegt in der geistigen Unterwerfung des Westens. Ich wehre mich gegen das Wort von den ‚beiden Blöcken'. Ein Blocksystem gibt es nur im Osten. Das atlantische Bündnis ist eine in Freiheit vereinbarte geistige und politische Gemeinschaft. Ihre moralisch-ethischen Grundlagen müssen wieder in unser Bewußtsein dringen, damit die Jugend begreift, worum es geht."

Peking will Ausgreifen der Sowjets bremsen

Das Kräfteverhältnis im asiatisch-pazifischen Raum

Systematisch hat die Sowjetunion ihre Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum ausgebaut. Ziel ist es, strategische Überlegenheit zu erringen und die USA zu verdrängen. Chinas atomare Aufrüstung paßt dabei nicht ins Konzept. So überrascht es nicht, daß Politbüromitglied Arbatow vorschlug, China in Verhandlungen über eine Begrenzung der atomaren Mittelstreckenraketen in Fernost einzubeziehen. WELT-Mitarbeiter Oskar Weggel analysiert das militärische Kräftegleichgewicht im Westpazifik.

Von OSKAR WEGGEL

Die Sowjetunion, die im asiatisch-pazifischen Raum noch zu Beginn der sechziger Jahre fast ein Niemand war, tritt auch dort inzwischen als Großmacht auf.

Vor allem ihre Flottenpolitik wirkt wie aus einem Guß. Die Sowjets haben die vier Nordkurilen-Inseln militärisch ausgebaut, laufend ihre Pazifikflotte erweitert und, seit 1968, auch Marineeinheiten in den Indischen Ozean entsandt; die bauen darüber hinaus vier indochinesische Häfen aus, lassen sich die Präsenz in Vietnam, Laos und Kambodscha täglich über sechs Millionen US-Dollar kosten, durchpflügen mit Einheiten ihrer Pazifikflotte regelmäßig das Südchinesische Meer, veranstalten in der Region militärische Manöver, unter anderem mit dem Flugzeugträger „Minsk" im Golf von Siam und haben auch mit der Besetzung Afghanistans einen Schachzug unternommen, der auf den Indischen Ozean hinzielt.

Heute steht rund ein Drittel der sowjetischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte im östlichen Bereich. Nördlich von China sind es rund 500 000 Mann, 12 000 Panzer, 12 500 gepanzerte Mannschaftswagen und rund 5000 Geschütze. In Südostasien, im Südchinesischen Meer und im Westpazifik operieren rund 120 U-Boote, 80 Überwasserschiffe und rund 300 Kampfflugzeuge – dies alles entlang von Seewegen, durch die 90 Prozent des japanischen, 60 Prozent des europäischen und 20 Prozent des US-Öls verschifft werden.

Die Chinesen gehen davon aus, daß die Sowjets im asiatisch-pazifischen Raum fünf Ziele verfolgen: 1. die Verdrängung der USA aus dem Westpazifik, 2. die Erlangung eines strategischen Übergewichts, 3. die Einschüchterung Japans, 4. die Kontrolle über Südostasien, 5. das Abschneiden der westlichen Ölzufuhr.

Welche Gegenmaßnahmen wurden inzwischen ergriffen?

Begrenzte militärische Kooperation USA–China

1. Den entschiedensten Kurs hat China eingeschlagen, das seit 1968/1969 (Prag, Ussuri, Breschnew-Doktrin) in der Sowjetunion den Feind Nummer eins sieht. Mit seinen rund vier Millionen Soldaten, 11 000 Panzern und rund 500 Flugzeugen ist China allerdings nur auf eine Verteidigung des eigenen Landes eingerichtet.

Eine Gesamtverteidigung des asiatisch-pazifischen Raums ist nur in Zusammenarbeit mit den USA, Japan, Australien/Neuseeland und den Asean-Staaten möglich. Diese Einsicht des chinesischen Generalstabs hat zu Schlußfolgerungen geführt: China modernisiert seine eigenen Streitkräfte, fordert Japan auf, seine Verteidigungsausgaben zu erhöhen und ist zu einer begrenzten militärischen Zusammenarbeit mit den USA bereit.

Peking stellte zum Beispiel zwei Horchposten in Nordwestchina zur Verfügung, läßt vielleicht auch über Anlaufrechte der US-Marine in Schanghai mit sich reden und erwartet eine Zusammenarbeit im Rüstungsbereich.

Seit im Mai 1980 die erste chinesische Interkontinentalrakete (mit 9000 Kilometer Reichweite) durch einen Abschuß in den Südpazifik erfolgreich getestet wurde, hat Peking die Raketenbestückung nach oben abgerundet und komplettiert. Nach Erkenntnissen des Londoner Instituts für Strategische Studien verfügte die (auf strategische Offensive eingerichtete) „Zweite Artillerietruppe" der Volksrepublik im Jahre 1982 über vier Interkontinentalraketen (ICBM vom Typ CSS-3, Reichweite von rund 700 Kilometern, nukleare Sprengkraft zwischen ein und drei Megatonnen), über rund 85 Langstreckenraketen (IRBM vom Typ CSS-2, 2500 Kilometer Reichweite und ein bis drei Megatonnen Sprengkraft) und über ungefähr 50 Mittelstreckenraketen (MRBM vom Typ CSS-1, Bezeichnung „Dongfeng" = Ostwind; 1800 Kilometer Reichweite, 15 Kilotonnen Sprengkraft).

Von den Abschußbasen in Jiuquan (Nordwestprovinz Gansu) und von der fernwestlichen autonomen Region Sinjiang aus lassen sich Raketen bis Moskau und Leningrad lancieren.

Hinsichtlich der Zielgenauigkeit besteht noch Nachholbedarf. Gleichwohl wird es für die Sowjetunion immer schwieriger, ohne eigenes Risiko einen nuklearen Angriff auf China zu wagen. China hat im übrigen seit 1970 elf Weltraumsatelliten gestartet. Die von dem sowjetischen ZK-Mitglied Arbatow geäußerte Beunruhigung über das chinesische Raketenpotential ist also begründet.

Asean-Staaten erhöhen Verteidigungs-Ausgaben

2. Die USA ihrerseits haben 1981 China militärische Zusammenarbeit angeboten. In Korea unterhalten sie 40 000 Soldaten; sie fühlen sich an den Seato-Vertrag von Manila (1954) und an den Anzus-Pakt (1950) gebunden, erweitern demnächst ihre 7. Flotte um eine Flugzeugträgergruppe und unterhalten in Subic Bay sowie in Clark Airbase auf den Philippinen strategisch wichtige Marine- und Luftwaffenbasen. Sie gewähren ferner FMS (Foreign Military Sales)-Kredite an die Asean-Staaten (1982: 1,6 Milliarden US-Dollar), liefern Waffen, veranstalten mit den Asean-Streitkräften gemeinsame Manöver und haben einen Teil der Ausbildungsarbeiten übernommen.

3. Japan hat im Juli 1982 – unter dem Beifall Chinas – beschlossen, seine Militärausgaben zu erweitern. 1983 bis 1987 sollen insgesamt 64 Milliarden US-Dollar für Verteidigungsausgaben ausgegeben und damit vor allem Luft- und U-Boot-Kapazitäten ausgebaut werden. Ob japanische Streitkräfte auch für die Verteidigung der Malacca-Straße eingesetzt werden sollen, wird in Südostasien und in Japan selbst leidenschaftlich diskutiert. Mit einer Armee von rund 155 000 Mann, mit 14 U-Booten, 34 Zerstörern und 16 Fregatten sowie rund 120 Kampfflugzeugen sind die japanischen „Selbstverteidigungskräfte" allerdings ein schwacher Faktor.

4. Die fünf Asean-Staaten erhöhten ihre individuellen Verteidigungshaushalte. Hatten sie 1975 zusammen nur 2,7 Milliarden US-Dollar für Verteidigung ausgegeben, so waren es 1981 bereits 7,1 Milliarden. 1981 unterhielten die Asean-Staaten insgesamt 768 000 Soldaten, 513 Kampfflugzeuge und 322 Kriegsschiffe.

Die regionale militärische Zusammenarbeit hat 1975 begonnen. Vorerst ist allerdings keine formelle Militärallianz mit gemeinsamem Oberkommando und gemeinsamen Einheiten angestrebt. „Kooperation" gibt es bei gemeinsamen Luftwarnsystemen, Standardisierung der Waffenproduktion, Austausch von Beobachtungen und bei der Entwicklung gemeinsamer Operationsmuster durch bilaterale sowie multilaterale Manöver.

5. Auch Australien und Neuseeland, die sich mit den USA 1950 über den Anzus-Pakt militärisch abgestimmt haben, zeigen sich seit den Ereignissen in Kambodscha und seit dem Vordringen der Sowjetunion in den Indischen Ozean und den Pazifik zunehmend an einer militärischen Zusammenarbeit mit den Asean-Staaten interessiert.

Washington und Athen streiten ums Geld

E. ANTONAROS, Athen

Bei den wiederaufgenommenen Gesprächen über US-Stützpunkte in Griechenland sind zwischen Athen und Washington neue Schwierigkeiten aufgetreten. Vorrangig geht es dabei ums Geld. Einerseits verlangen die Griechen eine Jahresmiete in Höhe von angeblich einer Milliarde Dollar für das Fortbestehen der vier US-Stützpunkte und knapp zwei Dutzend Horchposten in Griechenland, während die Amerikaner nur zu einem wesentlich niedrigeren Betrag bereit sind.

Zum anderen besteht Athen dem Vernehmen nach auf einer Aufrechterhaltung des Militärhilfe-Schlüssels von sieben (für Griechenland) zu zehn (für die Türkei), der aufgrund der neuen Empfehlungen von US-Präsident Reagan von 1984 an zuungunsten Griechenlands gestört wird.

Die Erwartungen Athens, daß der amerikanische Unterhändler Bartholomew nach Gesprächen in Washington auf die griechischen Wunschvorstellungen eingehen und konkrete Gegenvorschläge unterbreiten würde, sind nicht in Erfüllung gegangen. Bereits beim ersten Treffen mit dem Staatssekretär im Athener Außenamt, Kapsis, machte der Amerikaner deutlich, daß die Vereinigten Staaten eine Anhebung der Waffenhilfe an Griechenland erst nach einem Vertragsabschluß erwägen wollen. Eine ähnliche Position hatte auch Reagan in einem Brief an den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou bezogen.

Amerikanische Diplomaten in Athen haben bestritten, daß die Verhandlungen festgefahren seien. Bei einer Fülle von Punkten ist aber bisher keine Einigung möglich gewesen.

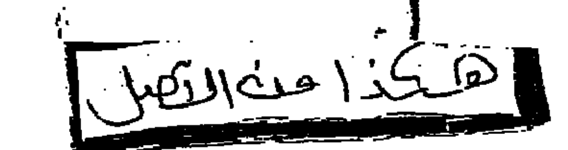
1. Um die Dauer des abzuschließenden Abkommens und die dort enthaltenen Revisionsklauseln wird hart gepokert. Athen möchte ein möglichst kurzlebiges Abkommen von maximal zehnjähriger Dauer mit jährlichen Revisionsmöglichkeiten vereinbaren. Washington besteht, nicht zuletzt wegen der brisanten Lage in Nahost, auf einer Vertragsdauer von mindestens 20 Jahren mit weniger großzügigen Revisionsfristen.

2. Nach Ansicht Athens sollen sie „ausschließlich Aufgaben innerhalb der NATO-Struktur" übernehmen. Dies soll in einer Erklärung der US-Administration festgelegt werden. Aber die USA wollen sich wiederum einer solchen Einschränkung nicht unterwerfen, weil sie Entwicklungen im Nahost-Bereich nicht voraussehen können. Die Befürchtungen der Griechen laufen darauf hinaus, daß die Amerikaner im Ernstfall ihre Stützpunkte für Operationen gegen befreundete arabische Länder benutzen könnten.

3. Ebenfalls gestritten wird über die Verfügbarkeit der militärischen Informationen, die in den Stützpunkten gesammelt und ausgewertet werden. Athen will das Nachrichtenmonopol der Amerikaner brechen und Zugang zu den geheimsten Informationen gewinnen, weil die griechischen Regierungen, ob links- oder rechtsstehend, den Verdacht nicht loswerden können, daß die Amerikaner auch die benachbarte Türkei mit Informationen über Griechenland versorgen oder ihr zumindest im Ernstfall solche Informationen zugänglich machen würden.

Eine Einigung erscheint augenblicklich trotz fünfmonatiger Verhandlungen und von den Amerikanern gelegentlich kultivierter Schönwetterlage wenig wahrscheinlich. Beide Seiten haben ihre Positionen versteift. Washington betrachtet Papandreous Zickzackkurs im Umgang mit Griechenlands westlichen Alliierten mit deutlichem Mißtrauen. Athens Sozialisten wiederum haben sehr gereizt auf die Bemerkung des US-Verteidigungsministeriums reagiert, schließlich könnten die Basen „woandershin" verlegt werden.

„Im Laufe des Frühjahrs" will Papandreou zumindest eine Einigung über den politischen Rahmen erzielen. Aber solche Fristen besagen nicht viel. Denn auch eine ursprünglich „bis Ende Februar" von Papandreou angesetzte Frist ist abgelaufen. (SAD)



Armenische Terroristen eifern der PLO nach

Wege und Irrwege einer Minderheit / Zentrum Beirut

PETER M. RANKE, Beirut

„Hier kann man leben, ohne je ...e andere Sprache als Armenisch ... sprechen", meint Faran Pakranian, ein zuverlässiger Automechaniker in Burj Hammoud. In die...r Vorstadt im Osten Beiruts er...heinen vier armenische Tageszei...ungen, gibt es 45 armenische ...hulen, fast ebenso viele Kirchen ...d unzählige Geschäfte und ...ndwerksbetriebe. Burj Ham...oud, noch Anfang der zwanziger ...hre eine Sumpfebene, ist mit et... 200 000 Einwohnern die größte ...nenische Stadt außerhalb So...etarmeniens. Auch die beiden ...rroristen, die in der vergangenen ...che den türkischen Botschafter ... Belgrad erschossen, waren Ar...nier. Sie sollen aus Beirut ge...mmen sein.

...n Libanon fanden die Armenier ...ch der Vertreibung und nach der ...nordung ihrer 1,5 Millionen Lei...sgenossen durch die Türken ...h dem 1. Weltkrieg eine neue ...imat. In Sowjetarmenien mit ... Hauptstadt Eriwan und der ...ligen Stadt Etschmiadzin leben ...ch drei Millionen, in der östli...en Türkei noch 60 000 Armenier. ...ust ist das indogermanische ...lk, das im Jahre 301 das Chri...ntum annahm, über die ganze ...lt zerstreut. Armenier, wie der ...hauspieler Gregory Peck in den ...A (eine halbe Million Armenier) ...er der Öl-Millionär Gulbenkian ...er wie der Juwelier und Schlos... in Burj Hammoud, bilden aber ...ch heute eine nationale Gemein...aft, zusammengehalten durch ... gregorianische Kirche, armeni...e Sprache und Schrift, Schulen ...d Stiftungen.

...el: Eigener Nationalstaat

...ie engen Straßen von Burj ...nmoud, das Geschäfts- und ...einsleben sind fest in den Hän... der „Taschnak", einer nationa... Partei mit rund zehntausend ... bewaffneten Milizmännern ... fünf Parlamentsabgeordneten. ... linkssozialistische Gegenpartei ...ntschak" hat wegen ihrer Be...ungen zu Syrien und dem So...tregime nur wenige Anhänger. ...ch heute ist Burj Hammoud ein ...ßes Waffenlager, wo selbst De...eure der syrischen Armee Un...chlupf finden, wenn sie Arme... sind.

...bwohl die Armenier von Beirut ...on von der französischen Man...macht libanesische Papiere er...ten, um die christliche Haus...ht in Beirut zu stärken, be...hten sie sich nicht als Libane... Junge, radikale Kräfte aus ...j Hammoud, ausgebildet und ...n Teil bewaffnet von der ...schnak" oder von PLO-Gruppen, suchten hingegen Anlehnung bei den Palästinensern und nahmen sich deren Ziele zum Vorbild: Ein eigener Nationalstaat Armenien auf dem Gebiet der Osttürkei, etwa ein Fünftel des türkischen Staatsgebietes, soll es sein.

Seit 1974/75 sind armenische Kommando-Trupps wie die Palästinenser mit Terrorunternehmungen und Mordaktionen aktiv geworden, in der ganzen Welt fielen ihnen fast zwanzig türkische Diplomaten zum Opfer. Am bekanntesten wurde eine „Gruppe Orly" und die „Sala" (Secret Armenian Liberation Army). Aber man kennt bisher nur wenige Namen der Terroristen, keine Zentrale.

Unterstützung durch Zyprer

Ein Operationszentrum ist zweifellos Burj Hammoud, wo es Verstecke und Waffen in jeder Menge gibt. Die beiden Mörder des türkischen Botschafters Galip Balkar in Belgrad, der am Wochenende seinen Schußwunden erlag, hatten libanesische Pässe. Ihre Namen Krigor Levonian und Alex Elbekian weisen sie eindeutig als Armenier aus (die Namensendung ian bedeutet „Sohn des ..."). Sie bezeichneten sich zudem als „Kommando der Rächer des armenischen Genozids".

Ein anderes Aktionszentrum scheint neben Paris auch Nikosia auf Zypern zu sein. Denn erst nach der türkischen Besetzung Nordzyperns und der Vertreibung der griechischen Bevölkerung im Sommer 1974 wurden die jungen Armenier aktiv. Sie sollen von griechischen Zyprern finanziert und bewaffnet worden sein, weil man ja einen gemeinsamen Feind habe, die Türken.

Die Mehrheit der sechs Millionen Armenier in der Welt lehnt den Terror als Vergeltung oder als Mittel zur Gewinnung eines eigenen Staates entschieden ab. Sie weiß, daß die Türkei ihren Nationalstaat nicht teilen lassen wird, sondern daß höchstens die Sowjetunion antitürkische Pläne propagandistisch unterstützt und dabei sorgsam aufpaßt, daß die Bevölkerung Sowjetarmeniens nicht rebellisch wird und Unabhängigkeit verlangt.

In Beirut, in Burj Hammoud, ist die Drachensaat der PLO aufgegangen. Jahrelang konnten die jungen Armenier dort beobachten, wie die Palästinenser durch Terror und mit sowjetischer Unterstützung Libanon beherrschen konnten sowie Weltöffentlichkeit und Diplomatie für sich mobilisierten, trotz des Terrors. Da lag die Schlußfolgerung radikaler Kräfte nahe: Machen wir es ebenso. (SAD)

Stichwahl zeigt Frankreichs KP als den eigentlichen Verlierer

Regierungslager und Opposition nahezu gleichauf / Chirac durch Sieg in Paris gestärkt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der Pegel, der im ersten Wahlgang zu den französischen Gemeindewahlen am 6. März unerwartet weit nach rechts ausgeschlagen hatte, schlug acht Tage später wieder, dem Gesetz der Schwere folgend, nach links zurück, um schließlich in der Mitte stehenzubleiben. So etwa läßt sich das Gesamtergebnis dieser ersten nationalen Wahlen seit dem Sieg der Linken im Frühjahr 1981 interpretieren. Wieder einmal haben die Franzosen gezeigt, daß sie ein Volk der Mitte sind, welches, wie Giscard einmal sagte, „vernünftig regiert werden will und nicht exzessiv". Präsident Mitterrand wird dem, wie am Montag im Elysee zu hören war, sehr bald Rechnung tragen.

Insgesamt stehen Regierungslager und Opposition sich nach diesen Wahlen in annähernd gleich starken Blöcken gegenüber. Die beiden Regierungsparteien erzielten insgesamt 50,05 Prozent der Stimmen, die beiden Oppositionsparteien 49,95. Innerhalb der beiden Blöcke hat es kaum Gewichtsverschiebungen gegeben. Links bleiben die Sozialisten, rechts die Gaullisten die dominierende politische Kraft. Während indes bei der Opposition die Giscardisten einige bedeutende Großstädte wie Toulouse oder Saint-Etienne erobern konnten, blieben die Kommunisten im anderen Lager weit hinter ihren Erwartungen zurück. Sie mußten 16 der 31 Städte aufgeben, die der Linken insgesamt verlorengingen, darunter die 1977 mit Glanz eroberte Industrie-Hochburg Saint-Etienne, die alten südlichen Bastionen Nimes und Beziers, die Champagnerstadt Reims und – für sie noch schmerzlicher – eine Reihe traditionell kommunistisch wählender Arbeiter-Vororte der Pariser Bannmeile.

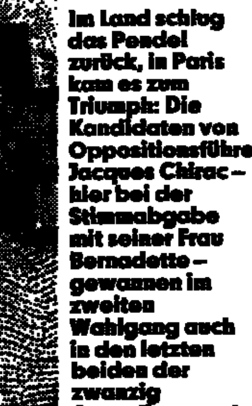
Mit diesem Ergebnis steht die KPF als der wahre Verlierer dieser Wahlen da. Kommunistische Sprecher zogen in der Wahlnacht aus ihrer Niederlage den Schluß, hier habe sich die Enttäuschung der Linkswähler über die schleppende Verwirklichung des Wandels am deutlichsten gezeigt, nun müsse der Kurs energischer auf den wahren Sozialismus ausgerichtet werden. Und KPF-Generalsekretär Marchais warnte seine sozialistischen Partner, noch einmal werde die Partei einen derartigen Bruch eines Wahlabkommens nicht hinnehmen. Er spielte damit auf die für die Kommunisten bittere Tatsache an, daß viele sozialistische Wähler ihre Stimmen in der Stichwahl nicht auf einen Kommunisten übertragen hatten. Daß auch, besonders in de[r Pa]riser Bannmeile, viele Kommu[nist]en nicht kommunistisch stim[mte]n, wird Marchais nicht überse[hen] haben. Sein Fazit muß daher la[uten], daß die viel gelobte „Links[uni]on" wählerpolitisch für die [KP]F nicht zu Buche geschlagen u[nd] ihr seit 1979 nur schwere Verlu[ste] gebracht hat. Das muß auf die [Dau]er unvermeidlich zum Bruch d[er] gegenwärtigen Koalition führen.

Auf der Re[chte]n strahlt der Stern des Gaulliste[nc]hefs Chirac jetzt noch heller. [Er] konnte in den beiden letzten [Pa]riser Arrondissements, die si[ch] am 6. März noch nicht für sei[ne] Kandidaten entschieden hatt[en,] die beiden sozialistischen S[tic]hwahl-Kandidaten ebenfalls schl[age]n und die gesamte Hauptstadt h[in]ter sich bringen. Hier wie in Ly[on], wo der Giscardist Francisque [Co]llomb ebenfalls sämtliche Bez[ir]ke seiner Stadt auf sich vereinige[n] konnte, hat der Versuch der s[oz]ialistischen Regierung, die dr[ei] größten Städte Frankreichs in Bezirks-Bürgermeistereien zu zerschlagen und sie damit – unter dem Vorwand der „Dezentralisierung" der Opposition abzunehmen, vom Wähler eine glatte Abfuhr erlitten. In Marseille wäre es dem jungen Giscardisten Jean-Claude Gaudin um ein Haar geglückt, den seit 30 Jahren uneingeschränkt regierenden „alten Löwen" Gaston Defferre von seinem Sockel zu stoßen. Wie durch ein Wunder gelang es dem Innenminister, der bereits seinen Rücktritt in Aussicht gestellt hatte, den Trend in der Stichwahl um einige Prozente umzudrehen.

Hier in Mariseille wie in den meisten anderen Städten von über 30 000 Einwohnern, in denen die Linke eine Art Marne-Wunder erlebte, ist der Umschlag auf die außerordentliche Mobilisierung ihrer Wähler-Reserven zurückzuführen. Ganz eindeutig waren in gewisesen Orten im ersten Wahlgang die Linkswähler den Urnen ferngeblieben in der Absicht, der Regierung einen Denkzettel zu geben und ihre Haltung, wenn nötig, in der Stichwahl zu korrigieren. Dies ist in den 33 Städten, die die Linke aus dem Desaster des ersten Wahlgangs retten konnte, geschehen.

Einen ähnlichen Erdrutsch wie die Linke bei den Gemeinderatswahlen 1977 konnte die Rechte diesmal nicht erzielen. Sie feierte am 6. März einen Erfolg, der sich acht Tage später nicht in einen Triumph verwandelte. Der Verstärker-Effekt, der meist in Frankreichs Zwei-Wahlgang-System im zweiten Wahlgang auftritt und die Ergebnisse des ersten Wahlgangs bestätigt, stellte sich nicht ein. Die Linke hat eine Schlacht, nicht aber den Krieg verloren.

Hieraus kann nur der Schluß gezogen werden, daß die Wähler Mitterrand und seiner Regierung eine Gnadenfrist bis zu den Parlamentswahlen in drei Jahren gewähren wollen, nicht ohne ihn gewarnt zu haben, keine weiteren „Dummheiten" mehr zu machen. Indem sie den Ausbruch nach rechts in kalkulierten Grenzen hielten, erteilten sie manchen Tenören des bürgerlichen Lagers eine heilsame Lehre: bei der etablierten Opposition des Dreigestirns Chirac-Barre-Giscard sehen sie Frankreichs Zukunft vorerst wohl noch nicht besser aufgehoben. Oder wollen sie gar eine generelle Wachablösung durch eine neue Generation von Politikern?



Im Land schlug das Pendel zurück, in Paris kam es zum Triumph: Die Kandidaten von Oppositionsführer Jacques Chirac – hier bei der Stimmabgabe mit seiner Frau Bernadette – gewannen im zweiten Wahlgang auch in den letzten beiden der zwanzig Arrondissements. Chiracs Macht in Paris bleibt ungeteilt. FOTO: DPA

Bei den Serben regt sich nationales Bewußtsein

Vor allem junge Autoren analysieren die Vergangenheit

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Vor einem „ernsten Anwachsen des serbischen Nationalismus" wurde auf einer ZK-Sitzung der jugoslawischen KP gewarnt. Der zur serbischen Volksgruppe in Kroatien gehörende Spitzenfunktionär Milutin Balltic erklärte, der neue serbische Nationalismus verherrliche den heiligen Sava – den Nationalheiligen der serbisch-orthodoxen Kirche – und verhalte sich „chauvinistisch" gegenüber den anderen Völkern des jugoslawischen Nationalitätenstaates.

An Symptomen für eine neue Welle des Nationalbewußtseins innerhalb des serbischen Volkes fehlt es in der Tat nicht. Die Serben sind mit 8,1 Millionen die zahlenmäßig stärkste Nation Jugoslawiens. Die Bundeshauptstadt Belgrad liegt auf serbischem Territorium. Aus dem einstigen Fürstentum und späteren Königreich Serbien hat sich der Staat der Südslaven – Jugoslawien – entwickelt. Trotzdem leben heute nur 58 Prozent der Serben in den Grenzen der heutigen sozialistischen Republik Serbien. Die übrigen sind als nationale Minderheit auf andere Republiken – Bosnien und Kroatien – verteilt.

Auslösendes Moment für die neue nationale Welle unter den Serben sind die albanischen Unruhen in der autonomen Provinz Kosovo. Die christlich-orthodoxen Serben wurden aus dem von meist mohammedanischen Albanern besiedelten Kosovo hinausgedrängt. Da aber Kosovo für das serbische Bewußtsein ein mythischer Boden ist – hier liegen die Wurzeln des serbischen Christentums –, löste der albanisch-serbische Zusammenprall einen tiefen Schock im serbischen nationalen Bewußtsein aus. Schriftsteller und Intellektuelle begannen, die Frage nach dem Sinn der serbischen Geschichte zu stellen.

Run auf verfemte Texte

Der bedeutendste zeitgenössische Schriftsteller Serbiens, Dobrica Cosic, fragte bereits 1977 in einer Rede vor der serbischen Akademie der Wissenschaft: „Was für ein Volk sind wir (Serben), wenn so viele von uns während des Krieges ihr Leben für die Freiheit opferten, nur damit uns nach dem Sieg diese Freiheit wieder vorenthalten wurde?" Cosic, der als Jungkommunist begann und während des Krieges politischer Kommissar bei Titos Partisanen war, geriet 1968 in Konflikt mit der Kommunistischen Partei. Damals sagte er voraus, daß Titos Nationalitätenpolitik im Kosovo – also die Förderung des albanischen Elements – für die Serben katastrophale Folgen haben werde. Cosic wurde damals aus dem serbischen ZK ausgeschlossen und trat später aus der Partei aus. Inzwischen haben die Ereignisse dem Schriftsteller recht gegeben. Er gilt heute bei vielen seiner Landsleute als geistiger Anführer der Nation.

Seine bisher aus politischen Gründen nicht gedruckten, ja sogar verbotenen politischen Schriften und Essays erschienen vor wenigen Wochen unter dem Titel „Das Wirkliche und das Mögliche" in Buchform. Die Parteimitglieder des Verlages Ottokar Kersovani in Rijeka setzten sich über Proteste und Androhungen der Partei hinweg, als sie die verfemten Texte in Druck gaben. Jetzt drohen ihnen Parteisanktionen – aber 10 000 Exemplare des Cosic-Buches waren in wenigen Tagen verkauft.

Unbewältigte Vergangenheit

Literatur spielt im politischen Bewußtsein der Serben, ebenso wie bei den meisten anderen slawischen Völkern, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Cosics Hauptwerk unter dem Titel „Zeit des Todes" findet sich heute auf allen Bücherregalen Serbiens. Es ist ein Epos über das Leiden und Heldentum der Serben im Ersten Weltkrieg. Wie es heißt, arbeitet Cosic zur Zeit an einem großen Roman über die Tito-Ära. Manche Parteifunktionäre zittern bereits beim Gedanken daran, was der unbequeme Ex-Partisan da alles ans Tageslicht bringen könnte.

Andere serbische Autoren gehen vielleicht mit literarisch nicht ganz so glanzvollen, dafür aber gleichfalls wirkungsvollen Mitteln ans Werk. So schrieb der junge serbische Schriftsteller Vuk Draskovic einen Roman unter dem Titel „Das Messer", in welchem die Abschlachtung der serbisch-christlichen Bevölkerung durch ihre moslemischen Landsleute am orthodoxen Weihnachtstag 1942, während des Zweiten Weltkrieges, geschildert wird. In ganz Jugoslawien wird das Schauspiel „Die Taubenhöhle" (Golubnjaca) lebhaft diskutiert. Hier läßt der Autor, der Serbe Jovan Radulovic, serbische Jugendliche der Gegenwart ihre kroatischen Altersgenossen in eine Höhle in Herzegowina führen, in der während des Zweiten Weltkrieges kroatische Ustascha-Leute die Väter und Großväter dieser jungen Serben ermordet hatten. Es ist bezeichnend, daß es in vielen Fällen Autoren der jüngeren Generationen sind, die sich für diese „unbewältigte Vergangenheit" interessieren – und daß sie ihr Publikum bei den jungen Leuten finden.

Der Dialog mit El Salvadors Guerrilla wird zwingend

Von WALTER H. RUEB

El Salvador ist im mittelamerikanischen Krisengebiet zum Problemland Nr. 1 geworden. Während die Sandinisten in Managua die Zügel fest in der Hand halten und damit in Nicaragua zumindest vorerst für relative Ruhe sorgen, im benachbarten Guatemala die Regierung den bewaffneten Kampf gegen die Guerrilla so gut wie gewonnen und damit die Grundlage für eine Normalisierung der Lage geschaffen hat, eskaliert in El Salvador der Bürgerkrieg.

Neben der militärischen Situation macht im kleinsten Land Mittelamerikas – so groß wie das Bundesland Hessen und mit rund fünf Millionen Einwohnern dichter besiedelt als das Ruhrgebiet – seit Wochen auch die politische und wirtschaftliche Lage Schlagzeilen.

Glücklicherweise sind viele davon das Resultat einer gezielten Desinformation, deren Urheber in Kuba und Moskau vermutet werden. Vor allem die Schilderungen der politischen und wirtschaftlichen Situation sind tendenziös. „Wirtschaftlich und politisch hat sich die Situation erheblich gebessert", berichtet Jürgen Engel, Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador. Seit drei Jahren ist unser Land nicht durch einen Botschafter vertreten.

Engel: „Die Wahlen vom März 1982 haben sich positiv ausgewirkt, Angst und Pessimismus der Menschen haben abgenommen. Viele der Bürger, die vor drei Jahren ins Ausland geflohen sind, kehren zurück, beginnen wieder zu arbeiten, zu investieren. Vieles ist dadurch wirtschaftlich in Bewegung gekommen."

Politische Fortschritte

Es war auch notwendig: Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte seit 1978 um ein Drittel, der Export der wichtigsten Ausfuhrgüter Kaffee, Baumwolle und Zucker ging um 39, 34 und 69 Prozent zurück. Im September 1982 vernichtete eine Überschwemmungskatastrophe 30 Prozent der Ernte. 20 000 Arbeitsplätze gingen durch annähernd 200 Betriebsschließungen verloren, Hunderte von Millionen Dollar flossen ins Ausland ab.

El Salvador, mit Guatemala mittelamerikanischer Spitzenreiter der Industrialisierung, wurde von der Guerrilla-Taktik der totalen Zerstörung schwer getroffen. Der Plan der Guerrilleros, die wirtschaftliche Basis des Landes zu vernichten, die Bevölkerung damit zu demoralisieren und schließlich den Aufständischen in die Arme zu treiben, ging jedoch nicht auf. El Salvadors Bürger resignierten nicht und bauten zerstörte Brükken, Straßen, Wasser- und Kraftwerke immer wieder auf.

Fortschritte hat El Salvador im vergangenen Jahr auf politischem Gebiet erzielt. Die Tatsache, daß sich im März 1982 80 Prozent der Wahlberechtigten an den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung beteiligten – trotz eines Boykottaufrufs der Guerrilla mit der Androhung von Terroranschlägen und Repressalien gegen die Teilnehmer an [illegible] Wahl –, war nach Meinung a[illegible] ausländischen Beobachter ein [illegible]orisches Ereignis. Es bedeu[illegible] nichts anderes als die entschie[illegible]e Ablehnung des Anspruchs [illegible] kommunistischen Guerrilla, [illegible] Waffen im Auftrag einer Volksb[illegible]ation zu erheben, die Absage [illegible] den bewaffneten Widerstand [illegible]haupt und eine machtvolle D[illegible]onstration für die Demokratie.

Solidarität der Nachbarn

Am 28. März 19[illegible] wurde der Weg geebnet für ein [illegible]bergangskabinett, an dessen Sp[illegible]e sich der ehemalige salvadori[illegible]sche Zentralbankpräsident A[illegible] Mangaña seither bemüht, d[illegible] nationale Einheit zu retten. Er k[illegible]n nach knapp einjähriger Amtsz[illegible] auf beachtliche Erfolge verw[illegible]sen: Im Kabinett arbeiten fünf [illegible]arteien zusammen, die Arbeit [illegible] einer neuen Verfassung macht [illegible]te Fortschritte, die Agrarrefor[illegible] wurde nach längerer Pause wieder aus der Versenkung geholt. Eine drei Mitglieder starke Friedenskommission wurde mit der Überarbeitung des Entwurfs eines Amnestiegesetzes beauftragt, das nach Angaben der Regierung allen Rebellen Sicherheit, Schutz und Rückkehr in die Gesellschaft bieten soll.

Auch die Menschenrechte werden wieder stärker beachtet. Zahlen beweisen es: 1980 betrug die Zahl der Opfer politischer Gewalt außerhalb des militärischen Kampfes 8024, 1981 waren es 13 353, 1982 sank die Zahl immerhin auf 5967. US-Botschafter Deane Hinton bestätigte die Fortschritte auf dem Sektor der Menschenrechte nachdrücklich.

Mangaña äußerte in einem Gespräch mit der WELT Worte des Lobes und der Kritik. Der Reagan-Administration dankte Mangaña für ihre „realistische Haltung und ihr Verständnis", dem Nachbarland Nicaragua aber warf Mangaña vor, sich mit Menschen und Waffen am Kampf der kommunistischen Guerrilla gegen das Volk von El Salvador zu beteiligen.

Seine starke Haltung bezieht der Staatspräsident aus dem Wissen um die Solidarität der Mehrzahl seiner Nachbarstaaten mit El Salvador. Im Sommer 1982 war er zum „Dialog für den Frieden in Mittelamerika" nach Honduras, Costa Rica, Guatemala und Panama gereist. „Dabei gab es überall nur Übereinstimmung", sagte Mangaña, „vor allem war man sich einig, den gemeinsamen Markt für Mittelamerika wieder zu beleben."

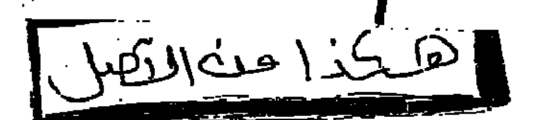
Washington für Einlenken

Einen „Dialog für den Frieden" auf nationaler Ebene mit der Guerrilla lehnt das Übergangskabinett Mangaña in seiner Mehrheit bisher ab. Kirche, Bauern und Gewerkschaften aber drängen immer stärker zu einem Dialog mit den Rebellen. Die Bauern sind dabei die Wortführer. Sie haben unter dem Bürgerkrieg am meisten zu leiden, die höchsten Opfer an Gut und Blut bringen müssen. Sie haben dem Werben der Guerrilla aber dennoch widerstanden und eine Einreihung in den „totalen Volkskrieg" entschieden abgelehnt.

Wie lange San Salvador sich angesichts zunehmenden Drucks aus Washington gegen einen Dialog mit den Rebellen stemmen kann, ist fraglich. Angesichts der prekären militärischen Lage (siehe die WELT vom 12. 3.) hält Washington ein Einlenken für das kleinere Übel als eine etwaige Niederlage der Regierung mit all ihren Folgen.

US-Staatssekretär Enders drückte es so aus: „Nichts wäre mehr sicher, wenn die Regierung Mangaña fällt und die Linken in San Salvador ans Ruder kommen... Nicaraguas Revolution breitete sich aus und flutete über Costa Rica bis hinunter zum Panamakanal. Sie rückte auch nach Norden vor, schüfe enormen Druck auf Honduras, erweckte den Guerrillakrieg in Guatemala aufs neue und bewegte sich auf Mexiko zu."





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Familienfeindliche Schule

„Ein Plädoyer für die Ganztagsschule": WELT vom 8. Februar

In dem WELT-Interview sagte undeskanzler Kohl: „Die Ganz-agsschule ist das Beste, was wir indern bieten können, vor allem nen, deren Eltern nicht bei den chularbeiten helfen können."

Die Aussage zugunsten der anztagsschule gilt nicht „vor al-m", sondern „ausschließlich" für ie Kinder, die – aus welchen ründen auch immer – der häusli-hen Geborgenheit über Tag ent-ehren, um die sich mittags und achmittags niemand kümmern ann. Für diese Kinder müßten in er Tat mehr Ganztagsschulen ein-erichtet werden. Regelform darf doch die Schule mit Ganztagsbe-ieb nicht werden!

Die Ganztagsschule ist kinder-indlich: Alle Kinder werden auch och am Nachmittag und damit aktisch den ganzen Tag in einen estimmten Ablauf gezwängt. Es ird den Kindern die Möglichkeit nommen,

ihre eigene Arbeitsweise und ei-nen Arbeitsrhythmus zu finden,
sich den Hausaufgaben in Ruhe d Konzentration zuzuwenden an denke allein an den Ge-uschpegel in einem Klassen-um),
z. B. Vokabeln mit dem Gehör, so laut sprechend zu lernen.

Wo bleiben eigene Aktivitäten in Sportvereinen und Jugendgrup-pen, wo der Musikunterricht im Spielen eines Instruments?

Zu Hilfen bei den Hausaufgaben bedarf es der Ganztagsschule nicht. Viele Mütter laden schon heute Kinder, die nachmittags al-leingelassen sind, zu sich ein, da-mit diese mit ihren Kindern ge-meinsam Hausaufgaben machen können. An vielen Schulen wird mit Hilfe von Eltern und von Leh-rern auf freiwilliger Basis Hausauf-gabenbetreuung durchgeführt. In Nordrhein-Westfalen gibt es die Si-lentien, eine besondere Form der Hausaufgabenbetreuung in der Schule, für die das Land unter be-stimmten Bedingungen öffentliche Mittel zur Verfügung stellt. Solche Silentien sollten in dem erforderli-chen Umfang überall eingerichtet werden. Dafür braucht man keine neue Verwaltungsorganisation und keinen großen Kostenaufwand wie bei einer Ganztagsschule.

Die Ganztagsschule ist auch fa-milienfeindlich: Wenn die Kinder den ganzen Tag in der Schule be-treut werden, wird der erzieheri-sche Einfluß der Familie zurückge-drängt und der staatliche Einfluß wächst. Das schwächt die Bin-dungskraft der Familie. Zudem werden durch Ganztagsschulen noch mehr Mütter verleitet, beruf-lich zu arbeiten. Damit erleidet die Familie eine weitere Einbuße.

Dr. Gisela Friesecke,
Elternverein
Nordrhein-Westfalen e.V., Bonn

Redaktion behält sich das Recht r, Leserbriefe sinnentsprechend zu zen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto ßer ist die Möglichkeit der Veröf-tlichung.

Voll berechtigt

„Ein ungeheurer Vorwurf"; WELT vom 25. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr H. H. Griesser empört sich zum Fernsehspiel „Ein Kunstfeh-ler". Er vermißt u. a. die Regeln einer seriösen Dokumentation.

Der Autor ist im Unrecht, wenn er den Wahrheitsgehalt dieses Stückes anzweifelt, das Geschehen für undenkbar hält. Solche und ähnliche Abläufe sind keineswegs selten. Man spricht nur nicht dar-über, es sei denn, man wolle gegen ein Tabu verstoßen.

Der Film-Vorwurf der Kumpa-nei, Bedrohung u. a. m. ist voll be-rechtigt. Diese Liste ist lediglich unvollständig. So wird z. B. die Verschwiegenheit, Zurückhaltung von Wissen und Erkenntnissen, al-les nur im eigenen Interesse der Geheimhaltung eines Kunstfeh-lers, nicht ausreichend erwähnt. Es wird auch nicht genügend heraus-gestellt, daß der Geschädigte keine Gnade oder Rücksicht erfährt, denn der Ehemann der Verstorbe-nen wird bewußt in dem Glauben gelassen, er selbst sei durch die Schwangerschaft Schuld am Tode seiner Ehef… Er sieht sich als Mörder! Er z…cht fast an diesem Schuldgefüh…bst das Neugebo-rene lehnt e…gen dieser Schuld ab. Das ist e…rend, ungeheuer-lich, der Gip…nkt der Grausam-keit und den… denkbar.

Wenn anst…les Oberarztes der Betroffene d…Part gespielt hätte oder hätte s…en können, dann wäre der Abl…mit meinen Erfah-rungen fast d…ungsgleich verlau-fen.

Ich bin Ku…hlergeschädigter. Mein Fall is… Hinblick auf die Abwicklung …ch weit bösartiger mit vielen V…nten des Unrechts verlaufen. E…erungen an Tradi-tion und A…spflichten fanden kein Gehör. …st Ämter und Be-hörden habe…e ihnen gesetzlich vorgeschrieb…n Überwachungs-pflichten hö…t dürftig wahrge-nommen.

M…freundlichem Gruß
R…ert Brettschneider,
…olzminden / Weser

Wort des Tages

„Der Mensch rechnet immer das, was ihm fehlt, dem Schicksal doppelt so hoch an wie das, was er besitzt."

Gottfried Keller, Schweiz. Dichter (1819–1890)

Hilfe u…d Politik

Sehr geehr… Herr Dr. Kremp,

kürzlich wu…e in Ihrer Zeitung Prälat Herke…ath als neuer Mann für „Misereor" vorgestellt. In die-sem Zusamm…hang möchte ich Ihnen folge…e Tatsachen zur Kenntnis brin…en.

Die diesjähr…e Aktion „Misere-or / Brot für die Welt" hat bei vielen Christen helle Empörung hervor-gerufen wegen ihres stark politi-schen Aspektes: Die Spenden sol-len überwiegend dem reichen Süd-afrika zugute kommen und auch zum politischen Kampf gegen die Apartheid eingesetzt werden. An-statt den wirklich vom Hungertod bedrohten schwarzen Völkern in den „befreiten" Ländern wie An-gola, Moçambique u. a. zu helfen, unterstützt man in einem wirt-schaftlich blühenden Land, das weithin die geringste Armut ver-zeichnet, letztlich die Kräfte des Umsturzes.

Es gibt wohl niemand bei uns, der die Apartheid gutheißt, aber im Vergleich zur gequälten, verhun-gernden, oft wegen ihres christli-chen Glaubens verfolgten und ge-folterten schwarzen Bevölkerung anderer afrikanischer Länder lebt die schwarze Bevölkerung Südafri-kas wie in einer Oase, was auch daraus ersichtlich ist, daß immer wieder schwarze Bewohner ande-rer Staaten ins Land der Apartheid fliehen.

Schon im vergangenen Jahr, als man seitens „Misereor" zum „poli-tischen Handeln" aufforderte, habe ich mich in der Zentrale be-schwert. Von einem Sekretär er-hielt ich die Antwort, dies sei im Sinne von Kardinal Frings, Mitbe-gründer dieser Aktion. Das ist die Höhe, denn unser guter Onkel Jo-seph würde sich im Grabe herum-drehen, wenn er wüßte, was heute mit den Mitteln von „Adveniat" und „Misereor" manchmal ge-schieht. Er war kein nachkonzilia-rer Utopist und sah in der Ideolo-gie des marxistischen Kommunis-mus die größte Bedrohung für das Christentum und die westliche Welt. Ich erinnere mich noch gut an ein ausführliches Gespräch mit ihm über dieses Thema. Und nun besitzen Verantwortliche von „Mi-sereor" die Geschmacklosigkeit, einen Verstorbenen, der sich nicht mehr wehren kann, vor ihren ideo-logisch umfunktionierten Karren zu spannen.

Von uns bekommen diese Leute seit Jahren keinen Pfennig mehr. Wir geben das Geld einer anderen katholischen Organisation (Kirche in Not), wo unsere Spenden den Armen in aller Welt, auch im kom-munistischen Machtbereich, hel-fen.

Sigrid Sels,
Neuss 1

Personalien

VERANSTALTUNG

Zu einem Ausflug „ins Reich der Tastenlöwen" lud die Gesellschaft der Musikfreunde Bonn ein. Treff-punkt: das Wasserschloß Gracht, unweit der Bundeshauptstadt. Der Abend stand unter der Schirmherrschaft von Uruguay-Botschafter **Werner Bergen-gruen**, der seit seiner Kindheit der Musik nahe steht. Seine Mutter war Pianistin. Als Moderator fun-gierte Welt-Kritiker **Klaus Geitel**, als „Tastenlöwe" präsentierte sich der aus Uruguay stammende und in Zürich lehrende Pianist **Home-ro Francesch** mit Klavierstücken von Liszt, Gulda und Gould.

EHRUNG

Professor **Rudolf Jud**, Heraus-geber und Redakteur der in Darm-stadt erscheinenden Zeitschrift „Erasmus", einer internationalen Kulturzeitschrift für geisteswis-senschaftliche Disziplinen, wurde von Bundespräsident **Karl Car-stens** mit dem Bundesverdienst-kreuz Erster Klasse ausgezeich-net. Der Historiker und Publizist ist in Kaltenbrunn, St. Gallen, geboren. Rudolf Jud leitet die Zeitschrift seit 1948. Hessens Kul-tusminister **Hans Krollmann** überreichte die Auszeichnung.

DIPLOMATEN

Neuer deutscher Botschafter in Uganda wird Dr. **Günter Held**, bisher Botschafter in Libyen. Dr. Held, 1935 in Bernburg geboren, studierte Jura und Volkswirt-schaft und schloß das Studium mit dem Dr. jur. Zwei Jahre lang arbei-tete er zunächst als Universitäts-assistent. 1959 ging er in das Aus-wärtige Amt. Im diplomatischen Dienst widmete er sich intensiv dem Studium der arabischen Sprachen, unter anderem in Tunis und Beirut. Er ging auf Posten nach Kairo, Djidda und Freetown. 1972 wurde er erstmals Botschaf-ter in Sana, Nordjemen. Dort blieb er bis 1976. 1979 ging er nach Tripolis.

*

Grace Schwarz, im Herbst letz-ten Jahres verstorbene Ehefrau des früheren deutschen General-konsuls Dr. Paul Schwarz, hinter-ließ ein Testament, das jetzt geöff-net wurde. Dabei stellte sich her-aus, daß die 90jährige 164 000 Dol-lar der amerikanischen Regierung vermachte. Dazu hieß es: „Aus Dankbarkeit für alles, was dieses Land Amerika mir gegeben und für mich getan hat, seit ich Staats-bürgerin wurde." Grace Schwarz und ihr Mann waren 1929 in die USA gegangen, wo Dr. Paul Schwarz bis 1933 in New York deutscher Generalkonsul war. Als die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht übernah-men, wurde Paul Schwarz aus seinem Amt entlassen. Das Ehe-paar entschloß sich daraufhin, nicht nach Deutschland zurückzu-kehren. Beide erhielten sofort in den USA politisches Asyl.

GESTORBEN

Linus Kather, einer der führen-den Vertriebenen-Politiker der Nachkriegszeit, starb am 9. März im Alter von 89 Jahren, wie jetzt der Bund der Vertriebenen in Bonn mitteilte. Kather hatte vor 1945 als Rechtsanwalt in Königs-berg gearbeitet und in dieser Zeit NS-Gegner verteidigt. Von 1949 bis 1957 gehörte er als CDU-Abge-ordneter dem Deutschen Bundes-tag an.

Freiheit für Juden der UdSSR verlangt

SAD, **Jerusalem**

Tausend Delegierte aus 32 Ländern, unter ihnen die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, nehmen in Jerusalem an einer Welt-Konferenz über das sowjetische Judentum teil. Ihr Ziel sei es, so ein Sprecher der Konferenzleitung, „über die freie Welt Druck auf die sowjetische Regierung auszuüben, damit sie ihren Juden freie Auswanderung gestattet".

Der Vorsitzende der „Jewish Agency", Arjeh Dultzin, betonte gestern, die Konferenz sei „nicht antisowjetisch". Aufgrund der UdSSR-Verfassung hätten die Juden aber das Recht, die Sowjetunion zu verlassen. „Ebenfalls aufgrund der Verfassung fordern wir für die sowjetischen Juden, die in der Sowjetunion verbleiben, das Recht auf freie religiöse und kulturelle Entwicklung."

Steine auf Israelis in Westjordanien

dpa, **Jerusalem**

Arabische Jugendliche haben gestern im besetzten Westjordanland und in Ost-Jerusalem israelische Fahrzeuge mit Steinen beworfen. Nach Angaben der Polizei wurden zwei Personen verletzt. Auf Anweisung des neuen Verteidigungsministers Mosche Arens dürfen die israelischen Sicherheitskräfte nur bei Lebensgefahr Feuerwaffen einsetzen.

Auch in den Vortagen war es anläßlich des Besuchs des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter in den besetzten Gebieten zu Zusammenstößen zwischen der israelischen Polizei und arabischen Einwohnern gekommen. Mehrere Personen waren verletzt und einige Demonstranten festgenommen worden. Israelische Militärs machten „PLO-Agenten in Universitäten und Schulen" für die Unruhen verantwortlich.

Kirchenführer aus Polen beim Papst

AP, **Rom**

Papst Johannes Paul II. hat gestern mit polnischen Kardinälen seinen geplanten zweiten Polen-Besuch (16. bis 22. Juni) besprochen. Wie der Vatikan mitteilte, empfing er nacheinander den Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, und den Erzbischof von Krakau, Francziszek Kardinal Macharski.

Bei Libanon-Gesprächen kein Durchbruch in Sicht

Shultz pessimistisch nach Treffen mit Shamir und Salem

TH. KIELINGER, **Washington**

Die israelische Regierung geht davon aus, daß Libanon auf absehbare Zeit nicht stark genug sein wird, die Sicherheit seines Territoriums, vor allem in den an Israel grenzenden Gebieten, zu garantieren. Daher beansprucht Jerusalem das Recht, mit den libanesischen Behörden zur Aufrechterhaltung dieser Sicherheit und zum Schutz seiner eigenen Nordgrenze zusammenzuarbeiten.

Dies ist die Essenz einer Botschaft, die der israelische Außenminister Shamir in zwei längeren Gesprächen seinem amerikanischen Amtskollegen Shultz am Sonntag und Montag erläuterte. Die Amerikaner haben jetzt einen deutlicheren Begriff von der israelischen Grundposition, die den Verhandlungen über den Rückzug der israelischen Truppen aus Libanon zugrunde liegt.

Shultz gab seine Eindrücke von den Gesprächen mit Shamir gestern an den libanesischen Außenminister Elie Salem weiter, mit dem er am Samstag bereits konferiert hatte. Beirut hat bisher das Verlangen nach gemeinsamen israelisch-libanesischen Grenzkontrollen immer als eine unannehmbare Verletzung seiner Souveränität zurückgewiesen.

Amerikanische Regierungskreise sehen bisher keinen Grund zur Annahme, daß sich diese Haltung rasch ändern würde. Damit verringert sich die Aussicht, daß die gegenwärtige Phase der Nahostdiplomatie schon zu einem Durchbruch in den festgefahrenen Verhandlungen um den israelischen Truppenrückzug aus Libanon führen könnte. Ob Präsident Reagan sich noch persönlich in die Washingtoner Gespräche einschaltet, bleibt ungewiß.

Für Reagan und seine Berater häufen sich jetzt die Probleme, weil man glaubt, ohne eine befriedigende Einigung in Libanon nicht mit den Gesprächen über die Palästinenser-Autonomie fortfahren zu können. In einem Interview mit der „Washington Post" vom Sonntag gab Außenminister Shultz diese Enttäuschung zu: „Während viel Zeit vergeht und man nicht weiterkommt, wachsen immer die Sorgen, daß sich die Lage irgendwo von neuem verschlechtert." Frustriert zeigt sich Shultz über das Zögern Jordaniens, an den Autonomie-Verhandlungen teilzunehmen.

Einige dieser amerikanischen Sorgen konzentrieren sich derzeit auf den Stand der israelisch-ägyptischen Beziehungen, die seit dem Libanon-Feldzug der Israelis einem Zustand der Vereisung zueilen. Kairo schränkt immer weiter Handel- und Tourismus-Kontakte, wie im Camp-David- vorgesehen, ein. Eine starke anti-israelische Kampagne läuft weiter ungehindert durch die ägyptischen Medien. Der ägyptische Botschafter in Israel, im vorigen Juli abgezogen, ist noch nicht wieder auf seinen Posten zurückgekehrt.

Protokolfür Honecke-Besuch noch offe

hrk. **Leipzig**

Nach den intern Vorgesprächen, die bisher in informellen Kanälen und über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin liefen, kommt für den Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Westdeutschland kein Termin vor dem Oktober dieses Jahres in Frage.

Bis in den Juni hinein sind für den SED-Chef mehrere feste Veranstaltungen in der „DDR" eingeplant. Anschließend fährt er in Urlaub und trifft dann zur üblichen Jahresbesprechung mit dem sowjetischen Parteichef Jurij Andropow in der UdSSR zusammen.

Offen ist weiterhin, ob Honeckers Reise in die Bundesrepublik Deutschland als „Arbeitsbesuch" gewertet werden soll und damit dieselbe protokollarische Ebene wie die Visite des damaligen Bundeskanzlers Schmidt am Werbellinsee einnimmt, oder ob ein Abstecher nach Bonn mit Empfang durch Bundespräsident Carstens ins Programm eingearbeitet wird.

Auf jeden Fall sind als Besuchsorte Honeckers bereits vorgesehen Trier als Geburtsstadt von Karl Marx, Saarbrücken und Honeckers Heimatgemeinde Wi[illegible]elskirchen im saarländischen Ne[illegible]nkirchen. In Trier wird Honecker das Geburtshaus von Marx besichtigen und in Wibelskirchen sein eigenes Elternhaus aufsuchen. Eine seiner Schwestern lebt noch heute im Saarland.

Mit Sicherheit trifft sich Honekker auch mit dem Oberbürgermeister von Saarbrücken, dem SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine. Der SPD-Politiker begrüßte den SED-Chef am Sonntag auf dem Stand des luxemburgischen Stahlunternehmens Arbed, dessen saarländische Tochter kürzlich mit Bundeskrediten vor der Schließung gerettet wurde und „DDR"-Aufträge im Werte von rund 100 Millionen Mark erhielt.

Gegenüber der WELT stellte CDU-Präsidiumsmitglied Walther Leisler Kiep nach seinen Leipziger Unterredungen mit „DDR"-Gesprächspartnern fest: „CDU/CSU sind sich darin einig, daß für uns der Maßstab für die Qualität der Beziehungen stets das Maß an Freizügigkeit ist und bleibt, was wir für die Deutschen erreichen." Es sei jedoch notwendig, „im Interesse der Erreichbarkeit bestimmter Dinge" darüber nicht öffentlich zu sprechen, weil die „DDR" aufgrund ihrer Staatsräson „gegen mehr Freizügigkeit ist".

Vorrang für die Kürzung der Renten-Steigerung

Gesucht wird eine neue Berechnungsformel

GISELA REINERS, **Bonn**

Darüber herrscht Klarheit: Die Renten können und sollen nicht mehr in dem Maß steigen wie bisher. Mit einer neuen Berechnungsformel sollen die Zuwachsraten der jährlichen Anpassung gedämpft werden. Denn in der Rentenkasse des nächsten Jahres klafft ein Sechs-Milliarden-Loch.

Als 1957 das System der dynamischen Rente eingeführt wurde, ging man davon aus, daß Rentner sich anders verhalten beim Ausgeben ihres Geldes als die Bezieher von Arbeitseinkommen. Man wählte als Grundlage für die Rentenanpassung den Lohndurchschnitt der drei Jahre, die dem Berechnungsjahr vorausgingen. Man erhoffte sich davon folgende Wirkung: In Jahren mit hohen Lohnsteigerungen hinkt die Rentenanpassung nach und wirkt konjunkturdämpfend. In Jahren des Abschwungs sorgen hohe Rentenanpassungen für eine stabile Nachfrage. So sollte die Rentenentwicklung antizyklisch auf den Konjunkturverlauf wirken.

Doch mittlerweile hat sich gezeigt, daß auch Rentner in Flautejahren sparen und in Boomzeiten ausgabefreudig sind. Um in anhaltenden Krisenzeiten nicht durch hohe Rentenanpassungen die an schrumpfenden Einnahmen leidende Rentenversicherung auszubluten, sollen jetzt die Renten nur noch im selben Ausmaß steigen wie die Löhne. Das bedeutet, daß die zum 1. Juli 1984 anstehende Rentenanpassung erheblich niedriger ausfallen wird als 1983 (4,6 Prozent).

Es werden nämlich nicht mehr die relativ hohen durchschnittlichen Bruttolöhne der Jahre 1980, 81 und 82 zugrunde gelegt, sondern nur noch die magere Anhebung von 1983 – und die auch noch netto. Steigen z. B. 1983 die Löhne um durchschnittlich 4 Prozent, bleiben den Arbeitnehmern davon etwa 2,5 Prozent netto. Für die Rentner müssen von diesem Zuwachs noch zwei Prozentpunkte für die Krankenversicherung abgezogen werden, so daß die Anpassung ungefähr 0,5 Prozent betragen wird. Nun muß allerdings das arithmetische Mittel gebildet werden, denn in der ersten Jahreshälfte betrug die Anpassung noch 4,6 Prozent, so daß für 1984 insgesamt die Rentensteigerung etwa 2,5 betragen wird – rein rechnerisch.

Eines der wichtigsten Anliegen von Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ist es außerdem, die Grundlage der Bundes-Zuschuß-Berechnung neu zu regeln. Doch da der Bund auch kein Geld in der Kasse hat, wird die Lösung dieses Problems noch auf sich warten lassen, zumal die Regierung für 1984 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 2,5 und in den Folgejahren wieder von 2,35 Millionen rechnet.

Weniger Geld für Pillen

Aber: Kassen beklagen steigende Krankenhaus-Kosten

dpa, **Essen**

Eine Neuregelung der Krankenhausfinanzierung ist nach Auffassung des Bundesverbandes Betriebskrankenkassen die wichtigste Aufgabe dieses Jahres im Bereich der Krankenversicherung.

Der Geschäftsführer des Verbandes, Kurt Friede, kündigte gestern in Essen an, daß die Krankenkassenverbände ihre Vorstellungen dafür bis Mitte 1983 einbringen wollten. Dann sei der Gesetzgeber gefordert, möglichst schnell eine Entscheidung zu treffen.

Ohne eine solche Neuregelung werde es „immer schwieriger", eine nachhaltige Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu erreichen. Im Vorjahr seien, so Friede, die Ausgaben der Betriebskrankenkassen je Mitglied für Krankenhauspflege – fast ein Drittel der Gesamtaufwendungen – mit 8,5 (Vorjahr 6,3) Prozent weit überdurchschnittlich gestiegen. Die Erhöhung bei Arzthonoraren habe nur 2,5 (6,5), bei Zahnarzthonoraren 1,3 (7,2) und bei Arzneien 0,9 (7,7) Prozent betragen. Deutliche Senkungen hätten sich ergeben bei Heil- und Hilfsmitteln um 6,5 (vorher noch plus 7,2 Prozent), bei Krankengeld um 8,2 (5,4) und beim Zahnersatz um 11,4 (nach plus 8,1) Prozent.

Die Gesamtausgaben der mehr als 800 Betriebskrankenkassen betrugen im Jahre 1982 11,553 Milliarden Mark (im Jahre 1981: 11,537 Milliarden Mark).

Zähes Ringen in Berlin

FDP will Oxfort und Vetter in den Senat bringen

dpa, **Berlin**

Die Verhandlungsdelegationen der Berliner CDU und der FDP haben gestern ihre Gespräche über eine künftige Koalition beider Parteien im Berliner Senat fortgesetzt.

Bereits am Sonntag waren bei einer ersten Zusammenkunft die Sachfragen diskutiert worden; gestern dürften Personalvorschläge der FDP für ihre Beteiligung im Senat im Mittelpunkt der Verhandlungen gestanden haben. Die FDP möchte den ehemaligen Justizsenator Hermann Oxfort und ihren derzeitigen Fraktionschef Horst Vetter in den CDU-Minderheitssenat entsenden. Dem Vernehmen nach sollen die neuen Senatoren am Donnerstag vom Abgeordnetenhaus gewählt werden.

Währenddessen war noch nicht entschieden, ob der in der Nacht zum Sonntag unterbrochene FDP-Landesparteitag heute abend zur Beschlußfassung über die Verhandlungsergebisse fortgesetzt werden kann. Drei Parteimitglieder haben sich um eine einstweilige Verfügung bemüht, mit der sie gegen den zeitlich gedrängten Ablauf der Debatten vorgehen wollten. Der Vorsitzende des Bundessatzungsausschusses der FDP stellte dagegen in einer Stellungnahme fest, die umstrittene Parteitags-Unterbrechung und die für heute abend geplante Fortsetzung seien satzungsgemäß.

US-Arbeiter kaufen riesiges Stahlwerk auf

dpa, **Pittsburgh**

Das größte US-Unternehmen im Besitz seiner Mitarbeiter wird das Weirton-Stahlwerk der National Steel Corporation werden. Die mehr als 10 000 Beschäftigten werden für 163 Millionen Mark das Werk aufkaufen, dem anderenfalls die Schließung droht. Dadurch entsteht das achtgrößte amerikanische Stahlunternehmen mit einem Jahresumsatz von rund 2,45 Milliarden Mark. Die Mitarbeiter dieses modernsten und größten Weißblechwerks der USA wollen Tarifabschläge von 32 Prozent hinnehmen und 457 Millionen Mark Schulden übernehmen.

„Wer arbeitslos war, wird es oft wieder"

dpa, **Bonn**

Je länger Arbeitnehmer arbeitslos sind, desto größer ist ihr Risiko, schon bald nach einer Arbeitsaufnahme wieder auf der Straße zu stehen. Zu diesem Ergebnis kam eine Untersuchung, die über vier Jahre seit 1978 im Auftrag des vom Bundesarbeitsministeriums vom Infratest-Institut erarbeitet wurde. Mit zunehmender Häufigkeit der Arbeitslosigkeit verringerten sich die beruflichen Wiedereingliederungschancen am Arbeitsmarkt immer weiter, heißt es darin.

25 argentinische Priester vermißt

KNA, **Buenos Aires**

Mindestens 25 Priester, Nonnen und Laien sind in Argentinien zwischen 1976 und 1980 verschwunden. Das geht aus einer in der christlichen Wochenzeitung „Tiempo Latino-Americano" veröffentlichten Liste hervor.

GEW: Keine Wehrkunde

dpa, **München**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will sich in jedem Fall Richtlinien für „pädagogische Tagesbefehle zur Wehrbereitschaft" verweigern. Zu einer „Wehrkunde West" seien die Lehrer nicht bereit, erklärte der bayerische GEW-Landesvorsitzende Klaus Weinzierl gestern in München vor der Presse zu einem Konzept der CDU/CSU-Kultusminister über Friedenserziehung in den Schulen, das morgen in Bonn der Kultusministerkonferenz zur Beschlußfassung vorliegt.



Geschickte Vermarkter

adh. – Aerobic heißt das Zauberwort, mit dem clevere Leute zur Zeit eine Menge Geld verdienen. Was uns da, natürlich aus den USA, dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten stammend, derzeit vorgeführt wird, ist geradezu ein Musterbeispiel für das Wecken eines Bedarfs, der eigentlich gar nicht vorhanden ist. Denn Gymnastik als Form rhythmischer Bewegung zu Musik gibt es ja schon, solange sich Menschen in irgendeiner Form „gymnastisch" betätigen. Man denke nur an das Tambu-in der guten alten Turnlehrerinnen. Aber damit läßt sich natürlich niemand mehr hinter dem Ofen hervorlocken.

Mit Aerobic sieht das freilich ganz anders aus. Schon der Klang des Namens: unzweifelhaft jugendlich, schwungvoll und leicht. Daß die geschickten Vermarkter der Idee ihre Gymnastikanleitungen mit den entsprechenden Damen illustrieren, versteht sich von selbst. Und beim Anblick der gelenkigen Jane Fonda hat selbst Karl nichts mehr dagegen, wenn seine Olga flugs ins nächste Sportgeschäft saust, um sich ein Paar „legwarmer" zu erstehen, denn ohne die geht es natürlich nicht. Damit der Rubel ein bißchen flotter rollt, haben die Strategen vor den Beginn des gesundheitsbewußten Trainings auch gleich noch einen neuen Gymnastikanzug gesetzt, und, natürlich, auch Stirnband und Schläppchen müssen sein. Denn häßlicher als andere, die um der Schönheit und vor allem Schlankheit willen bereit sind, Geld auszugeben, will Olga natürlich nicht sein.

So richtig angekurbelt wird der Umsatz mit dem Obolus dann aber erst im Aerobic-Studio. Denn ohne das und eine wohlproportionierte Aerobic-Lehrerin läuft gar nichts. Inzwischen hat diese Gymnastikwelle die Praxen der Orthopäden erreicht – mit dem Krankenkassenbeitrag sind wir alle dabei.

Nicht bestanden

Hdt. – Einen aufschlußreichen Rechtschreib- und Rechentest führten vier Kammerbezirke des Landes Nordrhein-Westfalen mit fast 5000 Teilnehmern durch, die im Sommer 1982 ihre Lehre aufgenommen hatten. Das Ergebnis war alles andere als berauschend. In einem kurzen, nicht schwierigen Diktat machten 57 Prozent aller Hauptschüler mehr als zehn Fehler, vor allem bei der Groß- und Kleinschreibung. Auf 41 Prozent kam die Summe der mangelhaften und ungenügenden Rechenergebnisse. Hier war die Bruchrechnung für viele der Überprüften ein Buch mit sieben Siegeln. Die Kammern führen die unbefriedigenden Leistungen darauf zurück, daß auf das Einüben von Rechtschreibung und auf Rechenfertigkeit in den Grund- und Hauptschulen nicht genügend Gewicht gelegt wird. Aber auch die Absolventen höherer Schulen können sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Viele von ihnen scheiterten bei der simplen Subtraktion einfacher Zahlen, für die Taschenrechner-Generation offensichtlich schon eine Überforderung.

VEREINIGTE STAATEN / Finanzausschuß droht mit einer Erhöhung der Steuern

Die Geschäftsbanken könnten ihrer eigenen Strategie zum Opfer fallen

H.-A. SIEBERT, Washington

Wider den Stachel zu löcken kann teuer werden. Diese Erfahrung müssen jetzt die privaten Banken in den USA machen. Ihnen drohen höhere Steuern, weil sie große Teile der Bevölkerung gegen den Kongreß aufgebracht haben. Ihr schärfster Widersacher ist Robert Dole, republikanischer Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat und, wenn Ronald Reagan nicht wieder kandidiert, ein möglicher Nachfolger im Präsidentenamt.

Die Banken starteten vor einigen Wochen eine großangelegte Kampagne gegen die Quellensteuer auf Zinserträge und Dividenden, die am 1. Juli in Kraft treten soll. In ganzseitigen Anzeigen mobilisierten sie ihre Kunden mit dem Ziel, auf dem Kapitol einen Sturm zu entfachen, damit das 1982 verabschiedete Gesetz annulliert wird. Die Aktion wurde ein Riesenerfolg: Mehr als 220 Abgeordnete und drei Dutzend Senatoren signalisierten schon ihre Bereitschaft, die umstrittene Vorschrift zu streichen.

Als verlängerter Arm der Reagan-Administration nimmt Dole den Banken übel, daß sie es ablehnen, einen Beitrag zum Abbau des US-Haushaltsdefizits zu leisten. Die Institute wiederum wehren sich mit dem Argument, die kostspielige Mehrarbeit könne ihnen nicht zugemutet werden. Außerdem verschreckten sie durch die Abführungsprozedur viele Kunden, die mit ihrem Geld in die Untergrundwirtschaft flüchten würden. Das Gesetz sieht den Abzug von zehn Prozent der Steuersumme an der Quelle vor; von ihm verspricht sich das US-Finanzministerium ein zusätzliches Steueraufkommen von rund vier Milliarden Dollar im Jahr, was die Banken ebenfalls bestreiten.

Um die Institute zur Räson zu bringen, holte Dole den Knüppel aus dem Sack. Es sei vielleicht angebracht, eine indirekte Steuer einzuführen, die sich nach dem Umfang der Bankdepositen richte, erklärte er. Und weiter: „Wir müssen überlegen, ob die Institute nicht einen größeren Anteil der Kosten des Internationalen Währungsfonds tragen sollen." Schon lange nicht mehr hat eine Drohung aus Washington Amerikas Banker so aufgescheucht. Die „Excise Tax", wird nicht mehr verschwinden, zumal die Legislatoren hauptsächlich die Banken für die Krise im westlichen Finanzsystem verantwortlich machen.

Dole rechnete den amerikanischen Geschäftsbanken überdies vor, die von ihnen gezahlten Steuern reichten bei weitem nicht aus, um die Aufwendungen der USA für den Währungsfonds zu decken. Nach der jüngsten Anhebung der Quoten und der Allgemeinen Kreditvereinbarungen muß Washington 8,4 Milliarden Dollar bereitstellen – kein Wunder, daß der Senator eine Kompensation im Sinn hat.

Aber Dole tat noch ein weiteres, um die Banken in die Enge zu treiben. Aus der Schublade zog er eine Studie des gemeinsamen Steuerausschusses des Kongresses, aus der hervorgeht, daß die 20 größten US-Geldinstitute 1981 nur 2,7 Prozent ihres in Amerika erzielten Einkommens an den Bund abführten, verglichen mit einer effektiven Steuerquote von 47,7 in der Automobilindustrie, 35,9 Prozent im Pharmabereich und 31,3 Prozent in der Tabakindustrie. In die Nähe der Banken kamen nur die Metallbranche mit 9,8, die Chemieindustrie mit fünf und die Raumfahrt mit 6,8 Prozent.

Bei einem Einkommen von 2,05 Milliarden Dollar zahlten die 20 größten US-Banken im vorletzten Jahr nur 48 Millionen Dollar Bundessteuern. Im Ausland, und das ärgert Dole ebenfalls, kassierte der Fiskus bei einem Einkommen von 3,27 Milliarden Dollar jedoch 38 Prozent oder 1,25 Milliarden Dollar. Mit ihrer Kampagne gegen die Quellensteuer auf Zinsen und Dividenden haben die US-Institute etwas in Gang gesetzt, was sie schon bereuen. Doles einflußreiches Komitee, das die Steuergesetze schreibt, läßt seine Opfer nicht mehr los.

STAHL-NEUORDNUNG

Pieper: Zusammenarbeit mit Klöckner durchaus möglich

D. SCHMIDT, Hannover

Noch in dieser Woche wird die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P + S) in einem Roh-Konzept dem Bundeswirtschaftsminister ihre Vorstellungen zur Neuordnung der Stahllandschaft in der Bundesrepublik vorlegen. Ernst Pieper, Vorstandsvorsitzender der bundeseigenen Salzgitter AG, wollte sich auf der Bilanzpressekonferenz zu Einzelheiten des Konzepts zwar noch nicht äußern; fest steht jedoch, daß die Salzgitter-Vorschläge alternativ angelegt sein werden. An einer Prämisse will Pieper aber festhalten: Der Rationalisierungseffekt einer neuen Stahllösung muß „eine dreistellige Millionenzahl" beinhalten.

Ernsthafte Verhandlungen, so Pieper, hat Salzgitter bisher nur mit Hoesch geführt, wenngleich mehr oder minder ernsthafte „Gespräche" auch mit Klöckner stattgefunden haben. Die Untersuchungen der Experten bei Klöckner seien aber noch immer nicht abgeschlossen, so daß die entsprechenden Daten noch fehlen und folglich auch nicht im avisierten Konzept berücksichtigt werden können. Er, Pieper, könne sich aber durchaus „Felder vorstellen, auf denen eine Zusammenarbeit mit Klöckner möglich erscheint".

Offenbar beinhaltet das Alternativ-Konzept auch die Möglichkeit der Kooperation, wenngleich nach Ansicht von Pieper eine Fusion trotz aller damit verbundenen Schwierigkeiten zu favorisieren wäre. Pieper erinnerte in diesem Zusammenhang an Arbed und die entstandenen Fusionsprobleme: „Eins plus eins ist in solchen Fällen nicht immer zwei."

Ohne Frage habe die „Gruppe Rhein" gegenüber der „Ruhr-Gruppe" strukturelle Vorteile. Die Möglichkeiten der Rationalisierung seien für die künftige Gruppe Ruhr geringer und gegenüber dem „monolithischen Rhein-Block" mit größeren Schwierigkeiten verbunden. Entsprechend höher zu veranschlagen sei die „Bedürftigkeit" der Ruhr-Gruppe. Dies müsse berücksichtigt werden, wenn über die Finanzhilfen von Bund und Ländern gesprochen werde. Zu den Kosten der Umstrukturierung wollte sich Pieper („Ich möchte keine neue Zahl in die Welt setzen") nicht äußern. Mit Sicherheit aber werde der Betrag über den von den Moderatoren genannten drei Milliarden Mark liegen.

Die Standortfrage spiele in dem Salzgitter-Konzept natürlich eine gewichtige Rolle. Sie sei aber nicht allein entscheidend; anderes komme hinzu. Für Salzgitter zum Beispiel müsse das Problem der Privatisierung geklärt werden. In dieser Hinsicht seien die „Positionen derzeit noch sehr verhärtet". Eine klare Meinung vertritt Pieper – sollte es zur Fusion kommen – zu Kompetenzfragen. Bei der Ermittlung der einzubringenden Beteiligungswerte dürfe es nicht zu einer paritätischen Lösung kommen. Pieper: „Einer muß Herr im Hause sein." Wer dies sein soll, ließ der Salzgitter-Chef offen. Die Tatsache aber, daß P + S derzeit eine neue Koksofen-Batterie im Wert von über 70 Millionen Mark installieren läßt, könnte als Signal für eine Gewichtung zugunsten Peine-Salzgitters gewertet werden.

Start für Investitionen

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien beginnt die von Mini-
-erpräsident Amintore Fanfani
seiner Amtseinsetzung ange-
-digte Investitions- und Be-
-äftigungspolitik Gestalt anzu-
-nen. Brennpunkt der Aktion
-ler mit dem Finanzgesetz für
aus der Taufe gehobene Be-
-äftigungs- und Investitions-
-ls, der zunächst mit 6500 Mil-
-den Lire (rund 11,4 Milliarden
-k) dotiert und jetzt vom Kabi-
endgültig auf 7820 Milliarden
festgesetzt wurde. Zählt man
-em Betrag die 1010 Milliarden
hinzu, die aus Budgetmitteln
Reedereien und dem Schiff-
zufließen, so stehen der italie-
-hen Wirtschaft in diesem Jahr
9000 Milliarden Lire an Staats-
-hüssen zur Verfügung, 2000
-liarden Lire weniger, als die So-
-isten und die Gewerkschaften
-rdert hatten.

-chmaler, als der sozialistische
-tsbeteiligungsminister Gianni
Michelis gehofft hatte, ist vor
-n die Staatsstütze für die Che-
die Stahlindustrie und den
-niniumbereich ausgefallen, so-
-nnte (strategische) Bereiche,
strukturell Verluste erzeugen,
aber von den Koalitionspartei-
-ls weiter finanzierungsbedürf-
-ngesehen werden. In diesem
galt ein Zuschuß von 3000 Mil-
-len Lire im laufenden Jahr als
-wendig, um die mit den Ge-
-kschaften ausgehandelten So-
und Sanierungspläne ohne
-triche über die Runden zu brin-

Demgegenüber hat sich das
-inett jetzt bereit erklärt, nur
Drittel dieser Summe zur Ver-
-ng zu stellen.

-amit hat sich auf Kabinettsebe-
-ne das von den Christlichen De-
-raten von Anfang an vertrete-
Prinzip weitgehend durchset-
können, daß der Beschäfti-
-gs- und Investitionsfonds nicht
Erhaltung einzelner Arbeits-
-ze dient, sondern der Erhal-
und dem Ausbau der Be-
-iftigung in ihrer Gesamtheit.
Grundsatz verstärkter Arbeits-
-zmobilität, der erstmals mit
Ende Januar unter Mitwir-
-g der Regierung zwischen den
-alpartnern zustande gekom-
-en Rahmenabkommen zur
-n- und Lohnkostenpolitik von
Arbeitnehmerorganisationen
-ptiert wurde, hat dadurch jetzt
in der regierungsamtlichen
-estitionspolitik konkreten Nie-
-chlag gefunden. Angekratzt
-orgegangen ist damit ebenfalls
in weiten Teilen der Gewerkschaften und der Linksparteien trotz aller Lippenbekenntnisse für Effizienz und Wirtschaftlichkeit noch immer weitverbreitete Vorstellung des Staates als Einkommensverteiler.

Natürlich kann sich keine italienische Partei in dieser Hinsicht gegenüber den Wirtschaftsbürgern eine volle Abfuhr erlauben. Dafür ist der in den vergangenen Jahren hochgezüchtete Anspruch auf Wohlfahrt und Wohlverhalten seitens des Staates noch zu stark in den Institutionen und in der Gesellschaft verankert. Die Tatsache, daß es der Unternehmerlobby gelungen ist, gegenüber dem Staatsbeteiligungsministerium mehr Mittel für sich abzuzweigen und vor allem in die Kanäle fließen zu lassen, aus denen Forschung, neue Technologien und Innovationen finanziert werden, zeigt aber, daß sich die Koalitionsparteien dem Anpassungsprozeß zu stellen begonnen haben, der Italiens Wirtschaft wie die seiner Partner heute voll in Anspruch nimmt.

Die Anpassung an die veränderten internationalen Kosten und Produktionsverhältnisse hat Italien bisher weitgehend dadurch vor sich hergeschoben, daß selbst schlecht strukturierte und auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähige Bereiche und Betriebe vom Staat subventioniert wurden. Dadurch fehlte es zuletzt nicht nur an Finanzmitteln für die neuen Technologiebereiche. Es traten auch Wettbewerbsverzerrungen ein, die auf die private Konkurrenz im eigenen Hause zurückschlugen, und es wuchsen die Staatsausgaben in einem Umfang, der mittlerweile von der Mehrheit der Parteien nicht mehr als tragbar angesehen wird.

Natürlich kann das in den letzten Jahren Versäumte, etwa in der Elektronik und in der Feinchemie, wo Italien weit hinter der internationalen Konkurrenz hinterherhinkt, weder in einem noch in zwei Jahren wettgemacht werden. Schon gar nicht, wenn sich die Mittel für Forschung und Entwicklung trotz aller Anstrengungen noch immer weit unter dem Volumen bewegen, das in anderen westlichen Ländern längst zum Standard der dortigen Industriepolitik gehört. Der Zementierung alter Arbeitsplätze erstmals die Initialzündung für neue Arbeitsplätze vorangestellt zu haben läßt aber erwarten, daß der Anpassungsprozeß jetzt auch in Italien unter anderem Vorzeichen erfolgen wird.

AUF EIN WORT



„Die Umweltschutzvorschriften sollten nicht nur einseitig durch die Bundesrepublik, sondern im Rahmen internationaler Harmonisierung auch im Ausland verschärft werden, da über 50 Prozent der Schwefeldioxydniederschläge in der Bundesrepublik aus dem Ausland stammen."

Dr. Günther Klätte, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG, Essen
FOTO: DIE WELT

Konsumklima hat sich gebessert

rtr, Nürnberg

Das Konsumklima in der Bundesrepublik Deutschland hat sich nach einer Repräsentativ-Umfrage der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzförderung (GfK) in den ersten beiden Monaten dieses Jahres deutlich gebessert. Nach den gestern veröffentlichten Ergebnissen halten 20 Prozent der Verbraucher jetzt größere Anschaffungen für ratsam. Dieser Wert liege fast doppelt so hoch wie im Sommer 1982. Darüber hinaus wollen laut GfK 39 Prozent der Verbraucher die im ersten Halbjahr 1983 freiwerdenden beträchtlichen Spargelder eher ausgeben als wieder bei den Banken anlegen. Damit seien positive Impulse für den Einzelhandel zu erwarten, meinen die Konsumforscher.

LEIPZIGER MESSE

DIHT: Kleine Unternehmen haben nur geringe Chancen

HANS-J. MAHNKE, Leipzig

Die Freude über die hohen Zuwachsraten im innerdeutschen Handel werden aus der Sicht des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) dadurch getrübt, daß kleine und mittlere Anbieter von industriellen Spezialitäten aus der Bundesrepublik auch weiterhin nicht zum Zuge kommen werden. Sie blieben im Auftragsschatten, obwohl die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse unter dem Motto „Angewandte Mikroelektronik" steht.

Nach ihren ersten Gesprächen auf der Messe sehen die DIHT-Vertreter selbst für das Angebot moderner Technologien und spezialisierten Know-hows aus der Bundesrepublik keine Chancen. Vom DIHT wird diese Verschiebung auch deshalb beklagt, weil im Gegensatz zum übrigen Osthandel die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen gerade durch die Beteiligung kleiner und mittlerer Firmen geprägt wurden.

Freuen können sich in der Bundesrepublik vor allem die krisengeschüttelten Unternehmen im Stahlbereich, die zusätzliche, zum Teil sehr beachtliche Aufträge aus der „DDR" erhalten haben. Die „DDR", die sich zu einem Bezug von Kohle aus der Bundesrepublik verpflichtet hatte, lenkte bereits im vergangenen Jahr auf den Kauf von Stahl um. Trotz der noch großen Zurückhaltung wichtiger westdeutscher Banken bei der kurzfristigen Finanzierung von „DDR"-Liefergeschäften und der äußerst gespannten Devisenlage im Westhandel kann die „DDR" im Rahmen des Verrechnungsabkommens mit der Bundesrepublik die für die Aufrechterhaltung der Produktion dringend benötigten Rohstoffe beziehen.

Auf der Leipziger Messe fällt in diesem Jahr die große Zahl von Konsumgüter-Einkäufern aus der Bundesrepublik auf. In diesem Bereich scheint die „DDR" mehr Waren für den Export bereitstellen zu wollen. Je stärker sich die konjunkturelle Erholung in der Bundesrepublik durchsetzt, desto besser sind die Absatzchancen auch für diese Produkte.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Agrarminister warten auf die Entwicklung der Kurse

WILHELM HADLER, Brüssel

Ziemlich bedeckt hielten sich gestern die Agrarminister der EG in der zweiten Beratungsrunde über das diesjährige „Preispaket" für die Landwirtschaft. Offensichtlich wollen die meisten Regierungen zunächst Klarheit über die Entwicklung an der Währungsfront haben. Je nach der Veränderung der Leitkurve im EWS verstärkt oder verringert sich auch die Forderung nach Preiserhöhungen, da die abwertenden Länder die Möglichkeit einer Anpassung ihrer „grünen" Währungen haben.

Die Kommission, deren Vorschläge den Landwirten eine Aufbesserung des Stützungsniveaus (in Ecu) um durchschnittlich 4,4 Prozent bescheren würden, hat es auf jeden Fall abgelehnt, die weitergehenden Forderungen des Europäischen Parlaments zu honorieren. Sie reichte inzwischen sogar einen Vorschlag nach, wegen der wachsenden Milchüberschüsse die Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver nur um 2,3 Prozent anzuheben.

Dieser Vorschlag läuft auf eine Auflockerung der bisherigen Preisgarantien für Überschußerzeugung hinaus und wird von der Mehrheit der Straßburger Abgeordneten bekämpft. Die Kommission muß jedoch auf die laufenden Agrarverhandlungen mit den USA Rücksicht nehmen.

Nachdem der amerikanische Außenminister George Shultz die Verhandlungsbereitschaft Washingtons bekräftigt hat, wollen die EG-Kommissare Wilhelm Haferkamp (Außenbeziehungen) und Poul Dalsager (Landwirtschaft) am Donnerstag in die USA reisen. Es ist klar, daß die Forderung nach höheren EG-Preisen die Gespräche in Amerika nicht gerade erleichtert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Aufschwung in Sicht

München (dpa/VWD) – Einen deutlichen Konjunkturaufschwung in der mittelständischen Wirtschaft signalisierte die 35. Internationale Handwerksmesse München, die mit einer Gesamtbesucherzahl von mehr als 400 000 zu Ende ging. Über 80 Prozent aller Aussteller zeigten sich nach Angaben der Messeleitung zufrieden. Besonders bei Investitionsgütern lasse sich ein deutlicher Aufwärtstrend ablesen. Der Konsumgüterbereich – Kunsthandwerk, Möbel und Innenausbau sowie Schmuck – schnitt ähnlich gut ab wie im Vorjahr: Fast 90 Prozent aller Aussteller erwarten auf Grund der auf der Messe angebahnten Kontakte ein Nachmessegeschäft. Insgesamt sei bei den Fachbesuchern eine wesentlich optimistischere Markteinschätzung zu beobachten. Zwei Drittel der befragten Führungskräfte aus Handwerk und Industrie sagten aus, sie würden dieses Jahr in ihren Betrieben investieren.

Großauftrag für AEG

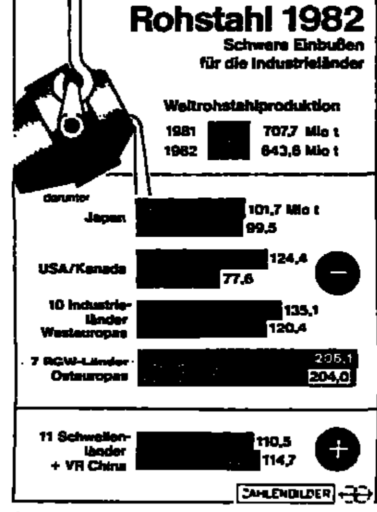
Frankfurt (VWD) – Einen Auftrag in Höhe von rund 230 Millionen Mark zur Lieferung von Komponenten für Gasturbinen-Ausrüstungen hat das Konsortium AEG-Kanis/MAN-GHH Sterkrade von der sowjetischen Maschinoimport erhalten. Diese Komponenten werden, wie AEG-Telefunken am Montag in Frankfurt erläuterte, in Kompressorstationen von Erdgaspipelines eingesetzt. Sie sollen bis Ende nächsten Jahres ausgeliefert sein.

Von Thyssen zu Salzgitter

Salzgitter (dos) – Der Aufsichtsrat der bundeseigenen Salzgitter AG hat Hansgeorg Schmitz-Eckert (49), Chef von Thyssen Maschinenbau, in den Salzgitter-Vorstand berufen. Schmitz-Eckert wird seine neue Aufgabe am 1. September übernehmen. Für welchen Konzernbereich er verantwortlich zeichnen wird, teilt Salzgitter nicht mit. Seine bisherige Tätigkeit bei Thyssen legt jedoch die Vermutung nahe, daß er die Nachfolge von Hans Bettermann (62) antreten wird.

Ölförderung gesunken

Tulsa (AP) – Die weltweite Förderung von Erdöl ist im vergangenen Jahr um 5,1 Prozent auf 53,2 Millionen Barrel pro Tag gesunken. Dies berichtete die in Tulsa im US-Staat Oklahoma erscheinende Wochenzeitschrift „Oil and Gas Journal" in ihrer jüngsten Ausgabe. Die Tagesproduktion der in der Opec vereinigten Staaten ging sogar um 17,2 Prozent auf 18,6 Millionen Barrel zurück. Die Ölförderung der nicht zur Opec gehörenden westlichen Staaten stieg dagegen um 4,8 Prozent auf 19,8 Millionen Faß und übertraf damit erstmals seit 1950 die Produktion der Opec. Die 1982 geförderte Menge war die geringste seit zehn Jahren.



Seit drei Jahren geht die Weltrohstahlproduktion zurück. Nachdem 1979 noch fast 750 Millionen Tonnen Rohstahl aus den Hochöfen kamen, sank die Erzeugung bis 1982 auf 644 Millionen Tonnen. Von diesen Produktionsverlusten waren vor allem die westlichen Industrieländer betroffen. In den USA fiel die Stahlerzeugung 1982 gegenüber dem Vorjahr um über 40 Prozent; in der Bundesrepublik Deutschland ging sie um 14 Prozent auf 35,9 Millionen Tonnen zurück. QUELLE: ZAHLENBILD

Mehrheit erworben

München (dpa/VWD) – Die Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH, München, wird mit Wirkung vom 1. April 75 Prozent der Anteile am Verlag Severin und Siedler, Berlin, von den Gesellschaftern Jochen Severin und Wolf Jobst Siedler erwerben. Nach Mitteilung von Bertelsmann behält Severin und Siedler seinen Sitz in Berlin und steht weiterhin unter der verlegerischen Leitung von Wolf Jobst Siedler, der auch die restlichen 25 Prozent der Anteile behält.

SOWJETUNION

Moskau prüft Reformen der anderen Ostblockstaaten

VWD, Moskau

-ie Sowjetführung hat einen in-
-ministeriellen Rat unter Vorsitz
Plan-Chef Nicolai Baibakow
-ildet, der prüfen soll, welche
-schaftlichen Reformen in an-
-n Ländern des Ostblocks auch
die UdSSR geeignet sein könn-
Das war einem Aufsatz des
-h im Westen bekannten sowje-
-hen Experten für die Wirtschaft
Ostblock, Akademiemitglied
-g Bogomolow, zu entnehmen,
die Parteizeitung „Prawda"
Montag veröffentlichte.

-ogomolow schrieb, in der So-
-tunion werde jetzt eine größere
-lbständigkeit" der Betriebe
-i gleichzeitiger Festigung der
-amtstaatlichen Leitungsprinzi-
-n" angestrebt. Dabei könne die
-SSR insbesondere von der
-DR", Bulgarien und Ungarn ler-
-. Entgegen der sonst üblichen
-schreibung von „Maßnahmen
Vervollkommnung des Wirt-
-aftsmechanismus" sprach Bogomolow ausdrücklich von „Reformen".

Der neue Parteichef Jurij Andropow hatte gleich nach seiner Amtsübernahme im November 1982 darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und technischen Modernisierung der sowjetischen Volkswirtschaft unbefriedigend sei. Andeutungen über mögliche Wirtschaftsreformen, die er damals machte, nahmen bisher aber kaum konkretere Formen an.

Unter Wirtschaftsreformen anderer östlicher Länder, von denen die Sowjetunion lernen könnte, nannte Bogomolow auch den größeren Spielraum für „private Nebenwirtschaften" in der Landwirtschaft Ungarns und Bulgariens. Der Wissenschaftler schränkte aber ein, daß neue Ideen einer „gründlichen experimentellen Erprobung" ihrer Anwendbarkeit in einer Volkswirtschaft von den großen Ausmaßen wie die Sowjetunion bedürften.

DEVISENMARKT / Spekulation auf Kurskorrekturen im EWS hält an

Paris schiebt Bonn Schwarzen Peter zu

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Kurse der schwachen Währungen des Europäischen Währungssystems (EWS), der französische und der belgische Franc sowie die dänische Krone, haben sich zwar gestern von den unteren Interventionspunkten gegenüber der D-Mark abgehoben, an denen sie nach den Regelungen des EWS automatisch durch die Notenbanken gestützt werden müssen. Dennoch hielt die Spekulation auf eine Abwertung zumindest des französischen Franc sowie der italienischen Lira und eine Aufwertung der D-Mark, der festesten Währung im EWS, unvermindert an.

Die belgische Notenbank hat inzwischen die Notbremse gezogen, um den Franc vom Druck der Abwertungsspekulation zu entlasten: Die Banken in Belgien müssen ihre Engagements in ausländischen Währungen von 100 auf 20 Millionen Franc reduzieren. Außerdem wurden die Banken angewiesen, Deviseneingänge aus Handelstransaktionen ihren Kunden sofort in Franc gutzuschreiben. Der Kurs des belgischen Franc, der nach Vorstellung des Finanzministers de Clerque bei einer Mark- und Guldenaufwertung gegenüber dem Ecu, der Verrechnungswährung des EWS, um ein bis zwei Prozent mitziehen soll, stieg daraufhin von 5,0740 DM, dem unteren Interventionspunkt, auf 5,590 DM.

Nach den jüngsten Äußerungen des deutschen und französischen Finanzministers rechnet man jetzt mit einer Wechselkurskorrektur im EWS Anfang nächster Woche. Inzwischen hat der französische Finanz- und Wirtschaftsminister die Bundesrepublik mit der Bemerkung, die Parität des Franc sei richtig, aber es gebe regelungsbedürftige Probleme für die D-Mark, zum Handeln aufgefordert. Zwar bezeichnete Delors eine Markaufwertung als nicht unbedingt erforderlich; doch spielte er dem deutschen EWS-Partner den Schwarzen Peter zu, indem er entscheidende Schritte wie vor allem eine Zinssenkung verlangte.

Das von Delors für die D-Mark angesprochene Problem spiegelt nach deutscher Auffassung lediglich die Pariser Unfähigkeit wider, die französische Wirtschafts- und Finanzpolitik an den gemeinsamen Zielen des EWS, besonders in puncto Preisstabilität, zu orientieren, wobei die Bundesrepublik im EWS am besten abschneidet. Aus deutscher Sicht muß daher eine Korrektur in Frankreich vorgenommen werden, auch beim Wechselkurs des Franc.

Der Franc-Kurs hat sich gestern von 34,50 auf 34,80 DM erholt. Mit Superzinsen von 280 Prozent p. a. für einwöchige Franc-Kredite versuchte die Nationalbank, die Franc-Abwertungsspekulation abzuschrecken. Mit derartigen Manipulationen und mit Interventionen läßt sich jedoch eine Franc-Abwertung lediglich kurze Zeit aufschieben. Diese Meinung wird am Devisenmarkt ebenso wie in der Bundesbank vertreten.

ISRAEL

Handelsgespräche mit Ägypten

dpa/VWD, Kairo

Erstmals seit der israelischen Invasion in Libanon sind am Montag Vertreter Ägyptens und Israels wieder zu Gesprächen über die gegenseitigen Handelsbeziehungen zusammengetroffen. Der Konferenzort liegt außerhalb von Kairo in der ägyptischen Provinz Gizeh. Damit wollen die Ägypter sicherstellen, daß die nächste Runde der Handelsgespräche nicht – wie von Israel angestrebt – in Jerusalem stattfindet, sondern an einem Ort außerhalb der Hauptstadt. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern waren nach Israels Einmarsch in Libanon praktisch zum Erliegen gekommen. Ägypten zog seinen Botschafter aus Tel Aviv ab und stellte nahezu alle Kontakte mit der israelischen Regierung ein. Seit kurzem scheint Ägypten wieder gesprächsbereit zu sein und hat auch die Teilnahme Israels an der gegenwärtig stattfindenden Kairoer Industriemesse gestattet.

GROSSBRITANNIEN / Heute wird der neue Haushalt vorgelegt – Spielraum von rund zwei Milliarden Pfund

Konzessionen an die Steuerzahler wahrscheinlich

WILHELM FURLER, London

Selten zuvor konnte sich die britische Bevölkerung unter einer konservativen Regierung so große Hoffnungen auf ein steuerzahlerfreundliches Budget machen wie jetzt. Wenn der britische Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe am späten Nachmittag des heutigen Dienstags in seiner voraussichtlich 80 Minuten dauernden Rede vor dem Unterhaus den Haushalt für das im April beginnende Finanzjahr 1983/84 vorlegt, dann wird er darin unausgesprochen Konzessionen an die noch in diesem Jahr, spätestens Anfang nächsten Jahres stattfindenden Parlamentswahlen machen.

Wie stets zuvor sind auch diesmal wieder die Zeitungen in Fleet Street überraschend detailliert über das Maßnahme-Bündel des Schatzkanzlers informiert, obwohl der Inhalt des seit Anfang dieses Jahrhunderts für die Zeremonie der Budget-Vorlage benutzten roten und inzwischen schäbig abgewetzten Köfferchens streng vertraulich sein sollte. Allerdings fällt es in diesem Jahr auch nicht sonderlich schwer, einigermaßen präzise Voraussagen zu machen. Denn die Bandbreite, in der sich Sir Geoffrey bewegen kann, ist vergleichsweise eng.

Um das von der Regierung gesetzte Ziel der staatlichen Kreditaufnahme im kommenden Finanzjahr in Höhe von acht Milliarden Pfund nicht zu überschreiten, stehen ihm angesichts erheblich reduzierter Einnahmeerwartungen aus der Besteuerung von Nordseeöl nur noch etwa zwei Milliarden Pfund für Steuererleichterungen und Wirtschaftshilfen zur Verfügung. Das sind, zum gegenwärtigen Kurs umgerechnet, nicht mehr als 7,2 Milliarden Mark.

Man schätzt, daß jeder Rückgang des Preises für Nordseeöl um fünf Dollar je Barrel einen Ausfall von Steuereinnahmen der Regierung in Höhe von zwei Milliarden Pfund nach sich ziehen würde. Ölexperten in London sind davon überzeugt, daß der Preis für Nordseeöl von seinem gegenwärtigen, immer noch nicht voll etablierten Richtpreis von 30,50 Dollar je Barrel in nächster Zeit nochmals nach unten korrigiert werden muß, um ihn den Spotmarktpreis und der erwarteten neuen [illegible]-Preisstruktur anzupassen.

Das bedeutet, daß die heute vorgelegten Budget-Maßnahmen möglicherweise im Laufe dieses Jahres korrigiert werden müßten. Dennoch will der Schatzkanzler im Moment nicht auf seine wählerwirksamen Steuer-Zugeständnisse verzichten. Sie umfassen aller Voraussicht nach eine Anhebung der Steuer-Eintrittsschwelle und der persönlichen Freibeträge um zehn bis zwölf Prozent und damit immerhin um das Doppelte dessen, was nötig gewesen wäre, um sie der Inflationsentwicklung anzupassen.

Ebenso wählerfreundlich werden wohl die Budget-Maßnahmen im Bereich der Sozialhilfen ausfallen, wobei Renten und Kindergeld wie die Hilfen für längerfristig Arbeitslose um mindestens zehn Prozent steigen werden. Weiterhin dürfte die steuerliche Abzugsfähigkeit von Hypothekenzinsen angehoben werden, nämlich von einem Höchstbetrag der Hypotheken von gegenwärtig 25 000 Pfund auf künftig 35 000 Pfund.

Gleichzeitig können die Raucher, Wein- und Biertrinker sowie die Autofahrer der Nation mit der niedrigsten Erhöhung der indirekten Steuern seit mindestens zehn Jahren rechnen. In ihrem Bemühen, den Anstieg der Inflationsrate angesichts der Pfundschwäche so niedrig wie möglich zu halten, werden Steuern auf Bier, Wein, Spirituosen, Zigaretten und Benzin mit Sicherheit um nicht mehr als die für Ende dieses Jahres erwartete Inflationsrate von sechs Prozent angehoben.

Dagegen wird die britische Wirtschaft weitgehend leer ausgehen. Eine Reduzierung oder gar Abschaffung des Aufschlags auf den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung in Höhe von 1,5 Prozent der Lohnsumme kommt wegen des mangelnden Finanzspielraums kaum in Frage. Lediglich kleine Unternehmen können sich Hoffnungen auf eine gewisse Verbesserung der Staatshilfen machen.

Seite 2: Geheimnis im Holzrahmen

AIRBUS / Trend zum Großraumflugzeug hält an

Positive Auftragsbilanz

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das Jahr 1982 war für das europäische Flugzeugbau-Konsortium Airbus Industrie weniger schlecht als für Boeing im vergleichbaren Produktionsbereich. Entgegen den ursprünglichen Behauptungen des französischen Airbus-Partners Aerospatiale hätten nicht neun Festbestellungen elf Auftragsannullierungen gegenübergestanden. Vielmehr sei die Auftragsbilanz mit sechs Airbussen positiv gewesen, heißt es bei der Airbus Industrie.

Seit Anfang dieses Jahres hat die Gesellschaft allerdings noch keinen einzigen Auftrag verbucht. Eine Nachricht aus Kuwait, wonach die dortige Luftverkehrsgesellschaft Ende Februar elf Airbusse bestellt haben soll, wurde inzwischen dementiert. Von einer Wiederbelebung der Flugzeugkonjunktur sei wohl erst im Laufe des nächsten Jahres zu rechnen.

Die langfristigen Verkaufsaussichten werden dagegen von der Airbus Industrie als ausgesprochen „gut" bezeichnet. In den nächsten 15 bis 20 Jahren würden nach neuesten Marktuntersuchungen weltweit etwa 6000 bis 7000 neue Verkehrsflugzeuge zur Auslieferung kommen, und zwar 2500 bis 3000 mit schmalem Rumpf, 2500 bis 3000 Großraumflugzeuge für Kurz- und Mittelstrecken und ca. 1300 Langstreckenflugzeuge.

Für diese Zeit veranschlagt die Airbus Industrie den Weltbedarf an Passagierflugzeugen auf einen Wert von 300 Milliarden Dollar. Das würde einer durchschnittlichen Fertigungsrate von einem Flugzeug pro Tag entsprechen. Von diesem Markt will sich die Gesellschaft ein Drittel sichern.

Als Gründe für den Großraumtrend führt die Airbus Industrie an: Überlastung der Flughäfen und Luftverkehrskontrollen, geographische und ökologische Einschränkungen beim Bau neuer Flughäfen und nicht zuletzt das Bestreben der Luftverkehrsgesellschaften, durch den Einsatz großer Flugzeuge die Rentabilität zu verbessern.

Zu dem umstrittenen Thema der Auftragsfinanzierung heißt es in der Mitteilung vorsichtig, daß angesichts der durchweg schlechten finanziellen Lage der Luftverkehrsgesellschaften „unter Umständen an Alternativen zu der herkömmlichen Finanzierungsmethoden" zu denken sei. Die wünschenswerte Lösung wäre indessen eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens und der Gewinne.

Sollte der internationale Flugverkehr innerhalb der nächsten zw Jahre um etwa 10 Prozent zune men, was die Airbus Industrie keineswegs ausgeschlossen zeichnet, dann würde sich die nanzielle Lage der Luftverkehrs sellschaften bereits „erheblic verbessern.

JAPAN / Schiffbauindustrie leidet unter der weltweiten Flaute

Auftragseingänge drastisch gesunken

FRED de la TROBE, Tokio

Die Berichte der japanischen Schiffbauindustrie malen die Lage der Branche in düsteren Farben. Ein ansehnlicher Teil der Werftanlagen steht still, die Belegschaften werden abgebaut. Nach Angaben des Branchenverbands sanken die Neuaufträge 1982 um 52 Prozent auf 4,7 Millionen BRT, die Orders gingen besonders drastisch für allgemeine Frachtschiffe, Bulk Carriers und Tanker zurück. Weniger einschneidend war die Abnahme bei Container- und Kühlschiffen.

Bei Schiffen für den Export kam der Auftragsschwund auf wuchtige 70 Prozent (168 Schiffe mit 2,7 Millionen BRT). Die Bestellungen inländischer Reeder verminderten sich um 28 Prozent (111 Schiffe mit 2 Millionen BRT). Die billigere südkoreanische Konkurrenz machte sich noch stärker als im Vorjahr bemerkbar. Der japanische Anteil an den Neuaufträgen in der Welt blieb 1982 knapp unter 50 Prozent.

Die Auftragsbestände der japanischen Werften beliefen sich Ende vergangenen Jahres auf 8 Millionen BRT im Vergleich zu 11,2 Ende 1981. Damit ist nur noch eine Beschäftigung von einem Jahr gewährleistet. Unter einem von der Regierung geleiteten und mitfinanzierten vierjährigen Programm hat die japanische Schiffbauindustrie zwischen 1978 und 1982 etwa 35 Prozent ihrer Kapazitäten verschrottet. Gegenwärtig deutet aber vieles darauf hin, daß die Kapazitäten immer noch zu groß sind.

Die sieben größten Werftunternehmen – Mitsubishi Heavy Industries, Ishikawajima-Harima, Kawasaki Heavy Industries, Hitachi Zosen, Nippon Kokan, Mitsui Engineering and Shipbuilding und Sumitomo Heavy Industries – bauten 1982 Schiffe mit 3,89 Millionen BRT, 9 Prozent weniger als im Vorjahr, und lieferten Schiffe mit 3,93 Millionen BRT ab, 12,7 Prozent weniger.

Mitsubishi hat etwa 500 Arbeiter beurlaubt und unter dem Gesetz für die Stabilisierung der Beschäftigungslage zu einem vom Staat finanzierten Umschulungskurs entsandt. Weitere 300 Arbeiter hat das Unternehmen in die Marketing-Abteilung der dem Konzern angehörenden Mitsubishi Motor Corp. versetzt. Die Firma Kawasaki wird vom April an 850 Arbeiter in andere dem Konzern angehörende Unternehmen und Zulieferbetriebe umschichten. Sasebo Heavy Industries plant das gleiche mit 580 Beschäftigten, und Ishikawa Harima erwägt ähnliche Maßnahmen.

In Anbetracht der ernsten Lage will der Werftenverband die Regierung auffordern, ein staatlich finanziertes Schiffbauprogramm für das Fiskaljahr 1983 aufzustellen. Außerdem will der Verband durchsetzen, daß die Branche unter die Industrien aufgenommen wird, die unter die Bestimmungen des neuen Gesetzes über Antidepressionsmaßnahmen fallen. Dadurch könnten die Werften mit erheblichen Steuererleichterungen rechnen.

Die weiteren Aussichten werden nicht günstig eingeschätzt. „Im Jahr 1983 wird die Lage noch ernster", erklärt Hideo Kametani, Geschäftsführer der Kawasaki Heavy Industries. Einer Voraussage des Transportministeriums zufolge wird Japan in den Jahren 1983–85 jeweils nur zwischen 4,7 und 5,3 Millionen BRT bauen. Der Werftenverband rechnet damit, daß die Aufträge für Bulk-Carriers von 1984–85 an wieder zunehmen werden. Die Nachfrage nach Tankern werde dagegen noch längere Zeit gering bleiben. (SAD)

Agrarexport ist kräftig gestiegen

dpa/VWD, Bonn

Der deutsche Agrarexport, der in den letzten Jahren seine größten Erfolge stets in der EG erzielte, verzeichnete 1982 seine besten Zuwachsraten außerhalb der Gemeinschaft. 1982 fielen vor allem die Exporterfolge mit Drittländern wie Japan ins Auge, das für 221,7 Millionen Mark (plus 26 Prozent) deutsche Agrarprodukte abnahm. Ein Plus von immerhin jeweils 15 Prozent wurde beim Export von Ernährungsgütern in die USA (auf 748,7 Millionen Mark), die Schweiz (637,6 Millionen) und nach Spanien (89 Millionen) erzielt.

Innerhalb der EG ist 1982 das Exportergebnis mit Italien mit plus 19 Prozent auf 4,6 Milliarden Mark am besten ausgefallen. Bei Belgien und Luxemburg wurde demgegenüber nur noch ein Zuwachs von zwei Prozent erzielt und bei Dänemark gar ein Rückgang von sieben Prozent. Der Agrarexport nach Frankreich, Großbritannien und in die Niederlande stieg jeweils um sechs Prozent. Gut haben sich die Exporte in das neue Partnerland Griechenland angelassen: Sie stiegen um neun Prozent auf 647,4 Millionen Mark. Der Agrarexport der Bundesrepublik insgesamt stieg 1982 noch um 2,4 Prozent auf 22,07 Milliarden Mark.

JUGOSLAWIEN / Export soll forciert werden

Anlagen-Importe gedrosselt

dpa/VWD, Belgrad

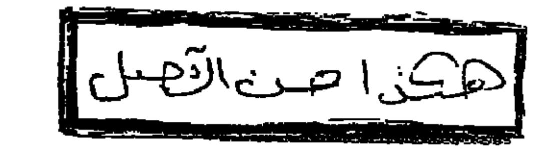
Durch eine Ankurbelung der Industrieproduktion und eine stärkere Exportausrichtung hofft die jugoslawische Regierung, die Wirtschaft des Landes aus der derzeitigen Krise herausführen zu können. Das geht aus einem Bericht der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfAI) in Köln hervor.

Die entscheidende Rolle bei der geplanten Belebung des Wirtschaftswachstums wird danach dem Export beigemessen. Insgesamt werden für 1983 Einnahmen aus dem Export von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 14,35 Milliarden US-Dollar (derzeit 34,7 Milliarden Mark) erwartet, davon 10,5 Milliarden Dollar aus der Warenausfuhr.

Bei den Importen sieht der Plan lediglich eine Erhöhung der Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren aus Ländern mit stabilen Währungen von rund vier Prozent vor. Insgesamt sollen 1983 Importe Wert von 12,75 Milliarden Dol getätigt werden.

Die stärksten Einschränkung sind bei der Einfuhr von Aus stungen eingeplant. Gegenüb 1982 sollen diese um rund 42 P zent geringer ausfallen. Damit d fen 1983 nur die besonders dr gend benötigten Maschinen u Anlagen für vorrangige Inve tionsvorhaben beziehungswe als Ersatz für verschlissene Aus stungen aus dem Ausland bezog werden.

Die 1982 erzielten Ergebni stellen nach Meinung von Be achtern die neuen Exportziele a stark in Frage. Im Warenaustau mit dem Ausland konnte zwar Passivsaldo von 4,7 Milliarden 3,09 Milliarden Dollar gesenkt den. Dies war jedoch vor allem die starke Importdrosselung minal um acht Prozent) zurüc führen.



VOGEL-VERLAG / Populäre Technik-Zeitschriften

In der Flaute Gas gegeben

JOACHIM WEBER, Würzburg

„An uns kann man sich nicht beteiligen", betont Kurt Eckernkamp, Geschäftsführer und Mitverleger der Verlagsgruppe Vogel, Würzburg. Den Stolz, als Familienunternehmen unabhängig zu bleiben, muß man sich freilich auch leisten können, besonders in einer Branche, in deren Anzeigengeschäft die Konjunkturflaute erhebliche Lücken hinterlassen hat.

Der Fachzeitschriften-Verlag hat dafür seine eigene Strategie entwickelt. „Wir müssen neue technische Entwicklungen beizeiten in neue Planungen und Projekte umsetzen", so die generelle Vorgabe. Rechtzeitig sah Eckernkamp, daß der Markt für Mikrocomputer in der privaten Anwendung sich auch in Deutschland zu einem tragfähigen Segment entwickeln würde. 1979, als der „personal computer" noch als Spielzeug für eine Handvoll „Freaks" galt, brachte er eine Zeitschrift „Chip" heraus, ein Magazin für die wachsende Schar der Mikroelektronik-Anhänger. Heute steht das Blatt mit seiner verkauften Auflage von mehr als 00 000 Exemplaren als „Paradepferd" des Verlags da.

Im Kielwasser von „Chip" sollen nun noch weitere Amateur-Magazine vom Stapel laufen. Seit Oktober ist die „Populäre Elektronik" auf dem Markt, etwas weniger fachtechnisch ausgerichtet als der Vorreiter. Und zur Hannover-Messe wird ein spezielles Blatt für die Anhänger der jüngst auf den deutschen Markt gekommenen „personal computer" von IBM herauskommen, ebenfalls in Erwartung einer steil wachsenden Interessen-Gemeinde. Schließlich wird auch dem Wissensgebiet der neuen Bürokommunikation, absehbare Pflichtübung für alle Management-Stufen, ab Hannover mit einem neuen Magazin Rechnung getragen.

Bedenkt man, daß allein „Chip" Vorlaufkosten von 2 Mill. DM hatte, ist die Zahl der neuen Projekte in der Krise schon beachtlich. Allerdings hat die hausgemachte Vogel-Strategie auch dafür gesorgt, daß die Flaute nicht voll durchschlug. Allein im vergangenen Jahr hat die Gruppe, bestehend aus dem Zeitschriften-Verlag, einem Druckhaus und einem Buchverlag, ihren Umsatz um 9 Prozent auf 104 Mill. DM gesteigert.

Mit 74 Mill. DM (plus 8 Prozent) stammten fast drei Viertel davon aus dem Zeitschriften-Verlag, 52 Mill. DM allein aus dem Anzeigengeschäft. Daß der Anzeigenmarkt enger geworden ist, bekam aber auch Vogel zu spüren: Hier erreichte das Wachstum nur noch 4 Prozent. Auch für diesen Trend hat man schon eine Strategie parat: „Wir müssen das frühere Standbein Anzeigen stärker durch Vertriebserlöse absichern" – sie nahmen 1982 um 21 Prozent auf 18 Mill. DM zu.

Getragen wird das Geschäft auch heute noch überwiegend von der angestammten Basis der „traditionellen" Fachzeitschriften wie „Maschinenmarkt" oder „Elektrotechnik", die insgesamt auf eine Verkaufsauflage von 174 000 Stück kommen. Und auch für die neuen Projekte, die durchweg auf dem „traditionellen Know-how" basieren, gilt die Maxime: „Wir wollen nicht alles machen. Wir konzentrieren uns auf Technik, Elektronik, Management und Wirtschaft – aus!" Und das auf einer sehr gesunden Basis: Die Eigenkapitalquote des Vogel-Verlags liegt bei gut 52 Prozent der (natürlich nicht bezifferten) Bilanzsumme.

PATRIZIER-BRÄU / Umsatz über Ausstoß

Dieses Jahr ohne Dividende

HANS BAUMANN, Essen

Ist es mehr als ein Lichtblick, daß die Patrizier-Bräu AG, Nürnberg, im Geschäftsjahr 1981/82 ihren Konzernumsatz und ihren Ausstoß erhöhen konnte? Auf Dividende müssen die Aktionäre allerdings nun schon im fünften Jahr verzichten (Mehrheit bei Schickedanz und eine Schachtel bei der Bayernhypo). Daß der Umsatzgedanke Priorität bekommen hat (und damit die Hoffnung auf angemessenen Ertrag), beweist die Tatsache, daß er um 7,7 Prozent auf 5,8 Mill. DM stieg, während der Ausstoß „nur" um 3,7 Prozent auf 54 Mill. Hektoliter Bier und alkoholfreie Getränke vorangekommen ist.

Mit diesem Umsatzplus, so die Verwaltung, habe sie ihre Marktführerschaft in Nordbayern „eindrucksvoll behauptet und ausgebaut". Ohne seine Beteiligungsgesellschaften hat das Unternehmen seinen Umsatz um 4,1 auf 141,5 Mill. DM erhöht. Die Leitmarke Patrizier liegt mit 620 000 Hektolitern bei knapp 60 Prozent des Ausstoßes. Nach Auskunft des Vorstandsmitglieds Ulrich Ost haben sich die Spezialitäten wieder gut entwickelt, vor allem Weizenbiere mit einem Plus von 15,6 Prozent. Einen Zuwachs von fast 26 Prozent erzielte die Tochter Südgetränke GmbH. Hier spielt die Übernahme der Coca-Cola-Konzession Herrieden eine bedeutende Rolle.

Beachtlich ist die Aufstockung der Sachinvestitionen um 2,8 auf 17,9 Mill. DM, die voll aus Abschreibungen finanziert wurden. Auch in diesem Jahr wurde aus Abgängen aus dem Anlagevermögen mitfinanziert (2,7 Mill. DM gegenüber 11,1 Mill. DM im Vorjahr). Die Kraftakte der Verwaltung in der Umstrukturierung und beim weiteren Einsatz hoher Mittel in den Markt (3,2 Mill. DM) dienen der Reduzierung des Wettbewerbsdrucks und der allmählichen Wiedergewinnung eines Status, der das Papier Patrizier-Bräu wieder zu einer handelbaren Aktie macht.

SALZGITTER / 1981/82 glimpflich davongekommen – Trostlos bei Stahl und Schiffbau

Es droht ein neuer Rekordverlust

D. SCHMIDT, Hannover

Die bundeseigene Salzgitter AG, die im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) relativ glimpflich über die Runden gekommen ist, stellt sich für das laufende Geschäftsjahr „auf eine wesentliche Verschlechterung der Konzernrechnung ein". Vorstandschef Ernst Pieper will nicht ausschließen, daß der Rekordverlust von 1980/81 (360 Mill. DM) noch übertroffen wird. Die bisherige Entwicklung in den beiden wichtigsten Konzernbereichen – Stahl und Schiffbau – sei vor allem deshalb als trostlos zu bezeichnen, weil auch nicht die leisesten Anzeichen für eine Besserung sichtbar seien.

Die deutsche Stahlindustrie erwarte im laufenden Jahr Verluste in Höhe von 2,5 bis 3 Mrd. DM. Die Konzerntochter Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S), die rund 10 Prozent der Stahlproduktion repräsentiert, werde mit dieser Quote auch an den Verlusten beteiligt sein. Die Stahlnachfrage sei auf ein seit Ende der 50er Jahre nicht gekanntes Niveau gesunken. Im ersten Quartal 1982/83 mußte P+S die Rohstahlproduktion gegenüber dem bereits unbefriedigenden Vorjahreswert u[m] weitere 30 Prozent drosseln. Di[es w]erde zugleich negative Ausw[irku]ngen auf den Bereich Hande[l un]d Verkehr haben.

Auch der [inte]rnationale Schiffbaumarkt la[sse k]eine Belebung erkennen. Fü[r di]e Howaldtswerke-Deutsche W[erft] AG gehe es im laufenden J[ahr d]arum, die Wettbewerbsfähigk[eit d]urch Rationalisierung und [Ka]pazitätsanpassung wieder her[zust]ellen. Das Sanierungskonzep[t, d]as vor allem den Betrieb in H[amb]urg betrifft, soll in den nächst[en] Wochen vorgelegt werden. Pie[per] rechnet bei HDW 1982/83 mit [deu]tlich höheren Verlusten als [i]m abgelaufenen Geschäftsja[hr].

Die erwar[tete]n Ergebnisverbesserungen i[n d]en anderen Bereichen des Ko[nze]rns, so Pieper, werden die hohe[n] Belastungen bei der Hütte und [bei] HDW auch nicht annähernd [au]sgleichen können. Immerhin en[tf]allen auf Stahl und Schiffbau n[oc]h 60 Prozent des Konzernums[at]zes.

Vor diesem Hintergrund kommt bei Salzgitter [a]uch bei der Beurteilung des Ge[sc]häftsjahres 1981/82 trotz der Erge[b]nisverbesserung gegenüber dem [V]orjahr kaum Freude auf. Bei ein[em] nahezu unveränderten Konzernumsatz von 11,7 (11,69) Mrd. DM weist die Konzernrechnung einen Bilanzgewinn von 20 Mill. DM aus. Wesentlichen Anteil daran hatte der Stahlbereich, der nach einem Verlust von 174 Mill. DM im Vorjahr einen Überschuß von 55 Mill. DM erwirtschaftete. Die Werft dagegen, die 1980/81 noch ausgeglichen abschloß, weist einen Fehlbetrag von 85 Mill. DM aus. Die ungünstige Entwicklung der Gießereien (47 Mill. DM Verlust) werde sich im laufenden Jahr nicht wiederholen.

Verbessert hat sich im Berichtsjahr die Finanz- und Liquiditätslage des Konzerns. Die Eigenmittel erhöhten sich um 234 Mill. DM auf 974 Mill. DM; das entspricht einem Anteil von 10,1 (7,9) Prozent an der Bilanzsumme. Zu dem Anstieg trug neben Sondererträgen – vor allem aus dem Verkauf der Ferngas GmbH – eine Kapitalzuführung des Bundes von 90 Mill. DM bei. Die Erträge aus Beteiligungen stehen mit 29,3 (23,8) Mill. DM zu Buche; hier dürfte der Hauptanteil von Fichtel & Sachs kommen. Der negative Zinssaldo verringerte sich im Berichtsjahr auf 176 (212) Mill. DM.

HOCHTIEF / Bauleistung erneut gesunken

Warten auf den Aufschwung

DW. Essen

Der Essener Baukonzern Hochtief AG erwartet für 1982, das „schwierigste Jahr für die Bauindustrie in der Nachkriegszeit", ein Gesamtergebnis, das eine zufriedenstellende Dividende und einen angemessenen Beitrag zur Stärkung der Unternehmenssubstanz zulasse. Für 1981 hatte Hochtief auf 120 Mill. DM Grundkapital eine unveränderte Dividende von 11 DM ausgeschüttet.

Hochtief erzielte 1982, wie es in einem Zwischenbericht heißt, eine Bauleistung von 4,65 (5,54 nach 6,1) Mrd. DM, was einem neuerlichen Minus von 16,1 (9,2) Prozent entspricht. Im Inland habe sich dabei ein Minus von 5 Prozent auf 2,56 Mrd. DM und im Ausland ein Rückgang um 27 Prozent auf 2,09 Mrd. DM ergeben. Der Auftragseingang blieb mit 4,7 Mrd. DM auf Vorjahreshöhe, wobei im Inland eine Zunahme auf 2,78 (2,13) Mrd. DM und im Ausland ein Rückgang auf 1,92 (2,63) Mrd. DM zu verzeichnen war. Auch der Auftragsbestand blieb mit 4,43 (4,38) Mrd. DM Ende 1982 gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Er habe im Inland mit 2,12 Mrd. DM um 11 Prozent höher und im Ausland mit 2,31 Mrd. DM um 7 Prozent niedriger gelegen. Die Investitionen des Baukonzerns hätten die des Vorjahres übertroffen; die Finanzlage sei während des ganzen Geschäftsjahres gut gewesen.

Für die ersten Monate 1983 erwartet Hochtief im Inland eine steigende Bauleistung. Es bleibe aber abzuwarten, ob die Stabilisierung der Auftragslage das ganze Jahr über anhalte. Während beim Wohnungsbau alle Anzeichen für eine weitere Belebung sprächen, stünden im öffentlichen Bau konjunkturpolitische und investitionsfördernde Absichten im Widerstreit mit knappen Etats, vor allem bei den Städten. Die für das Inlandsgeschäft ausschlaggebende Investitionsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft sei trotz günstiger Baupreise und niedrigerer Zinsen in der Tendenz augenblicklich nur schwer zu beurteilen.

Wegen der ungünstigen Weltwirtschaftslage seien neue Projekte im Ausland immer stärker umkämpft. Dies gelte auch für die wenigen Ölländer, die noch über ausreichende Mittel für große Bauvorhaben verfügten. Dennoch ist Hochtief zuversichtlich, im Ausland ein dem Gesamtgeschäft angemessenes Beschäftigungsniveau halten zu können.

Fertighäuser wieder stärker gefragt

WERNER NEITZEL, Fellbach

Eine deutliche Belebung in der Nachfrage nach ihren Fertighäusern registriert die Meisterstück-Gruppe, Dorsten, eine auf der Basis eines eingetragenen Vereins arbeitende Kooperation sechs mittelständischer Fertigbau-Unternehmen. Wie von einem Sprecher der Gruppe in Fellbach mitgeteilt wurde, habe sich die Beschäftigungslage so weit gebessert, daß teilweise sogar an eine Wiederaufstockung der in den Flautenjahren abgebauten Belegschaften gedacht werde. Bei der Verbesserung der Auftragslage sei jedoch ein deutliches Süd-Nord-Gefälle zu spüren.

Im Geschäftsjahr 1982 war die Zahl der von der Meisterstück-Gruppe verkauften Eigenheime um 41 Prozent auf 167 Einheiten zurückgegangen. Fertiggestellt und übergeben wurden 181 Eigenheime (minus 39 Prozent). Der Umsatz im Inland verringerte sich um 37 Prozent auf 40,1 Mill. DM. Generell sei ein Trend zum höherwertigen Haus mit kleinerer Fläche feststellbar.

Für das laufende Jahr geht man von einer deutlich zweistelligen Umsatzzunahme aus. Der Auftragsbestand bei den Mitgliedsfirmen, die insgesamt 385 Mitarbeiter zählen, wird mit 3,5 bis 6 Monaten Reichweite angegeben. Über die Frex Vertriebsgesellschaft für Fertigbauten mbH & Co., Oberkirch, ist die Gruppe auch im Export tätig. Hier wurden wie im Jahr davor etwa 15 Mill. DM zusätzlich umgesetzt, wobei man recht erfolgreich in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens war.

Das Modellprogramm der Gruppe reicht vom normalen Ein- oder Zweifamilienhaus bis hin zum repräsentativen Bungalow, vom Atelierhaus bis zum Landhaus. Dabei wird auch der Nachfrage nach Ausbauhäusern Rechnung getragen.

Die 1971 entstandene Kooperation, die ursprünglich acht, nach zwei „Ausfällen" jetzt sechs selbständig in ihrer Region arbeitende Firmen umfaßt, setzt nach wie vor den Akzent auf handwerkliche Qualitätsarbeit. Ziel sei ein Ausbau der Gruppe auf maximal 12 Mitgliedsfirmen.

Dörken: Erfolg mit neuen Produkten

Py. Düsseldorf

Die Ewald Dörken AG, Herdecke, eines der wenigen verbliebenen konzernunabhängigen Familienunternehmen im Bereich Industrie- und Bautenlacke, rechnet bei anziehender Baukonjunktur für 1983 mit einer deutlichen Belebung der Nachfrage. Eine weitere Hoffnung richtet das Unternehmen (350 Mitarbeiter) auf die europäischen Märkte, auf denen in den letzten Jahren die Anstrengungen im Absatz von Kunststoff-Produkten wesentlich verstärkt worden sind. Der Exportanteil am Umsatz erreichte im letzten Jahr 16,5 (15) Prozent.

Der Umsatz war trotz der zu zwei Dritteln vom Baubereich abhängigen Produkte mit einer Steigerung von 6 Prozent auf 115 Mill. DM der höchste in der 90jährigen Unternehmensgeschichte. Für die Ertragslage gelte der Superlativ allerdings nicht, gleichwohl sei man auch hier zufrieden.

ITT: Deutliche Belebung spürbar

nl. Stuttgart

Bei der International Telephone and Telegraph Corporation (ITT), New York, ist der Umsatz 1982 weltweit um 5,6 Prozent auf 21,9 Mrd. Dollar zurückgegangen. Begründet wird diese Entwicklung mit dem Wertzuwachs des US-Dollars und mit dem Verkauf einiger Unternehmenseinheiten.

Immerhin habe der Konzern, wie von der deutschen ITT-Tochter SEL mitgeteilt wird, eine leichte Zunahme des Nettogewinns um 3,8 Prozent auf 703 (677) Mill. Dollar verbucht. Der Gewinn pro Aktie belaufe sich auf 4,75 Dollar. Trotz weltweit schwacher Konjunkturlage habe der Auftragsbestand mit 5,7 Mrd. Dollar am Jahresende auf Vorjahresniveau gelegen. ITT-Präsident Rand V. Araskog hebt in seinem Aktionärsbrief hervor, die ihm vorliegenden Daten und Zahlen aus jüngster Zeit ließen eine deutliche Belebung erkennen.

BERLINER VOLKSBANK / Plus bei Festgeldern

„Ein guter Schritt voran"

tb. Berlin

Voll zufrieden ist die Berliner Volksbank (West) eG mit dem Geschäftsjahr 1982. „Wir sind einen guten Schritt vorangekommen", sagte Vorstandsvorsitzender Heinz-Dieter Prüske. Die nach der Bilanzsumme zweitgrößte deutsche Volksbank hat ihre Bilanzsumme um 10,1 Prozent auf 2,144 (1,947) Mrd. DM ausgeweitet. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 10,5 Prozent auf 2,313 (2,093) Mrd. DM.

Die Ausweitung wurde wieder von der Einlagenseite bestimmt. Die Entwicklung des Kreditgeschäfts blieb schwach, da vor allem eine Belebung der Nachfrage nach Betriebsmittelkrediten der gewerblichen Wirtschaft ausblieb. Rückgänge wurden erst zum Jahresende durch eine starke Zunahme der Baufinanzierungen ausgeglichen.

Die gesamten Kundeneinlagen stiegen um 11,8 Prozent auf 1,652 (1,478) Mrd. DM; vor allem durch das Plus von 146,3 Mill. bei den Festgeldern. Aber auch bei den Spareinlagen gab es einen Zuwachs um 21,2 Mill. DM. Das Kreditvolumen erhöhte sich auf 1,178 (1,169) Mrd. DM.

Zufrieden ist die Berliner Volksbank auch mit dem Ergebnis. Bei einer Zinsspanne von durchschnittlich 3,3 (3,1) Prozent lag der Bruttozinsertrag mit 71,1 Mill. DM um 18,8 Prozent über dem von 1981 (59,9 Mill. DM). Das Betriebsergebnis vor Wertberichtigungen, Abschreibungen und Steuern stieg um 28,5 Prozent auf 34,3 Mill. DM.

Es wird ein Gewinn von 8,75 (5,6) Mill. DM ausgewiesen. Davon werden 7 Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt. Die Anteilseigner erhalten wieder eine Bardividende von 5,76 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

M.A.N. liefert Lastwagen

München (dpa/VWD) – Einen 90-Mill.-DM-Auftrag zur Lieferung von 5 Lastkraftwagen hat das M.A.N.-Werk München von der Bundeswehr erhalten. Nach Angaben des Unternehmens bestellte das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung die Transportfahrzeuge für je sieben Tonnen Nutzlast zur Lieferung ab Mai 1983.

Rabobank: Gewinn sank

Frankfurt (cd.) – Die niederländische Rabobank berichtet über eine dreiprozentige Steigerung des Betriebsergebnisses auf 1,33 Mrd. hfl, von dem 580 (Vj. 473) Mill. hfl zur Risikovorsorge den „Rückstellungen für allgemeine Risiken" zugeführt werden. Nach Steuern verbleibt ein Nettogewinn von 489 (528) Mill. hfl bei einer praktisch unveränderten Bilanzsumme von 110 Mrd. hfl.

Sparprogramm greift

Düsseldorf (VWD) – Das Ende 1982 eingeleitete Sparprogramm der Henkel KGaA, Düsseldorf, mit dem Ziel, die 700 Mill. DM Personal- und 300 Mill. DM Sachkosten 1983 konstant zu halten, zeigt Wirkung. Aufgrund der bereits eingeleiteten Maßnahmen dürften 1983 rund 30 Mill. DM eingespart werden. Von den 450 Arbeitsplätzen, die abgebaut werden sollen, hat man bisher 280 durch Pensionierung, Versetzung oder natürliche Fluktuation eingespart. Die Vorratsbestände konnten um 114 Mill. DM gesenkt werden. Die eingesparten Mittel will Henkel für Investitionen in Entwicklung und Märkte verwenden.

Kawag zufrieden

Stuttgart (nl) – Mit einer „zufriedenstellenden" Ertragslage rechnet die RWE-Tochter Kraftwerk Altwürttemberg AG (Kawag), Ludwigsburg, im laufenden Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.). Die nutzbare Stromabgabe nahm in den ersten sechs Monaten leicht um 0,7 Prozent auf 545,7 Mill. kWh ab. Die Umsatzerlöse stiegen demgegenüber um 7,2 Prozent auf 103,9 Mill. DM an. Investiert wurden in diesem Zeitraum 11 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: Peter Schmitz, Königswinter; **Detmold:** Friedrich Klocke GmbH, Kalletal; Verlag f. Informatik u. Software VIS GmbH, Blomberg; **Helmstedt:** Nachl. d. Christa Bär; **Köln:** Nachl. d. Nikolaus Schmitz, Frechen; **Krefeld:** Helmuth Wallrath, Inh. e. Transportgeschäftes, Kempen; **Offenbach/Main:** Decker & Wilhelm Buch- u. Offsetdruckerei GmbH, Heusenstamm.

Anschlußkonkurs eröffnet: Frankfurt/Main: Schuhstürmer GmbH; **Ottweiler:** Regiebau GmbH; **Stuttgart:** Weber KG GmbH & Co.

Vergleich beantragt: Euskirchen: Georg Michael Böcker, Zülpich-Füssenich; **Wiesbaden:** Mitra Mineralöltransporte GmbH & Co. Spezialtransporte KG.

EMBDEN, DRISHAUS & EPPING / Spezialist für Lateinamerika

75 Jahre erste Adresse für Kaffee

J. BRECH, Hamburg

Das Hamburger Kaffee-Handelshaus Embden, Drishaus & Epping besteht in diesen Tagen 175 Jahre. Es ist das älteste Haus dieser Art am traditionsreichen Kaffeehandelsplatz Hamburg. Der Firmensitz liegt standesgemäß in der Speicherstadt im Freihafen, dem Kaffeezentrum der Hansestadt. Die Straße Pickhuben gilt in der internationalen Kaffeewelt als erste Adresse.

Die Gründerfamilien, die dem Unternehmen den Namen gegeben haben, sind seit 1970 mit keinem Mitglied mehr vertreten. In dem in der Rechtsform einer KG geführten Haus ist Claus F. P. Commentz persönlich haftender Gesellschafter, sein Sohn Claus Dietrich Kommanditist. Embden, Drishaus & Epping fungiert dabei als Obergesellschaft für zwei Tochterunternehmen, die das Warengeschäft zum Teil direkt, zum Teil als Agentur betreiben.

Die frühe Spezialisierung auf Provenienzen aus den Kaffeehochländern Mittel- und Südamerikas erleichterten der Firma nach dem Krieg den Wiederaufbau. Mit einem Handelsvolumen von jährlich 0,5 bis 0,6 Mill. Sack Kaffee à 60 Kilo ist Embden, Drishaus & Epping an der deutschen Marktversorgung etwa zu 8 Prozent beteiligt. Zu den Kunden, so betont Claus Commentz, gehörten alle namhaften Röster in der Bundesrepublik. Das gehandelte Volumen repräsentiert einen Jahresumsatz von 200 bis 220 Mill. DM.

Das Schwergewicht des Geschäfts liegt heute im Handel mit brasilianischen Kaffees, die bei Embden, Drishaus & Epping rund 80 Prozent des gesamten Volumens ausmachen. Von den gut eine Mill. Sack, die Brasilien in den deutschen Markt liefert, gehen 40 Prozent durch die Bücher des Unternehmens.

Die Wandlung von einer reinen Maklerfirma zum Handelshaus mit eigenen Direktverbindungen in den kaffeeproduzierenden Ländern vollzog sich Ende der fünfziger Jahre. Damals löste Embden, Drishaus & Epping, das nach Kriegsende zunächst als Hausmakler für die großen hanseatischen Handelshäuser und ihre Kaffeeabteilungen auftrat, die Makler- und Agenturtätigkeit zum Teil durch Geschäfte auf eigenes Risiko ab. Im Zuge dieser Umstellung wurde 1964 gemeinsam mit dem Bank- und Handelshaus Münchmeyer & Co. die Handelsgesellschaft Unicafe Import-Agentur gegründet, die heute im Brasiliengeschäft als Alleinvertreter großer Ablader eine überragende Stellung einnimmt. Die Beteiligung von Münchmeyer endete 1976.

Mit einem anderen ganz Großen der Kaffeebranche, der Firma Bernhard Rothfos, wurde 1965 die zweite Tochterfirma Soconoki in Zaire gegründet. Sie nimmt die Interessen des Unternehmens an der Kaffeeproduktion im afrikanischen Raum wahr. Die Rothfos-Beteiligung besteht ebenfalls nicht mehr. An der Soconoki, die im Land eine Kaffeeaufbereitungsanlage betreibt, ist neben Embden, Drishaus & Epping ein Privatmann mit 10 Prozent beteiligt.

Warenpreise – Termine

Gold und Silber büßten am Freitag an der New Yorker Comex die am Vortag erzielten Gewinne wieder ein und schlossen auf breiter Front schwächer. Auch Kupfer konnte sich der Abwärtsbewegung nicht entziehen und gab in sämtlichen Positionen nach. Kaffee schloß uneinheitlich. Bei Kakao war die Schlußtendenz schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

	11. 3.	10. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	316,25	317,25
Mai	325,75	329,50
Juli	336,75	340,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	235,61	237,46
Amber Durum	215,76	216,56
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	115,90	117,00
Mai	119,60	119,70
Juli	122,70	122,40
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	101,10	102,00
Mai	98,70	99,00
Juli	97,70	67,60
Hafer Chicago (c/bush)	11. 3.	10. 3.
März	150,25	150,50
Mai	156,25	157,25
Juli	162,50	164,25
Mais Chicago (c/bush)		
März	274,00	275,25
Mai	283,00	284,00
Juli	288,50	289,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 3.	10. 3.
März	99,50	101,90
Mai	100,00	102,90
Juli	101,00	102,80
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	11. 3.	10. 3.
März	unerhältl.	9,67
Mai	unerhältl.	10,07
Juli	unerhältl.	10,07
Sept.	unerhältl.	9,95
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	unerhältl.	17,95
Mai	unerhältl.	18,32
Sept.	unerhältl.	18,30

Genußmittel

	11. 3.	10. 3.
Kaffee		
New York (c/lb) Terminkontr. März	123,80	124,24
Mai	123,50	123,10
Juli	122,20	121,60
Kakao		
New York ($/t) Terminkontr. März	unerhältl.	1725
Mai	unerhältl.	1785
Juli	unerhältl.	1820
Umsatz	–	4030
Zucker		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11 Mai	6,65	6,53
Juli	6,87	6,77
Sept.	7,18	7,09
Okt.	7,40	7,30
Jan.	8,05	7,85
Umsatz	5310	4104
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,15	6,06
Kaffee	11. 3.	10. 3.
London (£/t) Robusta-Kontr. März	1708–1710	1702–1707
Mai	1738–1739	1721–1722
Juli	1621–1622	1610–1612
Umsatz	3339	4894
Kakao		
London (£/t) Terminkontrakt April	1299–1301	1319–1320
Mai	1317–1318	1334–1335
Juli	1330–1332	1347–1348
Umsatz	3239	3893
Zucker		
London (£/t) Rohzucker Mai	113,90–114,00	113,35–113,45
Aug.	120,90–121,00	120,25–120,35
Okt.	126,80–126,95	126,25–126,50
Dez.	132,50–132,60	131,75–132,25
März	141,00–142,00	140,80–141,25
Mai	144,00–147,00	144,00–145,00
Umsatz	815	1381

	11. 3.	10. 3.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	[illegible]	[illegible]
weißer Sarawak	[illegible]	[illegible]
weißer Muntok	[illegible]	[illegible]
Orangensaft		
New York (c/lb)	11. 3.	10. 3.
März	unerhältl.	[illegible]
Mai	unerhältl.	[illegible]
Juli	unerhältl.	[illegible]
Sept.	unerhältl.	[illegible]
Nov.	unerhältl.	[illegible]
Umsatz	–	[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

	11. 3.	10. 3.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	24,75	[illegible]
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	22,25	22,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	16,76	[illegible]
Mai	17,03	[illegible]
Juli	17,42	17,42
Aug.	17,57	17,52
Sept.	17,70	17,63
Okt.	17,95	17,80
Dez.	18,12	18,15
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	17,50	17,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4% fr. F.	14,375	14,875
Talg		
New York (c/lb) top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	13,50	12,75
Schweine		
Chicago (c/lb) April	50,75	51,50
Juni	53,40	54,60
Juli	54,25	54,80
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) März	73,00	73,47
Mai	73,75	75,40
Juli	73,55	75,10

[illegible]

Textilien, Fasern, Kautschuk

	11. 3.	10. 3.
[illegible]	[illegible]	56,79
[illegible]	11. 3.	10. 3.
[illegible]	[illegible]	325–330
[illegible]	[illegible]	395–400
[illegible]	[illegible]	477–479
[illegible]	[illegible]	54
[illegible]	11. 3.	10. 3.
[illegible]	[illegible]	43,60
[illegible]	[illegible]	44,35
[illegible]	[illegible]	44,55
[illegible]	[illegible]	45,30
[illegible]	[illegible]	5000
[illegible]	11. 3.	10. 3.
[illegible]	[illegible]	548,0–553,0
[illegible]	[illegible]	568,0–570,0
[illegible]	[illegible]	582,0–584,0
[illegible]	[illegible]	348
[illegible]	11. 3.	10. 3.
[illegible]	[illegible]	670,00
[illegible]	[illegible]	640,00
[illegible]	–	–
[illegible]	–	–
[illegible]	11. 3.	10. 3.
[illegible]	[illegible]	14 165
[illegible]	[illegible]	14 296
Kautschuk	11. 3.	10. 3.
[illegible]	77,50–[illegible]	78,00–80,00
[illegible]	[illegible]	76,30–77,00
[illegible]	76,00–76,70	76,60–77,10
Sept.	79,80–79,00	–
Tendenz schwächer		

	11. 3.	10. 3.
Kautschuk		
[illegible]	241,00–242,00	241,50–242,50
[illegible]	[illegible]	253,50–254,50
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Nr. 2 RSS April	238,00–239,00	241,00–242,00
Nr. 3 RSS April	236,00–237,00	239,00–240,00
Nr. 4 RSS April	229,25–229,25	231,50–232,50
Tendenz schwächer		
Jute London (£/lgt)	11. 3.	10. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	14. 3.	11. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,36–108,54	106,83–106,92
drittfolg. Monat	112,51–112,69	110,97–111,15
Zink: Basis London		
laufend. Monat	164,53–164,71	162,36–162,54
drittfolg. Monat	170,31–170,49	167,94–168,12
Produz.-Preis	179,74	179,58
Reinzinn 99,9%	3449–3493	3466–3501

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 3.	11. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	384,57–386,84	381,24–383,40
Blei in Kabeln	116,00–117,00	114,50–115,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorzeichdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	14. 3.	11. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	325–329	323–327
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	365–367	361–364
MS 63	365–369	353–365

Zinn-Preis Penang

	11. 3.	10. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	30,27	29,92

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	14. 3.	11. 3.
Leg 225	297–298	297–298
Leg 226	300	300
Leg 231	338–343	338–343
Leg 233	353–361	353–361

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	14. 3.	11. 3.
Platin (DM je g)	34,30	33,50 B
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr	33 700	33 100
Rücknahmepr.	32 900	32 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr	33 850	33 000
Rücknahmepr.	32 640	32 010
verarbeitet	35 310	34 630
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 350	32 755
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr	855,80	848,30
Rücknahmepr.	825,80	819,80
Verarbeitet	893,70	887,00

Internationale Edelmetalle

	14. 3.	11. 3.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	431,75	424,00
15.00	428,50	420,50
Zürich mittags	430,50–431,50	422,00–423,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 900	97 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kassa	728,15	723,00
3 Monate	744,95	741,50
6 Monate	763,25	760,40
12 Monate	798,30	795,50
Platin (£-Feinunze)	11. 3.	10. 3.
London fr. Markt	273,65	279,25
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	30,07	87,65

New Yorker Preise	11. 3.	10. 3.
Gold H & H Ankauf	420,50	434,75
Silber H & H Ankauf	1073,00	1117,00
Platin fr. Händlerpr.	408,00–411,00	408,00–411,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	97,50–99,50	101,00–103,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
März	1085,00	1119,00
April	1095,00	1117,00
Mai	1102,00	1129,00
Juli	1124,00	1146,00
Sept.	1138,00	1160,00
Dez.	1120,00	1185,50
Jan.	1174,50	1196,20
Umsatz	–	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 3.	10. 3.
März	72,65	73,50
April	72,80	73,75
Mai	73,85	74,80
Juli	75,10	76,10
Sept.	76,40	77,30
Dez.	80,00	79,00
Jan.	78,45	79,40
Umsatz	12 000	12 000

Londoner Metallbörse

	14. 3.	11. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	865,50–866,50	869,00–870,00
3 Monate	885,00–885,50	886,00–886,50
Blei (£/t) Kasse	300,00–300,50	298,00–298,50
3 Monate	311,50–312,00	309,00–309,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1052,5–1053,0	1046,0–1047,0
3 Monate	1085,0–1085,5	1077,0–1077,5
abends Kasse	–	1050,0–1051,5
3 Monate	–	1082,0–1082,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1034,0–1035,0	1032,0–1034,0
3 Monate	1064,0–1065,0	1061,0–1062,0
Zink (£/t) Kasse	455,50–456,00	450,00–451,00
3 Monate	471,50–472,00	465,50–466,00
Zinn (£/t) Kasse	8955–8960	8845–8850
3 Monate	8985–8990	8870–8875
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]

In tiefer Trauer zeigen wir an, daß unser hochverehrter Mitinhaber und Chef, Herr

Kaufmann

Onno Klopp

am Sonnabend, dem 12. März 1983, im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Lauterkeit der Gesinnung, Gerechtigkeit und menschliche Güte verband sich bei ihm mit einem hervorragenden Fachwissen.

Bewegten Herzens und in Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem vorbildlichen Menschen, dessen Wirken für unsere Firma und ihre Mitarbeiter stets lebendig bleiben wird. Sein Tod hinterläßt bei uns eine große Lücke.

Inhaber und Mitarbeiter der Firma
J. BÜNTING GMBH & COMP.

An Stelle evtl. zugedachter Blumengaben wäre eine Spende zu Gunsten der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Sonderkonto bei der Deutschen Bank, Leer, BLZ 285 700 92, im Sinne des Entschlafenen.

Wir trauern um unseren Vorsitzenden

Ernst Senckenberg

* 3. Februar 1919 † 10. März 1983

Seit 1976 hat er die Dachorganisation der deutschen Tierzucht geführt und maßgeblich zu deren Zusammenhalt und internationaler Geltung beigetragen.

In tiefer Trauer und Dankbarkeit im Namen der organisierten deutschen Tierzucht

Paul Diers
Stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft deutscher Tierzüchter e. V.

Beerdigung am Dienstag, dem 15. März 1983, 11 Uhr auf dem neuen Friedhof in Glonn.

Evtl. Geldspenden sind erbeten an das Bayerische Rote Kreuz, Ebersberg, Konto-Nr. 10 785 bei der Kreissparkasse Ebersberg.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief am 12. März 1983 mein lieber, treusorgender Mann, unser guter Vater, Opi, Bruder, Schwager und Onkel

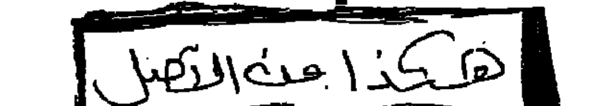
Gustav Krämer

im 71. Lebensjahr.

In stiller Trauer
Margot Krämer geb. Filla
Horst Krämer und Frau Heimke mit Carolin
Inge Thomsen geb. Krämer
Olga Birkner geb. Krämer
und alle Angehörigen

Islandstraße 32
Hamburg 73

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 18. März 1983, um 13 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Rentenmarkt lustlos

Am Rentenmarkt blieb das Geschäft auch am Wochenbeginn schleppend, obwohl allgemein am kommenden Donnerstag mit einer Diskontsenkung gerechnet wird. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen im wesentlichen nur bei den DM-Auslandsanleihen vor, deren Kurse bis zu einem Viertelpunkt angehoben wurden. Bei den öffentlichen Anleihen stockt gegenwärtig die Anlageneigung. Sie sind zugunsten der Aktien in den Hintergrund getreten. Eine einheitliche Tendenz setzte sich bei ihnen nicht durch. Nachfrage gab es für Titel mit kürzeren Laufzeiten.

Sonderinstitute

	14. 3.	11. 3.
5 DSLB Pf 35	87bG	87bG
6 dgl. Pf 37	83,5	83,5
7 dgl. Pf 45	95	95
8 dgl. Pf 118	97,5	97,5
5 dgl. KO 36	98bG	98
5½ dgl. KO 45	97,5	97,5
7 dgl. KO 58	104,5	104,5
6½ dgl. KO 67	97,25	97,25bG

	14. 3.	11. 3.
7½ D. GiroKO 101	102,25G	102,25G
10 dgl. KO 125	104,35G	104,35G
9 dgl. KO 179	107,5G	107,5G
9¾ dgl. KO 180	109,8	109,8
9½ dgl. KO 181	110,25G	110,25G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,15G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	85G	85G
7 dgl. Pf 123	98,95G	98,95G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G

Bankschuldverschreib.

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

	14. 3.	11. 3.
8½ BASF 74 m O	127,5	127,5
8½ BASF 74 oO	101	101,5
3½ Stumpf 88 mO	96	96
3½ Stumpf oO	75	75

Währungsanleihen

	14. 3.	11. 3.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¾ Kopenhagen 72	92,5G	92,5G
7,875 Norwegen 78	98,5G	97,75G
9½ dgl. 79	100	100G
7¼ Sira-Kvina 68	–	–

Optionsanleihen

	14. 3.	11. 3.
3½ Combk. Int. 78 mO DM	108,25	108,25
3½ dgl. 78 oO DM	90,25bB	90,25
4½ C F Dt. Bk. 77 mO $	119	118,1T
4½ dgl. 77 oO $	82bB	82,bB
6½ Wells F. 73 mO DM	109G	109G
6½ dgl. 73 oO DM	95,5G	95,5

Optionsscheine

	14. 3.	11. 3.
8½ BASF 74	138,3	138

Wandelanleihen

	14. 3.	11. 3.
5 Bayer 69	101,4	101,6
8 Bay Wa 75	100,5	100
8 Beiersdorf 82	145,5	147bG
4½ Commerzbk. 78	99bG	99bG
9 Girmes 74	305	300bG

Anmerkungen:

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Nur noch wenige Aktien fester

Das Kaufinteresse konzentrierte sich auf Banken und RWE

DW. – Auf dem Aktienmarkt konzentrierte sich die Aufwärtsbewegung nur noch auf wenige Papiere. Die Mehrzahl der Standardwerte konnte ihre Wochenschlußkurse nur knapp behaupten. Es fehlten am Wochenbeginn vor allem die großen Kaufaufträge aus dem Ausland, die noch in der Vorwoche wesentlich zur Fortsetzung der Hausse beigetragen hatten. Das inländische Publikum, aber auch einige Kapitalsammelstellen konzentrierten ihre Käufe auf die Aktien der drei Großbanken, deren Kurse im Verlaufe aber auch nur noch um zwei bis 2,50 DM angehoben wurden.

Der Start des RWE-Bezugsrechthandels stand unter einem guten Stern. Der Bezugsrechtskurs der Stämme stellte sich auf 22 DM, der Vorzüge auf 20,90 DM. Bei Aktienkursen von 186,50 DM bzw. 181 DM bedeutete, daß am 1. Notierungstag bereits ein beträchtlicher Teil des Abschlages wieder aufgeholt worden ist. Freundlicher tendierten auch die beiden norddeutschen Versorgungswerte HEW (plus drei DM) und NWK-Vorzüge (plus 2,50 DM), da mit dem CDU-Sieg in Schleswig-Holstein der ungehinderte Weiterbau des Kernkraftwerks Brokdorf gesichert ist. Die Titel der Großchemie bröckelten leicht ab, zu einer Sonderbewegung im Chemiebereich kam es bei Rütgers, die um 14 DM anzogen.

Gut behauptet waren wieder Siemens, aber auch Mannesmann.

Düsseldorf: Stinnes erhöhten um 15 DM auf 520 DM und Kromschröder um 8 DM auf 199 DM. Rhenag und Stahl Bochum verbesserten sich um je 7 DM. Deutsche Atlanten gaben um 10 DM und Kochs Adler um 7 DM nach.

Frankfurt: Die Aktienbörse war am Wochenbeginn etwas schwächer, die meisten Standardwerte gaben bis zu zwei DM nach, eine Ausnahme machten Großbanken, die sich im gleichen Ausmaß verbessern konnten. Pfälzische Hypothekenbank blieben 560 DM minus 11 DM, Binding Vorzüge 225 DM minus 8 DM, Braun Vorzüge 380 DM minus 10 DM, Rütgers 342 DM minus 13 DM und Mainzer Aktienbier 190 DM plus 7 DM.

Hamburg: Am Lokalmarkt tendierten Hapag um 3 DM mit 44 DM fester. Von den Brauereien wurden für Elbschloß 380 DM, für Holsten 257 DM bezahlt. Die Hypothekenbank Hamburg stieg auf 475 DM und die Vereins- und Westbank auf 296 DM. Maihak verbesserten sich um 4 DM auf 170 DM.

München: Bay. Lloyd verloren 1 DM auf 215 DM. Deckel AG gaben um 3,50 DM auf 105 DM nach und Dywidag verminderten um 2 DM auf 291 DM. Flachglas erhöhten um 5,20 DM auf 290,50 DM und Heilit +Wörner um 7,50 DM auf 259,50 DM. NAK Stoffe stockten um 6 DM auf 82 DM auf.

Berlin: Vereinigte Aachen Berliner Versicherung Inhaber wurden um 10 DM höher taxiert. Engelhardt zogen um 7 DM an. Dt. Eisenhandel und Siemens verbesserten sich um je 2 DM.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

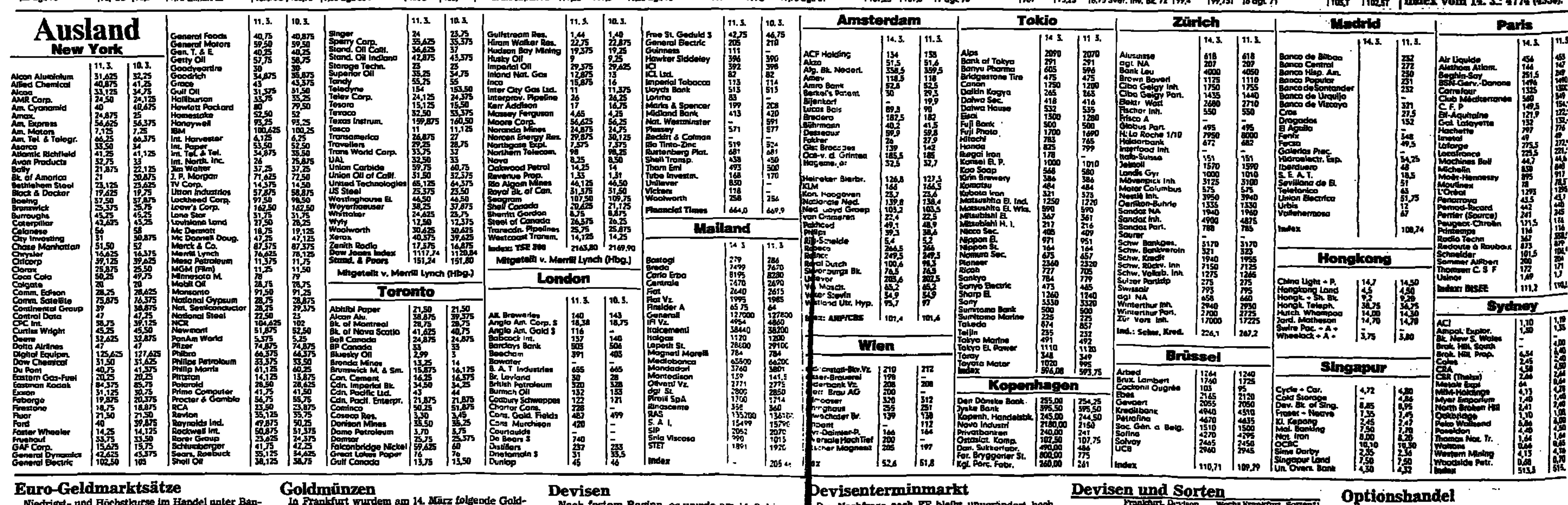
Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Junge Aktien

DM-Anleihen



Ausland

New York · Toronto · Amsterdam · Mailand · London · Wien · Tokio · Kopenhagen · Zürich · Brüssel · Madrid · Paris · Hongkong · Sydney · Singapur

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 –9⅛	5–5⅛	3½–3⅞
3 Monate	9¼–9½	5–5¼	3½–3⅞
6 Monate	9⅜–9⅝	5–5⅛	3½–3⅞
12 Monate	9½–9¾	5⅛–5⅜	3⅞–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14. 3.: Tagesgeld 5,70–5,80 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,40–5,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14. 3.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 14. 3.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 14. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 14. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1290,00	1570,70
10 US-Dollar (Indian)**)	928,00	1184,24
5 US-Dollar (Liberty)	393,00	540,14
1 £ Sovereign alt	238,00	291,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	240,00	289,28
20 belgische Franken	180,00	237,30
10 Rubel Tscherwonez	250,00	310,75
2 südafrikanische Rand	234,00	287,02
Krüger Rand, neu	1045,00	1226,05
Maple Leaf	1045,00	1226,05
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	239,00	303,97
20 schweiz. Franken „Vreneli"	224,00	281,37
20 franz. Franken „Napoléon"	220,00	276,85
100 österr. Kronen (Neuprägung)	962,00	1154,86
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	242,95
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	132,21
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	545,79
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	141,25

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Nach festem Beginn, es wurde am 14. 3. bis zu 2,4070 bezahlt, kam der US-Dollar im Tagesverlauf nach der technischen Reaktion durch das Lösen des Belgischen Franc und des Französischen Franc vom unteren Interventionspunkt unter Druck und gab bis 2,3870 nach. Die amtliche Notierung wurde mit 2,3825 ohne Beteiligung der Notenbank festgestellt. Der Belgische Franc gewann 8,5 Pfennige auf 5,159, nachdem den Belgischen Banken von der dortigen Notenbank der Aufbau von Devisenpositionen untersagt wurde. Der Französische Franc lag mit 34,80 ebenfalls freundlich. Hier sorgten die horrenten Kurssicherungskosten im kurzen Bereich für den besseren Kurs. Etwas erholen konnte sich auch das Britische Pfund mit 3,605, nachdem die OPEC ihre Konkurrenz aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem Kompromiß in der Frage der Fördermenge beenden wird. US-Dollar in: Amsterdam 2,6535, Brüssel 46,3725, Paris 6,8760, Mailand 1424,05, Wien 16,8200, Zürich 2,0666. Pfund Dollar 1,5068.

Devisenterminmarkt

Die Nachfrage nach FF bleibt unverändert hoch und führte zu einer nochmaligen Erhöhung.

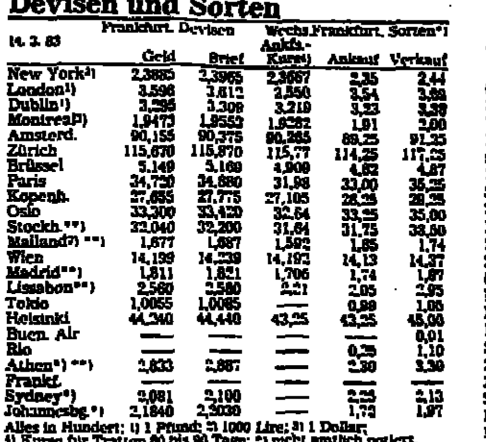
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,61/2,51	5,32/5,12
Pfund/Dollar	0,27/0,22	0,64/0,59	0,84/0,79
Pfund/DM	2,70/1,30	6,30/4,90	11,00/9,60
FF DM	244/228	289/273	356/340

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,15, 2 Jahre 5,82

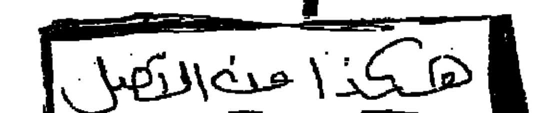
Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,30, Rendite 6,94.

Devisen und Sorten



Optionshandel

Frankfurt: 14. 3.: 953 Optionen, 47 000 (41 700) Ak[…] Kaufoptionen: AEG 6-10, 3-8, 2-6,50, BASF 6-9, […] 6-28,60, BBC 2-9, Conti 6-7,90, 2-3,70, Daimler 6-[…] 3-23,20, Deutsche Babcock 6-16,80, 3-14, 2-11,40, GHH […] Hoechst 6-8, Hoesch 6-7, 3-5,90, 2-4,30, Karstadt 3-[…] Kloeckner 6-6, 3-5, 2-4, Lufthansa 6-10,60, 2-6,80, Luft[…]sa Vz. 6-11, Mannesmann 6-10,80, 3-9, 2-5, Mercedes 6-[…] RWE 3-12, RWE Vz. 6-18, Schering 2-15, Siemens 6-[…] 3-16,50, 2-13, Thyssen 6-8,40, 3-5,80, 2-4,40, Veba 6-[…] 3-7,80, 3-5,20, VEW 3-8,70, VW 6-18, 2-9, Bay. Hypo […] Bay. Vereinsbank 6-25,10, Commerzbank 6-13,40, 3-[…] 2-7,30, Deutsche Bank 6-22, Dresdner Bank 6-15,60, 3-[…] 2-7,40, Xerox 6-13, Philips 2-3,20, 2-2,60, Norsk H[…] 6-11,80, 3-8,60. Verkaufsoptionen: AEG 2-5,40, 3-[…] BASF 6-6,30, BMW 2-12, 6-19, BBC 2-6,70, 3-12, […] Daimler 2-14, 6-22, Deutsche Babcock 2-9, 3-11,40, 6-[…] Deutsche Babcock Vz. 3-9,20, 6-12,50, Hoesch 2-2,30, K[…] Salz 6-12, Karstadt 2-12, Kloeckner 2-4, 6-5,90, Lufth[…] 2-5,40, 6-7,60, Lufthansa Vz. 2-4,90, 6-7,00, Mannesm[…] 2-4,50, 3-5, M.A.N. 2-6, 3-7, Preussag 6-10, Schering […] Siemens 2-9, 3-9,60, 6-14, Thyssen 6-4, VW 2-6, 3-7, […] Bay. Vereinsbank 6-10, Commerzbank 2-5, 3-6,70, […] Deutsche Bank 6-9,40, Dresdner Bank 2-7,40, 6-10, […] 6-14,70, Philips 6-3, Elf Aquitaine 2-3, Norsk Hydro 3-[…]



FINANZANZEIGEN



Deutsche Babcock Aktiengesellschaft
Oberhausen

Hiermit laden wir unsere Vorzugsaktionäre zu der am Donnerstag, dem 28. April 1983, 10.00 Uhr, in der Luise-Albertz-Halle (Stadthalle), Oberhausen, stattfindenden gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre ein.

Einziger Punkt der Tagesordnung und Vorschlag zur Beschlußfassung ist:

Zustimmung zur Beschlußfassung über die Schaffung eines genehmigten Kapitals.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den § 4, Abs. (4) der Satzung wie folgt zu ändern und neu zu fassen:

„(4) Der Vorstand ist bis zum 1. April 1988 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu DM 100 000 000 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien oder stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, den Stammaktionären neue Stammaktien sowie den Vorzugsaktionären neue Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zum Bezug anzubieten und insofern das Bezugsrecht der Inhaber von Aktien einer Gattung auf Aktien der anderen Gattung auszuschließen.

Die Vorzugsaktien sind gemäß Abs. (3) auszustatten.

Die Ermächtigung umfaßt auch die Befugnis, bei mehrmaliger Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien weitere Vorzugsaktien auszugeben, die den früher ausgegebenen Vorzugsaktien bei der Verteilung des Gewinns gleichstehen."

Mit Rücksicht auf die bestehenden Beteiligungsverhältnisse und um schwer praktikable Bezugsverhältnisse zu vermeiden, soll die Möglichkeit offen gehalten werden, entsprechend der Handhabung bei früheren Kapitalerhöhungen das Bezugsrecht der Stammaktionäre auf Vorzugsaktien und das der Vorzugsaktionäre auf Stammaktien auszuschließen.

Zur Teilnahme an der gesonderten Versammlung und Ausübung des Stimmrechtes sind diejenigen Vorzugsaktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 18. April 1983 bei der Gesellschaft, einem deutschen Notar, einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der folgenden Banken hinterlegen:

- Deutsche Bank Aktiengesellschaft
- Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
- Berliner Handels- und Frankfurter Bank
- Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
- Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
- Commerzbank Aktiengesellschaft
- Dresdner Bank Aktiengesellschaft
- Westfalenbank Aktiengesellschaft
- Trinkaus & Burkhardt

in Berlin, Bochum, Düsseldorf, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Oberhausen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank sind die von diesen ausgestellten Hinterlegungsbescheinigungen spätestens bis zum 19. April 1983 bei der Gesellschaft einzureichen.

Dem Erfordernis der Hinterlegung ist auch genügt, wenn die Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle vom letzten Hinterlegungstag bis zur Beendigung der gesonderten Versammlung bei einem Kreditinstitut gesperrt gehalten werden.

Die aufgrund der Hinterlegung ausgestellten Stimmkarten dienen den Vorzugsaktionären als Ausweis für die Ausübung des Stimmrechts.

Oberhausen, im Februar 1983

DER AUFSICHTSRAT — DER VORSTAND

BABCOCK

Deutsche Babcock Aktiengesellschaft
Oberhausen

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am Donnerstag, dem 28. April 1983, 11.00 Uhr, in der Luise-Albertz-Halle (Stadthalle), Oberhausen, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung
und Vorschläge zur Beschlußfassung

Vorlage des vom Vorstand und Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschlusses zum 30. September 1982, des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1981/82 mit dem Bericht des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1981/82.

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1981/82.
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1981/82.
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

Beschlußfassung über die Schaffung eines genehmigten Kapitals.
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den § 4, Abs. (4) der Satzung wie folgt zu ändern und neu zu fassen:

„(4) Der Vorstand ist bis zum 1. April 1988 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu DM 100 000 000 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien oder stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, den Stammaktionären neue Stammaktien sowie den Vorzugsaktionären neue Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zum Bezug anzubieten und insofern das Bezugsrecht der Inhaber von Aktien einer Gattung auf Aktien der anderen Gattung auszuschließen.

Die Vorzugsaktien sind gemäß Abs. (3) auszustatten.

Die Ermächtigung umfaßt auch die Befugnis, bei mehrmaliger Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien weitere Vorzugsaktien auszugeben, die den früher ausgegebenen Vorzugsaktien bei der Verteilung des Gewinns gleichstehen".

Mit Rücksicht auf die bestehenden Beteiligungsverhältnisse und um schwer praktikable Bezugsverhältnisse zu vermeiden, soll die Möglichkeit offen gehalten werden, entsprechend der Handhabung bei früheren Kapitalerhöhungen das Bezugsrecht der Stammaktionäre auf Vorzugsaktien und das der Vorzugsaktionäre auf Stammaktien auszuschließen.

Neuwahl des Aufsichtsrats.

Mit dem Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 28. April 1983 endet die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats.

Nach § 96 AktG und § 7 Abs. 1 Ziff. 3 MitbestG setzt sich der Aufsichtsrat aus 20 Mitgliedern zusammen, von denen 10 Mitglieder von der Hauptversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat schlägt folgende Herren zur Wahl vor:

Dr.-Ing. Dr. rer. pol. Dr.-Ing. E. h. Karlheinz Bund
Vorsitzender des Vorstands der
Ruhrkohle Aktiengesellschaft, Essen

Dr. jur. Hans Georg Gottheiner
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt (Main) und Berlin

Christian-Peter Henle
Persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der
Klöckner & Co., Duisburg

Dipl.-Ing. Erhard Keltsch
Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der
Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover

Dr.-Ing. Jochen F. Kirchhoff
Geschäftsführender Gesellschafter der
Stephan Witte GmbH & Co. KG, Iserlohn

Dr. Mohsen Noorbakhsh
Governor Central Bank of Iran, Teheran

Dr. rer. pol. Egon Overbeck
Vorsitzender des Vorstands der
Mannesmann Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Prof. Dr. rer. nat. Dr.-Ing. E. h. Rolf Sammet
Vorsitzender des Vorstands der
Hoechst Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main)

Toni Schmücker
Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der
Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Wolfsburg

Dipl.-Ing. Franz-Joseph Spalthoff
Mitglied des Vorstands der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft, Essen

Die Hauptversammlung ist an diese Wahlvorschläge nicht gebunden.

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1982/83.
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Dr. Vonderreck und Schulte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Oberhausen, zum Abschlußprüfer zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Stamm- und Vorzugsaktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 18. April 1983 bei der Gesellschaft, einem deutschen Notar, einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der folgenden Banken hinterlegen:

- Deutsche Bank Aktiengesellschaft
- Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
- Berliner Handels- und Frankfurter Bank
- Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
- Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
- Commerzbank Aktiengesellschaft
- Dresdner Bank Aktiengesellschaft
- Westfalenbank Aktiengesellschaft
- Trinkaus & Burkhardt

in Berlin, Bochum, Düsseldorf, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Oberhausen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank sind die von diesen ausgestellten Hinterlegungsbescheinigungen spätestens bis zum 19. April 1983 bei der Gesellschaft einzureichen.

Dem Erfordernis der Hinterlegung ist auch genügt, wenn die Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle vom letzten Hinterlegungstag bis zur Beendigung der Hauptversammlung bei einem Kreditinstitut gesperrt gehalten werden.

Die aufgrund der Hinterlegung ausgestellten Stimmkarten dienen den Stammaktionären als Ausweis für die Ausübung des Stimmrechts.

Der Geschäftsbericht sowie der Jahresabschluß liegen zur Einsichtnahme für die Aktionäre im Verwaltungsgebäude unserer Gesellschaft in Oberhausen aus.

Oberhausen, im Februar 1983

DER AUFSICHTSRAT — DER VORSTAND



■ Kreditgeschäft konjunkturbedingt verhalten **■ bilanzwirksame Ersparnisausbildung verstärkt** **■ gute Ertragskraft weiter ausgebaut**

Aus unserer Bilanz:

Geschäftsvolumen	13 702 Mio DM
Kundeneinlagen und begebene Schuldverschreibungen	10 385 Mio DM
davon:	
Spareinlagen	6 014 Mio DM
Sparkassenbriefe und Schuldverschreibungen	2 167 Mio DM
Sicht-und Termineinlagen	2 204 Mio DM
Kundenkredite	7 796 Mio DM
Jahresüberschuß	60 Mio DM
Haftendes Eigenkapital	525 Mio DM

■ Im abgeschwächten Wirtschaftsjahr 1982 haben wir mit einer Steigerung des Geschäftsvolumens um 5,3% eine zufriedenstellende Geschäftsausweitung erreicht.

■ Mit der Rückkehr zu normalen Zinsstrukturen gewannen die „klassischen" Anlageformen der Sparkasse wieder an Bedeutung. Insgesamt lag das bilanzwirksame Sparaufkommen um 6% über dem Vorjahresergebnis.

■ Die Ausweitung des Kreditvolumens um 5,5% wurde vornehmlich von der starken Nachfrage nach Realkrediten getragen. 2100 Wohnungen hat die Sparkasse mitfinanziert.

■ Von dem Jahresüberschuß wurden 45 Mio DM in die Sicherheitsrücklage eingestellt und 15 Mio DM an Berlin zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke abgeführt.

■ Unseren Kunden stehen über das Stadtgebiet verteilt 98 Geschäftsstellen zur Verfügung. 15 Spätschalter und 10 ec-Geldautomaten versorgen die Berliner auch außerhalb der Schalteröffnungszeiten. 3700 Mitarbeiter betreuen rd. 2,1 Mio Kundenkonten.

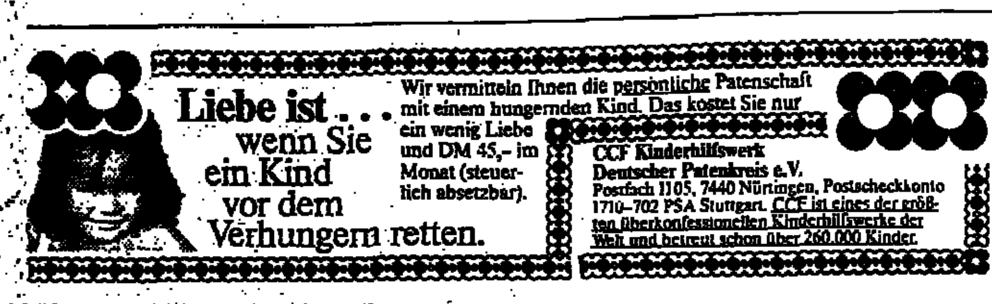
Der vollständige Jahresabschluß mit dem Geschäftsbericht liegt in allen Geschäftsstellen der Sparkasse der Stadt Berlin West und der Landesbausparkasse Berlin aus. Auf Wunsch stellen wir Ihnen einen Geschäftsbericht zu.

Wir danken
unseren Kunden für das
im vergangenen Geschäftsjahr
entgegengebrachte Vertrauen.



Sparkasse der Stadt Berlin West
Girozentrale in Berlin
Bundesallee 171, 1000 Berlin 31





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

TENNIS / Lendl verlor gegen McNamara – McEnroe spielt nicht beim WCT-Turnier in München

Martina unangefochten

Ganz so unbesiegbar, wie es in den letzten Monaten oft ausgesehen hatte, ist Ivan Lendl (CSSR) doch nicht. In Brüssel mußte sich der Masters-Gewinner überraschend dem Australier Peter McNamara (Foto) beugen. Das Endspiel der Internationalen belgischen Hallentennis-Meisterschaften wurde allerdings erst im dritten Satz durch Tiebreak entschieden, nachdem beide Spieler je einen Satz mit 6:4 gewonnen hatten.

Im Damen-Tennis dagegen bleibt Martina Navratilova (USA) unumstritten die Nummer eins. In Dallas bewies sie innerhalb von acht Tagen erneut, daß auch die Zweite der Weltrangliste, Chris Evert-Lloyd (USA), derzeit keine Gefahr für sie ist. Navratilova gewann das Finale des mit 150 000 Dollar dotierten Turniers sicher mit 6:4, 6:0. Bereits eine Woche zuvor hatte die Wimbledon-Siegerin gegen Chris Evert-Lloyd beim Finale in Inglewood dominiert. Der Sieg in Dallas bedeutete für Martina Navratilova bereits den fünften Turniererfolg in diesem Jahr. Zuvor hatte die 26 Jahre alte Linkshänderin bereits die Veranstaltungen in Houston, Washington, Chicago und Inglewood für sich entschieden.

An der Schulter verletzt

Mit dem Nigerianer Nduka Odizor stand sein erster Gegner schon fest, doch die Angst vor dem Mann aus Afrika war es bestimmt nicht, die den Amerikaner John McEnroe (Foto) dazu veranlaßte, dem Münchner WCT-Tennis-Turnier kurzfristig eine Absage zu erteilen (siehe auch Standpunkt). Bayern-Mittelstürmer Dieter Hoeneß hatte am Sonntagnachmittag schon die Auslosung vorgenommen, als die Nachricht von der McEnroe-Absage eintraf.

In einem Brief an die Organisatoren erklärte der frühere Wimbledonsieger, er leide noch an einer Schulterverletzung, die er sich bei der 2:3-Niederlage im Davis-Cup der USA gegen Argentinien vor einer Woche in Buenos Aires zugezogen hatte. José-Luis Clerc, der jetzt in München spielt und in Buenos Aires gegen McEnroe gewann, meinte: „Ich hatte ihn bei dem Cup ja auch gar schön zusammengehauen." Ivan Lendl (CSSR), der jetzt für den Amerikaner an die erste Stelle der Setzliste rückte, zeigte sich unbeeindruckt: „Mir ist die Absage völlig egal. Ich hätte ihn hier in München zum achten Mal geschlagen." Veranstalter Marcel Avram war „maßlos enttäuscht", aber er sagt: „Wir haben dennoch ein starkes Feld."

MOTORSPORT / Formel-1-Start gleich mit Skandal: Weltmeister Keke Rosberg wurde disqualifiziert

Lob vom Sieger Piquet für den BMW-Motor und den neuen Brabham: Damit hätte jeder gewonnen

FRANK MILLER, Rio de Janeiro

Geplant war der Neustart nicht nur mit einem reformierten, sichereren Reglement, sondern auch in eine „saubere", von Streitereien freie Formel-1-Zukunft. Doch schon wenige Stunden nach dem Ende des ersten WM-Laufs 1983 hatte der Grand-Prix-Zirkus wieder einen deftigen Skandal: Der finnische Weltmeister Keke Rosberg, als Zweiter im Ziel, wurde wie im Vorjahr disqualifiziert, dazu noch der Italiener Elio de Angelis. Der grandiose Heimsieg des Brasilianers Nelson Piquet mit dem Brabham-BMW-Turbo auf dem Jacarepagua-Kurs bei Rio de Janeiro ging in diesen Folgeereignissen nahezu unter.

Die Entscheidung fiel gegen Rosberg, weil sein Wagen nach dem Boxenstopp in der 28. Runde von Mechanikern angeschoben worden war. Für die Sportkommissare schien der Fall eindeutig, doch der zitierte Artikel 14, Absatz g) in den Meisterschafts-Bestimmungen des internationalen Automobilsport-Verbandes FISA zur Formel 1 liest sich wie ein Gummiparagraph: „Während des Trainings und des Rennens darf ein auf der Strecke angehaltener Wagen nur mit Hilfe des eingebauten Anlassers neu gestartet werden. Die Verwendung von äußeren Energiequellen ist nur an den Boxen und auf dem Vorstartplatz zulässig."

Teamchef Frank Williams jedenfalls legte sofort Protest gegen die Disqualifikation ein: „Schließlich ist Anschieben auch eine ‚äußere Energiequelle'." Die richtige Interpretation zu finden ist nun Sache der FISA, und das kann dauern. Im letzten Jahr hatte Rosberg ebenfalls hinter Piquet den zweiten Platz belegt, und beide wurden disqualifiziert, weil ihre Wagen zu leicht waren. Auch damals versuchten die Teamchefs, über Proteste und Berufungen bei der FISA die WM-Punkte zu retten. Die Entscheidung fiel jedoch erst Wochen später.

Daß auch de Angelis aus der Wertung genommen wurde, erscheint hingegen als klarer Fall: Der Italiener hatte nach der Aufwärmrunde seinen Lotus mit Renault-Turbomotor gegen den herkömmlichen Lotus-Cosworth getauscht. Doch im Training und Rennen muß ein Fahrer einen Wagen des gleichen Herstellers benutzen.

Kurios war der Fall Rosberg auch in anderer Hinsicht: Obwohl er aus der Wertung genommen wurde, rückten die nachfolgenden Fahrer nicht auf: Niki Lauda (Österreich/McLaren-Cosworth) bleibt Dritter vor Jacques Laffite (Frankreich/Williams-Cosworth), dessen Landsmann Patrick Tambay (Ferrari-Turbo) und dem Schweizer Marc Surer (Arrows-Cosworth).

Eine Enttäuschung brachte das Rennen in Rio für alle, die eine Wiederkehr des Driftens in den Kurven, des sogenannten Powerslide, erwarteten. Das neue Reglement war nur an der Optik der Fahrzeuge, nicht aber am Fahrstil zu erkennen. Lediglich der Waiblinger Manfred Winkelhock kam mit dem neuen ATS-BMW-Turbo des öfteren quer aus einer Kurve. Da wurden die Fahrwerksprobleme deutlich, die dem Schwaben lediglich den 25. Trainingsrang eingebracht hatten. Im Rennen belegte er den 15. Platz.

Aufatmen konnten allerdings die Teams, die mit dem herkömmlichen Coswortbmotor mit seinem 80-PS-Leistungsmanko gegenüber den 600 PS starken Turboaggregaten auskommen müssen. Die Turbo-Bilanz liest sich wie ein „Waterloo": Nur fünf von zwölf Gestarteten kamen ins Ziel, nur zwei davon erhielten WM-Punkte.

Dem Freudentaumel rund um den 5,031-km-Rundkurs tat all das keinen Abbruch, schließlich gab es im ersten von 17 Großen Preisen dieser WM-Saison einen Heimsieg zu bejubeln. Der 30 Jahre alte Brasilianer Nelson Piquet steuerte seinen brandneuen britischen Brabham mit dem bayerischen BMW-Turbomotor in derart souveräner Manier zum Sieg, daß die 100 000 Fans schon frühzeitig zum Karneval bliesen. Der Titelträger von 1981 verhalf den BMW-Bastlern damit zu einer eindrucksvollen Statistik: Seit ihrem Eintritt in die Formel 1 zu Beginn der vorigen Saison haben sie bei insgesamt 14 Starts schon zwei Große Preise und 31 WM-Punkte gewonnen. Trotzdem fand man noch Haare in der Suppe: Der Stoßdämpfer des Brabham lag zu nahe am Turbolader und erhitzte sich, und das Getriebe muß verstärkt werden. Bis zum Grand Prix der USA-West in Long Beach in zwei Wochen sollen diese Mängel beseitigt werden.

„Mit einem solchen Auto kann jeder das erreichen, was mir hier gelungen ist", pries Piquet die fast perfekte Technik um ihn herum. Manfred Winkelhock konnte Gleiches nicht verkünden. Der 30 Jahre alte Waiblinger begann seine zweite Saison in der Formel 1 denkbar schlecht und dämpfte die Hoffnungen auf einen Erfolg des ersten rein deutschen Teams seit 20 Jahren – Winkelhock/ATS/BMW – erst einmal gewaltig. Als letzter war Winkelhock in der letzten Runde des offiziellen Abschlußtrainings noch ins Teilnehmerfeld gerutscht, und als letzter beendete er das Rennen, mit vier Runden Rückstand auf Piquet.

Manfred Winkelhock erhielt mit seinem Hinterherfahren die Quittung für die unzureichende Vorbereitung des ATS-Teams. Während fast alle anderen Fahrer in den vergangenen Wochen Testfahrten in Brasilien absolviert hatten, war der ATS nicht rechtzeitig fertig. Winkelhock mußte sich auf insgesamt sechs komplette Trainingsrunden beschränken. Konstrukteur Gustav Brunner: „Dieser Zeitraum war viel zu kurz, den Wagen abzustimmen und einzustellen." Für Long Beach und die restlichen Rennen bis zum Saisonende am 29. Oktober in Südafrika bleibt immerhin das Prinzip Hoffnung.



Hier jubelte er noch: Keke Rosberg (links) mit Nelson Piquet, dem Sieger, und Niki Lauda bei der Siegerehrung. FOTO: DPA

SPORT-NACHRICHTEN

Darmstadt in Geldnot

Darmstadt (sid) – Darmstadt 98, Tabellensiebter in der zweiten Fußball-Bundesliga, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Gehälter der Spieler für Februar konnten erst mit zehntägiger Verspätung gezahlt werden. Hauptgrund hierfür ist der Zuschauerschnitt: 8000 Besucher waren pro Spiel kalkuliert, aber es kamen bisher nur 5000. Aus Gesundheitszgründen ist Präsident Werner Lampert zurückgetreten.

Spice Island überraschte

Chagnes-sur-Mer (sid) – Überraschend gewann Spice Island mit Kurt Hörmann (Hamburg) im Sulky das „Grand Criterium de Vitesse de la Côte d'Azur" in Chagnes-sur-Mer, eines der bedeutendsten Trabrennen in Frankreich.

Leichtathleten geehrt

Köln (sid) – Ulrike Meyfarth, Weltrekordlerin (2,02 m) im Hochsprung, und Jürgen Hingsen, im letzten Jahr für kurze Zeit Inhaber des Zehnkampf-Weltrekordes, wurden von der „Gesellschaft der Freunde und Förderer" der Deutschen Sporthochschule Köln für besondere Leistungen ausgezeichnet. Beide studieren an der Kölner Sport-Hochschule.

Alle Spiele terminiert

Düsseldorf (sid) – Parallel zum Halbfinale im Deutschen Fußball-Pokal finden am 2. April (Ostersamstag) vier Nachholspiele der Bundesliga statt. Die Spiele Mönchengladbach – Karlsruhe, Hertha BSC – Bremen, 1. FC Kaiserslautern – Schalke 04 und Bochum – Leverkusen werden um 15.30 Uhr angepfiffen. Damit sind alle bisher ausgefallenen Spiele neu angesetzt.

Louison Bobet gestorben

Biarritz (AP) – Der frühere französische Radrennfahrer Louison Bobet ist im Alter von 58 Jahren gestorben. Bobet hatte als erster Fahrer die Tour de France von 1953 bis 1955 dreimal hintereinander gewonnen. In Solingen wurde er 1954 Profi-Weltmeister.

Ihle: Gehirnerschütterung

Kuopio (dpa) – Mit einer Gehirnerschütterung und einem Schlüsselbeinanbruch konnte der Skispringer Thomas Ihle (Oberstdorf) bereits am Montag von Kuopio (Finnland) aus die Heimreise antreten. Bei der Junioren-Weltmeisterschaft war Ihle beim Spezialspringen schwer gestürzt.

UdSSR siegt mit Säbel

Bonn (dpa) – Die UdSSR gewann ungeschlagen das Sieben-Nationen-Turnier der Säbelfechter in Bonn vor Italien und Bulgarien. Hinter Polen kam Deutschland auf Rang fünf.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Hallen-Meisterschaften von Belgien in Brüssel, Herren, Doppel-Finale: Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) – Wilander/Simonsson (Schweden) 6:2, 6:4.

LEICHTATHLETIK

Amerikanische Studenten-Meisterschaften in Pontiac/Michigan, 2. Tag: Dreisprung: 1. Conley 17,23 m, 2. Connor (England) 16,98. – Stabhochsprung: 1. Böhni (Schweiz) 5,63 m, 2. Pursley 5,63.

MOTORSPORT

Großer Preis von Brasilien in Rio de Janeiro, erster von 17 Läufen zur Formel-1-Weltmeisterschaft, 65 Runden = 327 km: 1. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW-Turbo 1:48:27,731 Std., 2. Rosberg (Finnland) Williams-Cosworth 20,631 Sek. zur., nach Zieleinlauf disqualifiziert, die nächsten Fahrer rükken jedoch nicht auf, 3. Lauda (Österreich) McLaren-Cosworth, 4. Laffite (Frankreich) Williams-Cosworth, 5. Tambay (Frankreich) Ferrari-Turbo, 6. Surer (Schweiz) Arrows-Cosworth, 7. Prost (Frankreich) Renault-Turbo, ... 15. Winkelhock (Deutschland) ATS-BMW-Turbo vier Rd. zur. – **Stand:** 1. Piquet 9 Punkte, 2. Lauda 4, 3. Laffite 3, 4. Tambay 2, 5. Surer 1.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 14, 15, 26, 32, 34, 41, Zusatzspiel: 16. – **Rennquintett:** Pferdetoto: 14, 11, 16. – Pferdelotto: 2, 4, 7, 15. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL-EUROPAPOKAL / Scheiden zwei aus?

Zuversicht nur in Hamburg

DIETER SCHULZ, Bonn

Die Bundesliga erhofft sich eine Image-Aufbesserung, und Bundestrainer Jupp Derwall rechnet mit einem Aufschwung für das Europameisterschafts-Qualifikationsspiel am 30. März in Tirana – doch beides wird für die drei Bundesligaklubs, die noch im Europapokal vertreten sind, sehr schwer realisierbar. Möglich erscheint es derzeit eher, daß am Mittwoch mit dem Hamburger SV nur noch ein deutscher Vertreter im Wettbewerb bleibt. Der 3:0-Vorsprung des Meisters gegen Dynamo Kiew ist zu groß, als daß noch eine Sensation passieren könnte.

Bayern München aber und der 1. FC Kaiserslautern müssen mit dem Ärgsten rechnen. Die Bayern reisen nur mit einem mageren 0:0 im Pokalsieger-Wettbewerb zum schottischen Vertreter FC Aberdeen. Viel besser ist die Situation für Kaiserslautern im UEFA-Pokal nach dem 3:2-Erfolg am Betzenberg über Universitatea Craiova auch nicht.

Mit seinen drei Toren in Kiew hat der Däne Lars Bastrup dem Rückspiel den Reiz des Ungewissen genommen. Bastrup, der wegen einer Zerrung im linken Oberschenkel nicht spielen kann, sagt: „Kein Spieler denkt an den Schatzmeister, wenn er Tore schießen kann." Knapp 16 000 Karten wurden bislang abgesetzt, Manager Günter Netzer hält 30 000 Besucher für eine „optimistische Schätzung".

Wenn einem nicht wohl ist, muß man sich selbst Mut machen. Das tut derzeit der FC Bayern München. Bayern-Trainer Pal Csernai vor dem schweren Spiel in Aberdeen: „Ich bin davon überzeugt, daß wir für eine Überraschung sorgen werden." Auch Karl-Heinz Rummenigge ist vom Einzug ins Halbfinale überzeugt: „Wir haben mehrmals große Leistungen vollbracht, wenn uns viele schon abgeschrieben hatten." Und Paul Breitner behauptet: „Wir ziehen uns an den eigenen Haaren aus dem Dreck." Die 5000-Mark-Prämie, die Rummenigge ausgehandelt hat, sollte zusätzliches Stimulans sein.

Der Optimismus beim 1. FC Kaiserslautern gründet sich vor allem auf die Tatsache, daß dem Einsatz von Nationalspieler Hans-Peter Briegel und Verteidiger Wolfgang Wolf nichts im Wege steht. „Mit Briegel wäre das nicht passiert", damit spielte Kaiserslauterns Trainer Rudi Kröner auf das Hinspiel an, als der sichere 3:0-Vorsprung noch verspielt wurde.

STANDPUNKT / Gerüchte?

Auf den Star der Tennis-Branche, den Amerikaner John McEnroe, wird das Münchner Publikum also verzichten müssen. In der Schulter zwickt es ihn, sagt er. Nun muß jedem Athleten zugestanden werden, daß er wegen einer Verletzung mal nicht antreten kann. Das ist beileibe nichts Ungewöhnliches.

Ungewöhnlich daran aber bleibt, daß immer sofort wieder Spekulationen auftreten, ein besonders namhafter Spieler täusche nur eine Verletzung vor, weil ihm angeblich nicht genügend Geld unter dem Tisch gezahlt wurde. Das ist bei McEnroe jetzt in München auch wieder der Fall, hinter der vorgehaltenen Hand war es zu hören.

Eigentlich schade, daß es immer wieder solche Gerüchte gibt. Doch wundern darf sich darüber niemand. Gerade im Tennis sind solche Zahlungen bekannt, aber nach außen wird immer so getan, als seien hier nur Unschuldslämmer am Werk. Den Geist, den sie riefen, werden sie nicht mehr los. Der Spekulation bleibt weiterhin Tür und Tor geöffnet. D.

Machte den simpelsten Schlager zu einem Ereignis: Nat King Cole

Songs in schmeichelnder Verpackung

Seine Stimme, so behauptete er einmal, biete keinen Anlaß zu besonderem Stolz. Sie umfaßt etwa zwei Oktaven, wahrlich nichts Ungewöhnliches. „Vielleicht macht's das rauhe, kehlige Geräusch beim Singen, das einige mögen. Deshalb nennen sie mich wohl ‚The Sound'."

Es fällt uns schwer zu glauben, daß Nat King Cole diese Äußerung ganz ohne Koketterie getan hat.

Cat Ballou – hängen sollst Du in Wyoming – ZDF, 19.30 Uhr

Denn dieser bescheidenen Selbsteinschätzung stehen immerhin Millionen-Erfolge gegenüber: Zum Beispiel „Nature Boy", der, gerade eine Woche auf dem Plattenmarkt (1948), 500 000mal verlangt wurde; zum Beispiel „Get Your Kicks on Route 66" und sein wohl bekanntestes Lied, der romantische Song „Mona Lisa", dessen Kopfthema in mindestens ebenso unergründliche Tiefen hinabgleitet wie das Lächeln der berühmten Dame.

Nathaniel Adams Coles wurde am 17. März 1919 in Montgomery, Alabama, in eine hochmusikalische Familie hineingeboren. Noch ehe der Junior des Schreibens mächtig war, konnte er bereits Melodien auf dem Klavier nachspielen, und mit zwölf Jahren betätigte er die Orgel in der Kirche seines Vaters, der Prediger der örtlichen Baptistengemeinde war. Darüber hinaus sang er im Kinderchor mit, und das war auch schon alles, was er seiner Stimme jemals an musikalischer Ausbildung zukommen ließ.

Bereits als Schüler organisierte er eine Band, die für einen Dollar und fünfzig Cents pro Abend zu mieten war. 1936 gelang ihm dann der Sprung ins Profi-Lager, als er mit dem Musical „Shuffle Along" auf Tournee ging. Nach der letzten Vorstellung in Los Angeles nahm Coles verschiedene Jobs als Barpianist an, bis ihm ein Nachtklubbesitzer vorschlug, ein Quartett zu gründen. Er engagierte einen Gitarristen, einen Bassisten und einen Schlagzeuger. Der jedoch erschien nicht zum vereinbarten Vorspieltermin, und so blieb das geplante Kleeblatt auf ein Trio reduziert. Coles strich das „s" aus seinem Namen; zum King wurde der Pianist befördert, als der Club-Manager den lustigen Einfall hatte, seine Musiker mit goldenen Papierkronen auftreten zu lassen.

Mehr Jazz-Feeling als Stimme: Nat King Cole FOTO: DPA

Das Fehlen des Schlagzeugs prägte den Stil des Nat-King-Cole-Trios entscheidend. Befreit vom starren, vorwärtsdrängenden Rhythmus des gängigen Swing, ohne den harten Schlag der Trommelstöcke, entwickelten die drei Musiker einen weichen, einschmeichelnden Sound, der durch Coles Stimme seine charakteristische Abrundung erhielt. Seine Kritiker konnten sich nie entscheiden, ob Cole nun dem Jazz oder dem Schlager zuzurechnen sei. Einer schrieb über den Sänger, er besitze mehr Jazz-Feeling als Stimme, aber sein Können und sein äußerst sicheres Rhythmus-Gefühl glichen diesen Makel vollkommen aus. Mit diesen Fähigkeiten mache er selbst den simpelsten Schlager noch zu einem kleinen hörenswerten Ereignis.

Der Jazzstil geriet in den fünfziger Jahren jedoch mehr und mehr in den Hintergrund, als Nat King Cole Aufnahmen in großer Orchesterbesetzung bevorzugte. In dieser sanften Verpackung wurden die Songs fast ein wenig zu einschmeichelnd, und der Vorwurf, Cole sei in die Niederungen der Gefühligkeit hinabgestiegen, war nicht durchwegs unberechtigt.

Aber nie streitig machen konnte man dem Sänger, der am 15. Februar 1965 an Lungenkrebs starb, den Platz unter den amerikanischen Spitzensängern Frank Sinatra, Dean Martin, Sammy Davis jr. und Perry Como – allesamt Unterhaltungskünstler mit „class"; ein Begriff, der mit „Klasse" nur unzulänglich einzudeutschen ist.

RAINER NOLDEN

STUDIO

Hans-Peter Riese, Korrespondent des Deutschlandfunks in Bonn, mußte eine **Rüge des Programmausschusses** seines Senders einstecken. Riese hatte am 9. März kommentiert: „Während die traditionellen Bundestagsparteien ihre Fraktionsgeschäftsführer damit beauftragt haben, den Grünen den Weg in Ausschüsse und Präsidien des Verfassungsorgans Bundestag zu verlegen und alle Geschäftsordnungstricks ausgegraben werden, hat Franz Josef Strauß seinen ‚Bayern-Kurier' geifern lassen, mit den Grünen zögen die Kommunisten in das Parlament ein. Der Begriff ‚trojanische Sowjetkavallerie', den der CSU-Vorsitzende für Abgeordnete des frei gewählten Bundestags gebraucht, gehört ebenso in die Spalten aus dem Wörterbuch des Unmenschen wie sein Wahlkampfausdruck ‚entartet'."

Ohne daß im Programmausschuß des Deutschlandfunks ein formeller Antrag gestellt wurde, tadelte das Gremium die Wortwahl des DLF-Kommentators. Wie verlautet, trugen auch SPD- und DGB-Vertreter die Rüge mit.

Voll Interesse wird in den Gremien des DLF verfolgt, wie Intendant Richard Becker und Chefredakteur Bernhard Wördehoff jetzt verfahren werden. Zumindest Wördehoff hat zu erkennen gegeben, daß er zu dem Riese-Kommentar auf Distanz steht. Von CDU-Mitgliedern des DLF-Rundfunkrats war bereits mehrfach zu hören, im Programm des Senders werde einseitig für die Position der SPD Partei ergriffen.

*

Ted Turner, der in den Vereinigten Staaten viel Aufsehen erregte, als er von einem vierten Fernsehnetwork sprach, mit dem er das „gemütliche Kartell" von ABC, NBC und CBS aufbrechen wolle, hat es sich offenbar anders überlegt: Er bietet nun genau jenen Networks sein Kabelunternehmen, das **„Turner Broadcasting System"** (TBS), zum Kauf an. Zum „Turner Broadcasting System" (Atlanta) gehören, neben einem Baseball- und Basketball-Team, die Superstation „WTBS", die per Satellit 22,5 Millionen Zuschauer erreicht, „CNN News", ein 24-Stunden-Nachrichtendienst (via Kabel 14 Millionen), und der „CNN Headline Service", der von 1,8 Millionen Kabelzuschauern gesehen werden kann und darüber hinaus von über 130 herkömmlichen Sendern verbreitet wird. Turners Haupteinnahmequelle ist allerdings „WTBS". Bei laufenden Schulden von 50 Millionen Dollar hat die Station im vergangenen Jahr 75 Millionen eingebracht. Als Grund für sein überraschendes Angebot an ABC, CBS und NBC gibt Turner die zunehmende Machtkonzentration auf dem Medienmarkt an, der kleinere Privatunternehmen immer weniger gewachsen sein würden.

Die Fernsehnetworks, die in den vergangenen Jahren zehn Prozent Zuschauer an das Kabelfernsehen, also auch an Turners „Broadcasting System", verloren haben, bestätigen zwar, mit dem erfolgreichen Medienaußenseiter aus Atlanta im Gespräch zu sein, stehen dem Angebot aber mißtrauisch gegenüber. (epd)



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

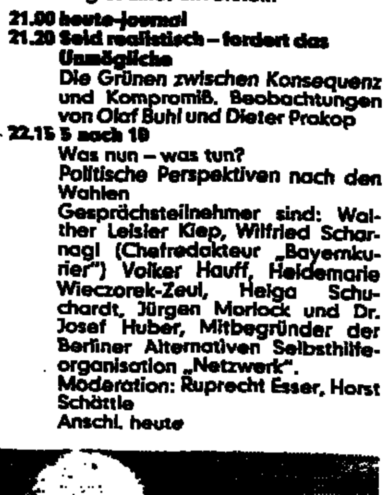
10.00 heute
10.03 Notsignale
11.40 Al Azhar – Die Blühende
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Die Schatzsucher Australiens
Energie vom 5. Kontinent
Bericht von Jürgen Corleis (Wh. v. 1981)
Wird Australien das Saudi-Arabien im Süd-Pazifik? In Zeitungsberichten wurde diese Frage schon vor längerer Zeit gestellt. Die Vermutung könnte sich bestätigen. Der 5. Kontinent birgt gewaltige Schätze an Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran. Sie müssen erschlossen und zum Teil noch entdeckt werden. Die Schatzsucher von heute sind erfahrene Ingenieure, Techniker und Geologen, aber auch Gelegenheitsarbeiter.
17.00 Denkste!?
Im Kopf brennt noch Licht!
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Stargäste: Peter Hoffmann und Hannes Messemer
21.00 Panorama
Berichte – Analysen – Meinungen
Volkszählung / Video-Überwachung / Landtagswahl in Schleswig-Holstein / Kredit-Haie.
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Adoption
22.30 Tagesthemen
23.00 Heimat – heute
Wohl dem, der jetzt noch Heimat hat ...
Zweiter Teil des Films von Claus Ferdinand Siegfried. Der Autor drehte den Film in schönen Gegenden und Städten in der Bundesrepublik
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Alkoholismus im Alter / Spaziergang im März: Gagel und Wacholder
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Vogelscheuche
Ein schlimmes Früchtchen
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Mario Hené
17.50 Das kann ja heiter werden
Der mysteriöse Knochenklau
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Cat Ballou – hängen sollst du in Wyoming
Amerik. Spielfilm, 1965
Mit Jane Fonda, Lee Marvin (in einer Doppelrolle) u. a.
Regie: Elliot Silverstein
21.00 heute-journal
21.20 Seid realistisch – fordert das Unmögliche
Die Grünen zwischen Konsequenz und Kompromiß. Beobachtungen von Olaf Buhl und Dieter Prokop
22.15 5 nach 10
Was nun – was tun?
Politische Perspektiven nach den Wahlen
Gesprächsteilnehmer sind: Walther Leisler Kiep, Wilfried Scharnagl (Chefredakteur „Bayernkurier") Volker Hauff, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Helga Schuchardt, Jürgen Morlock und Dr. Josef Huber, Mitbegründer der Berliner Alternativen Selbsthilfeorganisation „Netzwerk".
Moderation: Ruprecht Esser, Horst Schättle
Anschl. heute





Gerhard Wollner (l.) spielt den vertrottelten Prof. Knüll und Balduin Baas seinen „Assistenten" in der phantastischen Geschichte „Denkste!?", ARD, 17.00 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Mathematik (11)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Tier-Report
21.00 Kilabim (28)
21.45 Landesspiegel
22.15 Drei vor Mitternacht
Brauchen wir Zivilschutz?
Anschließend:
Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Hart und weich geben ein gutes Pärchen
19.15 Science-Report (11)
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Geschichte der Psychiatrie (1)
21.00 Die eigene Geschichte:
21.45 Panorama-Nachfrage
22.30 Das Gruselkabinett:
Die Rache des Toten
US-Spielfilm, 1936
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Dr. Snuggles
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars (7)
19.00 Tier-Report
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Ostende-Wien-Expreß
Engl. Fernsehfilm
21.35 Drei aktuell
21.50 Coca-Colonialisiert
22.40 Geschichte im Fernsehen
Der Untergang der „Lusitania"

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik Geometrie (11)
19.00 Les Gammas! Les Gammas!
19.30 Die Sprechstunde
Durchblutungsstörungen
Nur für Baden-Württemberg
20.20 Frauen im Hause Württemberg
4. Hansmartin Decker-Hauff spricht über Henriette Gräfin Mömpelgard (ca. 1391–1446)
20.40 Marktplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
20.20 Marx zum Anfassen
21.05 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland
20.20 Ringelnatter und Flußkrebs
21.05 Das Beste aus der Hobbythek
Gemeinschaftsprogramm west 3
21.35 Ein Spion wird gemacht
Franz.-schweiz. Fernsehfilm
Denys de la Patellière

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Jesus stürmt mit
19.30 Pop Stop
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Direktion City
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

Pickel im Bärenfell

H. W. L. – Eine richtig herzige Familie ist das. Naiv, kindlich fast, erzählt John Irving, der auch bei uns schon eine große Lesegemeinde hat, in seinem neuesten Roman die Geschichte der Berrys, die versuchen, „über die Runden zu kommen“. „Das Hotel New Hampshire“ heißt das Opus.

Irving schlüpft darin in die Rolle des Drittgeborenen; als „John“ beschreibt er einen Clan, der nur noch aus lauter irren Typen besteht. Die Fäkal-Injurien der Berry-Kinder müßten die Trapp-Familie erröten lassen: „Furz im Sturzflug“, „Scheißhaufen“ und „Sausack“ zählen zum Vokabular der lieben Kleinen des Autors, vor 41 Jahren in New Hampshire geboren.

Frank, Johns älterer Bruder, ist schwul. Franny, seine Schwester, wird von weißen Jungs vergewaltigt und von schwarzen gerächt. Schwester Lilly leidet an Zwergwuchs. Bruder Egg hängt, bis ein Flugzeugabsturz ihn und seine Mutter dem Rest der Familie entzieht, an einem ausgestopften Hund, den einst Flatulenz im Endstadium plagte.

Die Rest-Familie Berry verschlägt es nach Wien. An der Donau entsteht das zweite „Hotel New Hampshire“ – ebenfalls randvoll mit Figuren aus der Schießbude. John erfährt, bevor er mit seiner Schwester Franny schläft, daß „Kreisch-Annie“ nie einen Orgasmus türkt. Droben unterm Dach träumen Anarchisten von der Revolution und basteln an einer Bombe, die Wiens Oper in einen Haufen Schutt verwandeln soll.

Das verrückte Haus wäre aber leer ohne Susie, die sich und ihre Pickel in einem Bärenfell versteckt und Gäste mit einem gegrunzten „Earp“ erschreckt. Susie, der Bär, zieht mit John und den anderen schließlich zurück nach Amerika, um das dritte „Hotel New Hampshire“ zu gründen.

Wenn alles nach Plan gelaufen ist, haben sie irgendwann ein Kind adoptiert. Susie hatte nämlich Angst, ihre Häßlichkeit fortzupflanzen. Doch Angst muß auch der Leser haben, daß sich dieses Hotel New Hampshire fortpflanzt. Der Diogenes-Verlag, in dem die bisherigen „Hotels“ auf deutsch erschienen sind, sollte sich nicht länger als Geburtshelfer betätigen.

Die Römerbad-Musiktage in Badenweiler

Maske des roten Todes

Zum zehnjährigen Bestehen seiner „Römerbad-Musiktage“ hatte sich Klaus Lauer, Hotelier im südbadischen Kurort Badenweiler von Beruf und Konzertveranstalter aus Passion, einen lange gehegten Herzenswunsch erfüllt: Im Mittelpunkt des diesjährigen Frühjahrsfestivals „Auftakt“ standen Lauers heimlicher Lieblingskomponist Claude Debussy und – wie immer in den beziehungsreich-intelligenten „Römerbad“-Programmen – ein kompositorisches Umfeld.

Zu diesem Umfeld gehören natürlich zunächst Debussys unmittelbare Vorläufer: Gabriel Fauré etwa, der mit seinem zauberhaften Nocturne Op. 63 und dem rauschhaften 1. Klavierquartett c-Moll vertreten war, oder Paul Dukas, dessen so gut wie nie gespielte, erstaunlich moderne und aberwitzig schwere Klaviersonate es-Moll zu den musikalischen Wiederentdeckungen dieser Musiktage gehörten. Wenn auch François-René Duchâble, ein junger französischer Pianist mit einer vermutlich großen Karriere vor sich, das Werk geradezu mit verblüffender Technik meisterte, ließ doch seine Anschlag-Kultur einige Wünsche offen.

Daß es auch zwischen Wagner und Debussy deutliche Verbindungslinien gibt, dokumentierte das zweite Konzert mit dem Ensemble 13 unter Manfred Reichert an Hand des „Siegfried-Idylls“, Richard Wagners Kammermusikwerk schlechthin. Die Klangfarben-Intensität, mit der Reichert musizierte, die Brüchigkeit, aber auch die fast schon parfümierte Süße seiner Wiedergabe machten das Werk zu einem der Festivalhöhepunkte.

Auch dieses Konzert hielt eine Entdeckung parat: André Caplets „Le masque de la mort rouge“ nach der düsteren Arabeske Edgar Allan Poes. Die duftig-freundliche Besetzung (Harfe und Streichorchester) wurde vom Klangergebnis Lügen gestraft: Statt geschönter Harfen-Arpeggien harte, aggressive Einzeltöne; statt weicher Streicher-Akkorde ein widerborstiger, zerklüfteter Orchesterpart. Caplet markierte bei diesen Musiktagen den Aufbruch der Impressionisten zu neuen musikalischen Ufern. Und nicht nur er: Auch Béla Bartók steht auf Debussys Schultern. Über das Klangfarben-Bewußtsein in Bartóks 2. Streichquartett, über seine sensiblen Melodielinien gab die temperamentvoll-glühende und blitzsaubere Interpretation des fabelhaften amerikanischen Vermeer-Quartetts Auskunft.

Trotz aller Beeinflussungen, trotz aller Vorläufer: Wie sehr Debussy seine eigene Sprache fand, wie weit er seine komponierende Mitwelt überragte, wurde gerade durch den direkten Vergleich deutlich. Wie Debussy, etwa in der Sonate für Flöte, Viola und Harfe, mit minimalem Aufwand Stimmungen hinwirft; wie in seiner Cello-Sonate (vom Vermeer-Cellisten Marc Johnson und dem Pianisten Jean-Bernard Pommier denkwürdig wiedergegeben) der Klang intimste, wundersamste Nuancierungen erfährt, das verweist Werke wie Charles Gounods „Petite symphonie“ schon fast in den Bereich der gehobenen Unterhaltungsmusik – trotz des enormen interpretatorischen Aufwands, den das ensemble 13 mit Gounods Stück getrieben hatte.

STEPHAN HOFFMANN

München: Feydeaus „Klotz am Bein“ unter Dorn

Griff nach Diamanten

Feydeau hat Erfolg, überall, mit seinem Hang zur Zerstörung, mit seinem bösen, mechanischen Prinzip von Komik. Feydeau ist oberflächlich, doch an der Oberfläche unendlich präzise. Dieter Dorn, Münchens künftiger Kammerspielintendant, inszenierte in diesem Haus jetzt „Ein Klotz am Bein“ (Un fil à la patte).

Durch seine Vorankündigung, daß er auch hier „Strindberg wirken lassen wolle“, bangte man ein wenig um diese hochgestochene Klamotte. Doch auch Dorn ließ die Fetzen fliegen in diesem pausenlosen Komm-und-Geh-Betrieb, den Jürgen Rose rosarot ausstattete. Zwar spielte Dorn mit dem Pedal der Psychologie, aber immerhin so geschickt, daß das Stück darüber nicht seinen Witz verlor.

Es handelt sich um eine unordentliche Geschichte. Erzählt wird sie nach Art des frivolen französischen Gesellschaftsromans. Es ist die uralt-neue Variante von der verlassenen, nicht standesgemäßen Geliebten und einer ehelichen Verbindung zwischen einem bankrotten Filou mit einem reichen Gänschen. Der Weiber Schicksal ist zwar beklagenswert, aber als Ausgleich bietet Feydeau ihnen Bravourrollen.

In München wußte das Gisela Stein als lustvolle Sängerin Lucette Gautier zu nutzen. Sie spielt diese halbseidene Diseuse mit einem leicht erotischen Hautgout. Sie deutet in Gestus und Sprachführung geschickt ihre gesellschaftliche Zwitterstellung an. Sie zeigt eine ordinäre Person, die ihre Ausbeuter, die feine Gesellschaft, selber nach vollen Kräften ausplündert. Eine, die gierig nach Diamanten und Perlen, mit denen man sie ködert, greift, wie nach diesem Mannsbild, das sie verlassen will.

Längst ist ihr die Ahnung des endgültigen Abschieds, der Trennung bewußt, als sie am Morgen nach der Rückkehr ihres Herzensbrechers im Negligé lamentiert. Noch einmal überspielt sie ihr Lügenglück. Gisela Stein ist hinreißend, wie sie in ihrer Rolle eine zweite Rolle vorspielt, bis hin zur letzten, allerletzten komisch-bitteren List des Selbstmordes. Wie sie die Pistole hebt, die sich dann als simpler Fächer herausstellt.

Auch Maria Nicklisch als Baronin, die ihre Tochter unter die Haube bringen will, versteht mit nur wenigen Bewegungen und Blicken den Feydeauschen Schemen Leben einzuhauchen. Ein „Ach“, ein langgedehntes „So“ von ihr ist bühnenfüllend. Marion Breckwoldt als ihre Tochter Viviane ist erst zickige Kunstfigur, dann Lolita. Die junge Schauspielerin bewältigt diesen recht gewaltsamen Umschwung mit dem Mut zur Karikatur.

Verletzend und rüde läßt der Regisseur Feydeaus schreiend-komische Grausamkeit an der Figur des Monsieur de Fontanet ausspielen, jenes Gezeichneten, der mit dem Makel des Mundgeruchs behaftet ist. Romuald Pekny mimte brillant diesen Mann, der ahnungslos Übles verhaucht. Claus Eberth als knatternder, radebrechender General, einer der immer zwischen Euphorie und Eklat pendelt, fügte sich nahtlos in dieses herausstechende Ensemble. Nur Helmut Griem als bankrotter Dandy war zu wenig der Filou, den ein Feydeau braucht.

Dorn konnte zufrieden sein. Er wurde mit Bravorufen überschüttet, die paar Buhs gingen da leicht unter.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KULTURNOTIZEN

Die Katholische Filmkommission Österreich hat Francesco Rosis Film „Die drei Brüder“ zum besten Film 1982 gekürt.

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland hat zum 16. Mal zur Sammlungsaktion „Kirchlich-diakonischer Wiederaufbau in der DDR“ aufgerufen.

Das Duo Graf-Goergen, Violoncello und Klavier, wird am 22. März „Peintures“ von Kurt Dietmar Richter in Genf uraufführen.

Daniel Spoerri, bisher Köln, übernimmt als Nachfolger von Karl Fred Dahmen den Lehrstuhl für Malerei und Graphik an der Münchener Akademie für Bildende Kunst.

Tagung in Loccum: Disput über Oberstufenreform

Aus Trümmern wird kein Schloß gebaut

Man mische einen Löffel Karl Marx mit einer Tasse Elisabeth Noelle-Neumann, streue über das Ganze eine Prise Sigmund Freud und koche dies auf der Flamme Max Weber – fertig ist die soziologische Suppe, in der alle Antworten zu den Fragen des „gesellschaftlichen Wertwandels und kulturellen Erbes“ schwimmen. So ähnlich versuchte es jedenfalls Ekkart Pankoke, Professor von der Essener Gesamthochschule. Nur, die Mahlzeit schmeckte fade und brachte höchstens Verheirateten die Erkenntnis, daß sie nicht in einer Ehe, sondern in einer „Situation mit privatem Ernstfallcharakter“ leben.

Der Ernstfall, der eigentlich im Zentrum der Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum stand, scheint offensichtlich zu ernst zu sein, als daß man ihn einem solchen Soziologieprofessor überlassen dürfte. Es ging, zehn Jahre nach ihrer Einführung, um die reformierte Oberstufe und die Frage, warum unsere heutigen Abiturienten häufig nicht „fähig“ sind, wenn sie von der Schule kommen: fähig, zu studieren; fähig, einen Beruf zu erlernen; fähig, überhaupt konzentriert zu arbeiten; fähig zu einem auch von ihnen als sinnvoll und erfüllt empfundenen Leben.

Daß immer weniger Abiturienten studierfähig und für eine weiterführende Ausbildung ausreichend qualifiziert sind, blieb in Loccum im Grunde unstrittig – beachtlich, wenn man das Forum betrachtete: Von den mehr als 140 Teilnehmern waren etwa 98 Prozent Lehrer. Es wurde mit Ernst danach gesucht, was von einem heutigen Abiturienten erwartet werden muß und wie man dies in der Schule auf den richtigen Weg bringen kann. Voller Wehmut wurde das alte Humboldtsche Abiturziel zitiert: „Ein Schüler ist dann reif, wenn er bei anderen so viel gelernt hat, daß er nun für sich selbst zu lernen imstande ist.“

Wie weit sind wir heute, in der Zeit der Rahmenrichtlinien, der Curricula, der Reformierung der Reformierung der Reform und des bildungspolitischen Aktionismus davon entfernt! Ein Schulleiter aus Niedersachsen faßte das Dilemma in den ratlos in die Diskussion geworfenen Satz: „Wir sollten seit zwanzig Jahren ja nur noch Abiturienten produzieren und haben die Anforderungen entsprechend gesenkt – jetzt haben wir sie.“ Der niedersächsische Kultusminister Georg Berndt Oschatz drückte das gleiche so aus: „Das Gymnasium ist auf dem Weg zur Volksschule, die Bedeutung des Abiturs relativiert sich.“ Der Zeitpunkt für eine „Kurskorrektur“ sei „überfällig“.

Einst sei das Reifezeugnis, meinte Oschatz, die „Eintrittskarte in die Welt der Großen“ gewesen, die Eröffnung des „Königswegs zum nicht fremdbestimmten Arbeitsplatz“. Heute scheine für viele Schüler in den Oberstufen die „traditionelle Bildung nur noch Ballast im Kampf um Zehntelpunkte“ für den Numerus clausus zu sein. Ein Teil der Abiturienten von heute seien die Realschulabgänger von gestern. „Durch die Expansion unseres Bildungswesens ist der natürliche Verteilungsmechanismus außer Kraft gesetzt worden.“ Das Abitur werde immer weniger ein Nachweis für Studierfähigkeit und immer mehr ein Zertifikat für die Schulabsolvierung. Da wäre es noch besser, so Oschatz, daß die Hochschulen die Zugangsberechtigung für diese Zertifikats-Inhaber künftig selbst regelten und die Schulzeit solle nach zwölf statt erst nach 13 Jahren ende. Jedenfalls sollte der Schwerpunkt in der Oberstufe von der „Stoff-Fülle“ wieder auf das Erlernen der „Grundkenntnisse“ zurückverlagert werden, auf das „kognitive Lernen“. Auf die Welt des Wandels könne man nicht mit einer „zunehmenden Spezialisierung der Schule“ reagieren.

Oschatz, der die Lehrer auch daran erinnerte, daß aus Enttäuschung über die mit großem propagandistischen Aufwand betriebene Bildungsreform der siebziger Jahre „ein großer Teil unseres Volkes ein gestörtes Verhältnis zu unserem Bildungssystem“ hat, traf sich in den von ihm propagierten Anforderungen an Abiturienten mit den Vertretern der Universitäten und der privaten Wirtschaft. Ulrich Czisnik, Hamburger Personalberater, formulierte, was die Unternehmen von Abiturienten erwarten, die sie einstellen: daß sie gelernt haben, zu lernen; daß sie systematisch denken können; daß sie schriftlich und mündlich ihre Gedanken formulieren können; daß sie ihre Ideen in Maßnahmen umsetzen können.

Als Folge der Klassenauflösung und der Lernausrichtung auf den Numerus clausus stellten die Personalleiter der Unternehmen immer stärker eine „egozentrische Grundeinstellung“ der jungen Leute fest. Leistungsbereitschaft, soweit überhaupt vorhanden, habe bei heutigen Abiturienten selten etwas mit Engagement für die Sache, fast immer aber etwas mit persönlichem Fortkommenswillen zu tun. Die Abiturnoten seien für die Wirtschaft von sehr geringem Wert, insgesamt könne man nur wenig überspitzt sagen: „Unsere Abiturienten sind besser als ihr Ruf, aber wegen des Schulsystems schlechter, als sie sein könnten.“

Für die Hochschulen beklagte Wolfgang Deppe, Leiter der Koordinierungsstelle für Studienberatung in Niedersachsen, „die Unvergleichbarkeit des Wissens der Studienanfänger“, ihr in hohem Maß unterschiedliches Wissen. Sie seien darüber hinaus meist nicht in der Lage, „allein und mehrere Stunden hintereinander an einem Thema zu arbeiten“. Das Vermögen, „sich in etwas zu verbeißen“, sei abhanden gekommen. „Es hapert an der Einstellung zum Arbeiten.“ Die Universitäten verlangten keine „hochspezialisierten“ Studienanfänger, sondern ein gutes Breitenwissen. Eine bisher unveröffentlichte HISS-Studie belegt übrigens, daß das Ergebnis der Oberstufenreform von den am unmittelbarsten Betroffenen, den Schülern nämlich, in vielen Punkten nicht anders gesehen wird. Fast 50 Prozent beklagen den Mangel an Vermittlung von Allgemeinwissen, ein Drittel die zu starke Spezialisierung, ein Viertel den menschlichen Verlust durch die Aufgabe der Klassenbildung.

Trümmer einer Reform, die einst ein Schloß werden sollte. Von den Beteiligten müssen diese Trümmer jetzt zumindest zu einer wohnlichen Hütte zusammengesetzt werden. Oschatz sprach in diesem Zusammenhang von dem „typisch deutschen“ Dilemma, den untauglichen Versuch unternommen zu haben, „das Paradies der Chancengleichheit per Gesetz festschreiben zu wollen“, obwohl die gleichen gesellschaftlichen Chancen eben nicht per Gesetz zu erreichen seien. „Man kann nicht durch Festschreiben im Gesetz die Wirklichkeit verändern.“

PETER PHILIPPS



Standardisiert, aber volkstümlich: „Herz Jesu“, Hinterglasbild aus Sandl (19. Jahrhundert), aus der Würzburger Ausstellung FOTO: KATALOG

Würzburg: Zwei Jahrhunderte Hinterglasbilder

Volkslied der Malerei

Die Hinterglasbilder sind das Volkslied in der Geschichte der Malerei." Dieser Satz von Max Picard wird gern zitiert. Denn in ihm spiegelt sich der Glaube – der wiederum die Expressionisten inspirierte –, daß die Hinterglasbilder eine wahre Volkskunst seien, sozusagen von einfachen Bauern in langen Winternächten gemalt. Doch das ist ein Irrtum. Das macht die Ausstellung „Hinterglasbilder aus unterfränkischen Sammlungen“ im Mainfränkischen Museum Würzburg deutlich.

Zuerst ist sie eine Bestandsaufnahme der Hinterglasbilder, die sich in den Museen dieser Region befinden. 407 Stück kamen da zusammen. Das ist nicht viel, aber es erlaubt, einen Überblick über die Typologie und die Herkunft dieser zerbrechlichen Kunst zu geben. Dabei wird herausgearbeitet, daß die Hinterglasbilder seit der Mitte des 18. Jahrhunderts als eine Art Manufakturware arbeitsteilig in hohen Stückzahlen produziert und über wohlorganisierte Vertriebswege verkauft wurden. So betrug der Ausstoß eines Familienbetriebes Mitte des vorigen Jahrhunderts etwa 50 Hinterglasbilder täglich. Und in Sandl/Buchers, einem der Zentren dieses Gewerbes, wurden zwischen 1852 und 1864 schätzungsweise 385 000 Bilder fabriziert. Von Naivität oder Ursprünglichkeit kunstfertiger Bauern kann da natürlich nicht mehr gesprochen werden.

In Würzburg wurde die Ausstellung dementsprechend nach zwei Prinzipien gegliedert. Zum einen ist sie nach Themen geordnet, denn das Repertoire der Bildmotive war stark standardisiert. Es beschränkte sich auf die beliebtesten Heiligen, auf Marienbilder und die gängigen Jesus-Darstellungen. Ungewöhnlich, weil es in der Malerei kaum eine Rolle spielt, ist nur das Motiv „Joseph mit dem Jesuskind“, sozusagen die maskuline Variante der Muttergottes. Gelegentlich entstanden auch Bildpaare oder kleine Serien mit den Kreuzwegstationen.

Zum anderen wurden in Würzburg die Hinterglasbilder nach Herkunftsorten gehängt. Die Anfänge lagen allerdings nicht bei der Devotionalkunst. Dafür steht der Herstellungsort Augsburg, wo höfische Maler Genreszenen, Monatsbilder und Jagdmotive im Stile des fränkischen Barock Anfang des 18. Jahrhunderts hinter Glas malten. Diese Bilder fallen durch die Dezenz ihrer Palette, durch die weitgehende Beschränkung auf ein reiches Repertoire von Brauntönen auf. Damit stehen sie im Gegensatz zu den farbkräftigen, volkstümlichen Hinterglasbildern. Außerdem sind sie im Format erheblich größer als die später in Massen produzierte Gebrauchskunst, die – wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung von Flachglas und damit wegen des Preises – die kleinen Formate bevorzugte. Der wesentliche Unterschied der frühen Augsburger Bilder zu den Malereien, wie sie in Oberammergau und am Staffelsee, zwischen Elsaß und Schwarzwald, im österreichischen Südböhmen, im Bayerischen Wald oder in der Oberpfalz entstanden, spiegelt sich in den Motiven. Da herrschen dann die religiösen Szenen vor.

Profanes taucht erst in unserem Jahrhundert wieder auf, als die Hinterglasmalerei, angeregt durch die Künstler der klassischen Moderne, zu einer Domäne der „Naiven“ wurde. Auch das dokumentiert die sehenswerte Würzburger Ausstellung mit ein paar Beispielen. (Bis 1. Mai; Katalog: 20 Mark, im Versand: 30 Mark)

PETER DITTMAR

Morgenluft für Haudegen: Wiener Staatsoper bietet eine „Urfassung“ des Rigoletto unter Muti

Giuseppe Verdi auf Punkt und Komma gebracht

Turbulenzen um Lorin Maazels Wiener Staatsoperndirektion: Sein neu eingeführtes „Blocksystem“ funktioniert nicht, keine der Premierenbesetzungen hält über das Planungsstadium hinaus an, die angeblich jederzeit bereiten „Covers“ erweisen sich mehr und mehr als Schimäre.

Das begann beim „Tannhäuser“ mit Reiner Goldbergs spektakulärer Kapitulation nach weniger als fünf Minuten, setzte sich fort bei der „Pique Dame“, als Catarina Ligendza und René Kollo nach schlechten Kritiken bereits die zweite Vorstellung absagten. Bei John Neumeiers „Feuervogel“ fiel die Makarowa schon vor der Premiere durch Verletzung aus, in der Wiederaufnahme des „Falstaff“ mußte Walter Berry, der erstmals die Titelpartie sang, indisponiert antreten. Und nun – im neuen „Rigoletto“ – ließ die Direktion gleich drei Tenöre gegeneinander los.

Der von Riccardo Muti gewünschte Veriano Luchetti überlebte die erste Orchesterprobe nicht. Peter Dvorsky, den man aus Vorstellungen in Preßburg und München freikaufen mußte, sprang ein und brachte es bis zur Generalprobe. Da er die zweite Vorstellung aber keinesfalls hätte singen können, witterte der alte Haudegen Franco Bonisolli Morgenluft: Er sei bereit, alle Vorstellungen zu übernehmen, wenn er auch die Premiere bekäme. Daraufhin wurde Dvorsky, der die Generalprobe nur markiert hatte, um sich für die Premiere zu schonen, von der Direktion wieder ausgebootet – Bonisolli hatte das Rennen gemacht.

All diese Schiebereien hinter den Kulissen erregten jedenfalls weit mehr Aufmerksamkeit als die großangekündigte „Urfassung“ des „Rigoletto“, die nun in Wien erstmals musiziert wurde. Pedantisch wachte Riccardo Muti über Verdis (und des Verlagshauses Ricordi) eigentliches Vermächtnis, strich eingelegte Spitzentöne am Ende der Arien und Ensembles, untersagte spektakuläre Kadenzen und Koloraturen, säuberte die Partitur von allen in den letzten hundert Jahren angehäuften Traditionen und Schlampereien, achtete mit geradezu preußischem Drill auf exakte Agogik und Artikulation.

Das Ergebnis: Verdi pur, penibel auf Punkt und Komma gebracht, in Syntax und Grammatik lupenrein und fehlerfrei. Auf der Strecke blieben sein Pulsschlag, sein Atem, blieben Leidenschaftlichkeit und emotionales Feuer. Selten hat man mit den Figuren des „Rigoletto“ so wenig mitgelitten, mitgebangt, mitgeweint.



Frau Gruberova wies eiserne Nerven: Szene aus dem Wiener „Rigoletto“ mit Edita Gruberova als Gilda und Renato Bruson als Rigoletto FOTO: VICTOR MORY

Das mag allerdings auch in der arg konventionellen, statischen und unpsychologischen Regieführung Sandro Sequis (Bühnenbilder: Pantelis Dessyllas, Kostüme: Guiseppe Crisolini Malatesto) seinen Grund gehabt haben, der sich mit der Zeichnung von Schablonen begnügte und auf Menschendarstellung oder feinere Charakterisierung pfiff. Vor allem Renato Bruson in der Titelrolle vermochte es nicht, das Klischeebild des unglücklichen Hofnarren zu durchbrechen: Sein Rigoletto blieb eindimensional auch in der Tongebung – eine gebückte Vaterfigur, die stets in wohlklingenden Belcanto-Phrasen vor sich hin tönte, ohne besondere Anteilnahme oder gar Erschütterung auszulösen.

Franco Bonisolli nutzte seine Chance, sang erstaunlich kultiviert und höhensicher, wie immer, gegen den Unmut eines Teils des Publikums an, das ihm offenbar seine erpresserischen Methoden übelnahm und in die Szenen hineinlachte und buhte. Eiserne Nerven bewies in dieser allgemeinen Hektik und Nervosität Edita Gruberova, die gesanglich an diesem Abend auf einsamer Höhe stand und ihr „Caro nome“, aber auch alle anderen Gilda-Passagen mit Bravour und zu Herzen gehendem Ausdruck sang.

Sie allein fand sich umjubelt vor dem Vorhang, während alle übrigen, auch Muti, mit lautstarken Unmutsäußerungen bedacht wurden. Verdi-Drill – das ist nichts für Wiener Opernfreunde oder solche, die sich dafür halten.

ANDREA SEEBOHM

JOURNAL

Marx und Luther auf der Leipziger Buchmesse

dpa, Leipzig

Das Gesicht von Karl Marx und die Züge Martin Luthers gehören zu den dominierenden visuellen Eindrücken auf der diesjährigen Internationalen Leipziger Buchmesse. Rund 800 Verlage präsentieren ihre Neuerscheinungen. Der Publikumsansturm, insbesondere bei den Ständen bundesdeutscher Verleger, ist zum Teil so gewaltig, daß das Interesse der Besucher durch Absperrungen und Warteschlangen reglementiert werden muß. Dagegen ist vor den Ständen mit Marx-Plakaten und Marx-Profilen kein Gedränge zu verzeichnen, trotz dreier neuer Bände der Marx-Engels-Gesamtausgabe. Zu Luthers 500. Geburtstag haben die „DDR“-Verlage mehr als 200 Titel vorgelegt. Das reicht vom letzten Band der kritischen Gesamtausgabe bis hin zu Luther-Anekdoten.

Europarat-Ausstellung diesmal über Portugal

dpa, Lissabon

Unter dem Titel „Die portugiesischen Entdeckungen und das Europa der Renaissance“ wird am 7. Mai in Lissabon die 17. Ausstellung des Europarats eröffnet. Damit werden erstmals die Grenzen des alten Kontinents innerhalb der Europarat-Ausstellungen thematisch überschritten. Sechs Wochen lang sind etwa 5000 Objekte aus 15 Ländern, darunter den USA, Kanada, Japan und Indien, in der portugiesischen Hauptstadt zu sehen. Die Ausstellung will die großen überseeischen Entdeckungen Portugals würdigen und die von ihnen herbeigeführten Änderungen des kulturellen und täglichen Lebens verdeutlichen.

Weltweiter Feldzug gegen Video-Räuber

dpa, Genf

Über Maßnahmen gegen die unerlaubte Aufzeichnung und Weiterverbreitung von Radio- und Fernsehsendungen sowie gegen Raubdrucke literarischer Werke werden von morgen an am Sitz der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) in Genf rund 200 Vertreter von Regierungen, Rundfunkanstalten und Verlagen aus aller Welt beraten. Es sollen dabei Überlegungen darüber angestellt werden, welche gesetzlichen Schritte, zum Beispiel Verhinderung des Imports solcher Produkte, ergriffen werden könnten.

Koestler-Erbschaft für Parapsychologie

dpa, London

Der Schriftsteller Arthur Koestler – vor zehn Tagen zusammen mit seiner Frau freiwillig aus dem Leben geschieden – hat in seinem Testament 400 000 Pfund (1,5 Millionen Mark) zur Schaffung eines Universitätslehrstuhls für Parapsychologie hinterlassen. Die Summe soll aus dem Verkauf der beiden Häuser Koestlers gewonnen werden. Mehrere britische Universitäten sind an der Erbschaft interessiert.

Hochhuth-Stück erstmals in der Sowjetunion

fhn, Moskau

Erstmals wird in der Sowjetunion ein Stück von Rolf Hochhuth aufgeführt. Das Dramentheater „Malaja Bronnaja“ in Moskau zeigt seit kurzem seine „Ärztinnen“ in einer Inszenierung von Hans-Anselm Perten, dem Leiter des Volkstheaters in Rostock. Hochhuth, der an der Premiere teilnahm, äußerte sich anerkennend über die russischen Schauspieler und die sorgfältige Textbearbeitung.

Zeichnungen von deutschen Bildhauern

DW, London

Bis 25. April zeigt das Goethe-Institut in London die erste Ausstellung der Reihe „Die Kunst der deutschen Zeichnung“. Sie beschränkt sich auf Bildhauerzeichnungen der Gegenwart. Ausgewählt wurden Horst Antes, Emil Cimiotti, Friedrich Gräsel, Erwin Heerich, Bernd Klötzer und Rolf Szymanski. Die Reihe soll künftig mit jährlich ein bis zwei Ausstellungen fortgesetzt werden.

Karikatur-Aphorismen im W.-Busch-Museum

DW, Hannover

„Ätzende Striche – Beißende Worte“ heißt eine Ausstellung im hannoverschen Wilhelm-Busch-Museum. Gezeigt werden Zeichnungen von Herbert Böhler (Bonn), Dieter Groß (Stuttgart) und Beate Hübner (Flörsbachtal), zu denen Hanns-Hermann Kersten Aphorismen schrieb. Die Ausstellung ist bis zum 22. Mai zu sehen. Der Katalog mit 134 Seiten und 97 Abbildungen kostet im Museum 18 Mark, über den Buchhandel (Merlin-Verlag) 24 Mark.

Dokumente zur Kultur der US-Arbeiterbewegung

AP, Berlin

Einen Einblick in Geschichte, Kunst und Kultur der amerikanischen Arbeiterbewegung liefert die Ausstellung „Das andere Amerika“, die von der „Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst“ bis zum 24. April in der Staatlichen Kunsthalle Berlin gezeigt wird. Mehr als 3000 Dokumente und Bilder über die Zeit von der Entdeckung der Neuen Welt bis heute sollen „Geschichte von unten“ aufrollen, indem sie Alltag und Arbeitsbedingungen der Durchschnittsamerikaner und der Randgruppen beschreiben.

Experten warnten, die Kirche mahnte – doch Glaube, Hoffnung oder Verzweiflung der Menschen sind stärker: Seit fünf Wochen läßt der Run auf die „Wunderquelle" von Ranschbach nicht nach. Inzwischen hat die Analyse im Auftrag einer Illustrierten angeblich ergeben, daß die Qualität des Quellwassers schlechter als die von Trinkwasser sei. Und auch ein allzu weltlicher Streit ums „wundertätige" Naß droht Ranschbach und seine Nachbarn zu entzweien. Doch den Ansturm der „Pilger" vermag dies nicht zu bremsen: Auch an diesem Wochenende waren es wieder 10 000.

In der Hoffnung auf ein Wunder warten im Weindorf Tausende auf Wasser



Alle Skepsis und Mahnungen der Experten vermögen den Glauben an Wunder oder zumindest an die Heilkraft der Quelle in Ranschbach kaum zu schwächen – auch am vergangenen Wochenende kamen wieder fast zehntausend Menschen mit Flaschen und Kanistern. FOTO: DPA

Von ULRICH BIEGER

Es ist schon ein kleines Wunder, wie Polizeiobermeister Thomas Tretter seit vier Wochen täglich Tausende von Autos durch die enge Dorfstraße von Ranschbach lotst. In dem winzigen Dorf in der Oberpfalz ist man allerdings seit Aschermittwoch gegen Wunder so ziemlich jeder Art allergisch. Da nämlich griff eine Boulevardzeitung auf, was als Illustriertenbericht drei Jahre zuvor kaum jemanden erregt hatte. Ein 13jähriger Junge, nach einem Sportunfall erblindet, hatte von dem Wasser getrunken und konnte wieder sehen.

Bis heute weiß niemand, warum nun ausgerechnet die aufgewärmte Geschichte Wundergläubige im In- und Ausland mobilisierte. Den 620-Seelen-Ort Ranschbach traf der plötzliche Ansturm wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Doch schon am zweiten Tag schickten sich die elf Gemeinderatsmitglieder und ihr Bürgermeister Hans Dieter Scherthan (39) an, den Run auf Ranschbach zu organisieren. Seitdem tagt täglich einmal der Gemeinderat, helfen Freiwillige aus dem ganzen Dorf beim Einweisen und Umleiten, gleicht der zum Parkplatz umfunktionierte Sportplatz einem Rübenacker. Und die meisten Dorfbewohner sind empört, weil sie selbst nur nachts an ihre Quelle kommen, weil aus der Stätte der Besinnung – zur Quelle gehört seit dem 12. Jahrhundert der Wallfahrtsort „Unserer Lieben Frau zum Kaltenbrunn" – ein Rummelplatz zu werden droht.

Dabei hat der plötzliche Andrang unzweifelhaft auch seine guten Seiten für den kleinen Ort zwischen den sanften, von kurzen Rebstöcken linierten Weinbergen. Auf Ranschbach, das sich bis dahin als unscheinbares Anhängsel der Deutschen Weinstraße übersehen fühlte, zeigen heute viele nagelneue Wegweiser. Ein Hotelkonzern, der schon lange 150 Betten in der Gegend unterbringen will, scheint sich nun für Ranschbach zu entscheiden. Einige Ranschbacher machen am Wochenende gute Geschäfte mit Glühwein und Würstchen, andere auch werktags mit Fünf- (drei Mark) und Zehn-Liter-Kanistern (fünf Mark). Die örtlichen Winzer und ein Schnapsfabrikant haben berechtigte Hoffnungen, daß auch sie vom Wasser-Boom profitieren. Wobei die Winzergenossenschaft Wert auf die Feststellung legt, daß dem „Ranschbacher Seeligmacher" nur die Anziehungskraft der Quelle zugute kommt ...

Schließlich haben auch noch Evi Löffler und Birgit Wilde dem plötzlichen Ruhme Ranschbachs viel zu verdanken. Sie wurden, nach monatelanger Arbeitslosigkeit, von Bürgermeister Scherthan eingestellt, um täglich Hunderte von Anrufen zu beantworten: Ohne Pause beschreiben sie die Anreise nach Ranschbach und die Wirkungsweise des Wassers, bedauern sie, daß die Gemeindeverwaltung ebenso wie der Pfarrer weder auf mündliche noch auf schriftliche Bestellung Wasser versenden kann. Scherthan: „Es war einfach nicht mehr zu bewältigen."

Dem 74jährigen Pfarrer i. R. Josef Keiser wurde solcher Dienst am Nächsten vom Bischöflichen Ordinariat in Speyer schlicht untersagt. Dabei war er es, der das Wasser beim Staatlichen Untersuchungsamt hatte analysieren lassen. 428 Feststoffe wurden herausgefiltert, die durchaus, so die Fachleute, bei bestimmten Krankheiten (Ödembildungen, Herz- und Leberkrankheiten, Bluthochdruck, Verdauungsstörungen und Steine in den Nieren) lindernde Wirkung haben können. Mit diesem Ergebnis in der Hand stellte die Gemeinde beim Innenministerium den Antrag auf die Bezeichnung „Staatlich anerkannte Heilquelle". Für erste Infrastrukturmaßnahmen (Parkplatz, An- und Abfahrtswege) gab die Regierung in Mainz erst einmal 100 000 Mark.

Zur „größtmöglichen Zurückhaltung in der Beurteilung des gegenwärtigen Geschehens in Kaltenbrunn" ruft unterdessen der Speyerer Weihbischof Ernst Gutting auf: „Wieweit jemand, der dieses Wasser in Zusammenhang mit vertrauensvollem Gebet gebraucht, eine Heilung oder Linderung seines Leidens als Gebetserhörung betrachtet, muß seiner persönlichen Glaubensübersetzung überlassen bleiben."

So wie der Bischof mahnt, Kaltenbrunn nicht als „Wunderquelle" zu bezeichnen, so wehren sich auch Ranschbacher gegen diesen Begriff. Die, die überhaupt noch Auskunft geben, gestehen zu, daß ihnen das Wasser immer schon gut getan, hier und da auch einmal vom „Zipperlein" befreit habe. Wobei die „Einnahme" eher profan bleibt: „Wir holen uns das Wasser", sagt eine ältere Dorfbewohnerin, „vor allem zum Kaffeekochen."

Und selbst Marie Lauth, Mutter des weiland erblindeten, inzwischen 16 Jahre alten Ulrich, glaubt eher an die Wirkung des täglichen Gebets vieler Dorfbewohner in der Kirche denn an die Wunderwirkung des Wassers: „Die Ärzte haben nur gesagt, die Zeit wird zeigen, ob der Bub gesund wird. Da haben wir halt gebetet." Eher nebenbei gab sie ihm vom Wasser zu trinken und wusch ihm damit die Augen aus.

Ob nun medizinisch erklärbar oder glückliche Fügung – vom Wunder ist das Ergebnis weit entfernt. So wie das Bischöfliche Ordinariat legen sich auch Theologen äußerste Zurückhaltung auf bei dem, was der Volksmund „Wunder" nennt. Professor Franz Böckle, Theologe an der Uni Bonn, nennt das „zentralste aller Wunder" die Auferstehung Jesu. Aber selbst hier spreche die Theologie lieber von einem „Zeichen, das aus dem Glauben erwachsen ist", als von einem Wunder, um jeden Vergleich mit einem Zauber oder ähnlichem auszuschließen.

Selbst bei Wallfahrtsstätten wie Lourdes, wo die Kirche die Marienverehrung offiziell fördere, spreche man nicht von Wundern, sondern eher von „Gebetserhörung". In Lourdes etwa muß eine international zusammengesetzte Ärztekommission nach einer Heilung bestätigen, daß ein Kranker gesund wurde, ohne daß es dafür eine nach den heute bekannten Gesetzmäßigkeiten erkennbare Erklärung gibt.

Die inzwischen wohl *100 000* Menschen, die sich um die Quelle drängten, werden dies alles nicht wissen. Sie reisen stundenlang an, um sich dann fünf, sechs Stunden und länger für ein oder zwei Kanister Wasser anzustellen. Viele kommen aus Verzweiflung wie Alice Seelinger, deren Mann an der Parkinsonschen Krankheit leidet. Alle Wissenschaft konnte ihm nicht helfen. Die Strapazen der langen Reise bringen ihm und seiner Frau zumindest einige Tage der Hoffnung und damit auch Erleichterung. Was sich da bei bitterer Kälte und im meist knöcheltiefen Schlamm versammelt, hat oft unerträgliche Schmerzen – so wie Doris Vogel, die sich eine Linderung ihrer Arthrose von der Quelle erhofft. Oder sie leiden gar Todesangst wie der Kioskbesitzer aus Wolfenbüttel, dem das Wasser seine Herzkrankheit nehmen soll. Und niemand kann es hier komisch finden, wenn Alfred Deeserich erzählt, daß seine Frau Probleme mit dem Stuhlgang hat und es nun einmal mit dem Wasser versuchen will. Denn sie alle sind hier aus dem gleichen Grund.

Angesichts dieser frierenden Menschen mag man nicht mehr lächeln. Man möchte nur staunen, wie weit sie weg sind von der Welt da draußen, die den hochtechnisierten Überwachungsstaat Orwells fürchtet, die mit klickenden Apparaten Leben rettet und wiederverwendbare Raumtransporter baut. Ihr Glauben, ob er nun wurzelt in *Religiosität, Naivität oder* Verzweiflung, wird gespeist aus einer Quelle, die man – zwecks Rationalisierung – auf fünf Zapfstellen verteilt hat.

Die geparkten Autos an den Zufahrtswegen zeigen, daß es beim Wunderglauben keinen Unterschied zwischen Arm und Reich gibt. Eher schon zwischen Stark und Schwach; denn ab und zu, wenn jemand vordrängelt, hauen sie sich im Schatten der Muttergottes zum Kaltenbrunn die Kanister so lange auf den Kopf, bis die Polizei eingreift. Die muß allerdings zusehen, wenn einige Orte weiter das Wasser schon an Tankstellen zu Wucherpreisen von 50 Mark für fünf Liter gehandelt wird – ohne die Garantie, daß es nicht aus dem nächsten Wasserhahn stammt.

Überhaupt bleibt Skepsis geboten. Der Abfahrtsweg von der Quelle führt am Friedhof des Dorfes vorbei. Und hier liegen lauter Ranschbacher, die ihr Leben lang vom Wasser der Quelle tranken ...

Unterschätzte Pilot aus Kuwait seinen Jumbo?

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Drei Beauftragte des Luftfahrtbundesamtes in Braunschweig ließen gestern auf dem Rhein-Main-Flughafen die Cockpit-Voice-Recorder (Aufzeichnungsgeräte für Cockpit-Gespräche) zweier Flugzeuge ausbauen, um zu klären, wie es am Samstag zum Zusammenstoß zwischen einem Jumbo der Kuwait Airways und einer Boeing 737 der PanAm kam. Bevor in frühestens drei Wochen das offizielle Ergebnis der Untersuchungen eintrifft, zeichnete sich an Ort und Stelle gestern immer klarer ab, daß der mit 50 bis 60 km/h zum Start rollende Pilot des Kuwait-Jumbos offenbar die Breite seiner Maschine unterschätzt und deshalb die mit dem Heck in die Längsrollbahn ragende Pan-Am-Maschine gerammt hat.

Die Boeing 737 der PanAm, die angeblich nur noch Schrottwert besitzt – sie soll bei dem Zusammenprall so gestaucht worden sein, daß der Rahmen nicht mehr zu richten ist – war einige Zeit vor dem Jumbo auf dem Rollweg Alpha längs der eigentlichen Startbahn in Richtung Start gerollt. Auf Starthöhe bog sie ab, um die Startbahn zu erreichen. Sie mußte jedoch warten, weil vor ihr eine andere Maschine die Freigabe für die Startbahn bekam. In Warteposition ragte ihr Heck um einige Meter in den Rollweg Alpha. Auf eben diesem Rollweg näherte sich inzwischen der Kuwait-Jumbo. Da alle Bewegungen von Maschinen auf dem Vorfeld nach Sicht erfolgen (und nicht etwa durch Funkanweisung aus dem Tower), hätte der Pilot der Kuwait-Maschine das Hindernis vor sich erkennen, abbremsen und ausweichen müssen.

Morgen Sirenen-Test

AP, Bonn

Morgen Punkt zehn Uhr beginnt wieder der halbjährliche Test der 67 780 Warnsirenen im gesamten Bundesgebiet. Begonnen wird mit dem Entwarnungs-Signal, einem einminütigen Dauerton. Es folgt ein Heulton, der in Friedenszeiten bedeutet: „Rundfunk einschalten und auf Durchsage achten"; in Kriegszeiten bedeutet der Heulton „Luftalarm".

Roboter mit Gespür

AP, Smethwick

Ein Roboter, der es Patienten ermöglichen soll, ohne Scham ih[r] innerstes Seelenleben auszubreiten, wird derzeit von einem Forscherteam in Smethwick nahe Birmingham entwickelt. Der Robot[er] ist programmiert, über eine Bildschirmwand Fragen mehrmals zu wiederholen, wenn Patienten zögern, Intimes zu beantworten.

Flutwellen nach Seebeben

AP, Jakar[ta]

Mehrere Küstenorte auf der indonesischen Molukken-Insel Amb[on] sind, wie gestern bekannt wurd[e,] am Samstag nach einem Seebeb[en] von drei Meter hohen Flutwell[en] überspült worden. Einige Wohnhäuser und Verwaltungsgebäud[e] wurden beschädigt.

Wieder Rassenunruhen

AP, Miam[i]

In der schon wiederholt von Rassenunruhen erschütterten Sta[dt] Miami im US-Bundesstaat Flori[da] sind gestern nacht neue Krawall[e] ausgebrochen. Rund 500 schwar[ze] Jugendliche schleuderten Stein[e,] setzten Müll in Brand und plünde[r]ten eine Tankstelle. Zu den Au[s]schreitungen kam es, als die Poliz[ei] ein Fest der Schwarzen wegen R[u]hestörung unterbrach.

Kenias erster Wein

AFP, Nairo[bi]

„Papaya" heißt der erste kenian[i]sche Wein, der jetzt von der staat[li]chen „Kenianischen Weinbehörd[e"] auf den Markt gebracht wurde, e[in] süßlicher Weißwein, der von seine[m] Hersteller als „exotisch-fruchti[g"] bezeichnet wird. Gewonnen wi[rd] der Kenia-Tropfen aus der Fruc[ht] des „Carica Papaya".

Massenmorde an Mädchen

rtr, Kanto[n]

Als Folge rigoroser Geburtenko[n]trolle haben Morde an neugebor[e]nen Mädchen ein Ausmaß ang[e]nommen, das die Behörden um d[as] Gleichgewicht der Geschlecht[er] fürchten läßt. In der *Provinz Hub[ei]* am Yangtse beträgt das Verhältn[is] von Knaben und Mädchen unt[er] fünf Jahren inzwischen fünf zu ein[s,] meldet die Kantoner Zeitu[ng] „Tangcheng".

LEUTE HEUTE

Der Unterschied

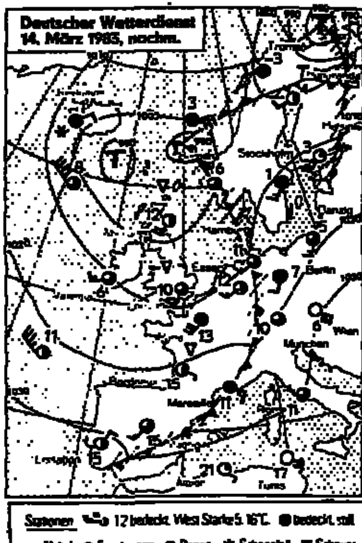
Sie sehen sich als typische Touristen, die sich Ägypten anschauen: Gewöhnliche Touristen sind **Jimmy** und **Rosalynn Carter** aber deswegen noch lange nicht, auch wenn sie ganz privat durch den Nahen Osten reisen. So läßt es sich **Hosni Mubarak**, der ägyptische Staatspräsident, nicht nehmen, mit dem ehemaligen US-Präsidenten zu speisen. Und der genießt es, als „Friedensbringer von Camp David" begrüßt zu werden. Carter: „Hier hätte man bei Wahlen keine schlechten Chancen."

Umgezogen

Den ersten großen Schritt in die Fußstapfen ihrer großen Schwester **Margaux** hat **Mariel Hemingway** (21), Enkelin von Ernest, getan. In dem Film „Star 80" von **Bob Fosse** spielt sie ein Starlet, das von seinem Mann umgebracht wird. Vom Erfolg angespornt, stellte sie sich jetzt ganz auf sich. Sie zog von der Familienranch in Ohio nach New York, ließ sich die Haare schneiden und wartet „mit Ungeduld" auf die erste große Liebe ihres Lebens ...

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Hinter einem nach Osten abziehenden Tiefausläufer strömt wolkenreiche Meeresluft nach Deutschland. Der Südosten wird von einem Randtief über dem Löwengolf beeinflußt.



Vorhersage für Dienstag:

Südosten: Stark bewölkt bis bedeckt und teilweise länger andauernder Regen. Tagestemperaturen nahe 10 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 5 Grad. Mäßiger Wind um Süd.

Übriges Bundesgebiet: Wechselnde Bewölkung mit einzelnen Schauern. Tagestemperaturen um 11 Grad, in den Hochlagen der Mittelgebirge um 7 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 7 bis 4 Grad. Mäßiger, zeitweise auffrischender Wind um Südwest.

Weitere Aussichten:

Weiterhin Schauer.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	7°	Kairo	15°
Bonn	14°	Kopenh.	4°
Dresden	6°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	10°
Frankfurt	12°	Madrid	15°
Hamburg	11°	Mailand	8°
List/Sylt	7°	Mallorca	18°
München	10°	Moskau	3°
Stuttgart	12°	Nizza	12°
Algier	21°	Oslo	3°
Amsterdam	11°	Paris	13°
Athen	8°	Prag	4°
Barcelona	15°	Rom	11°
Brüssel	12°	Stockholm	1°
Budapest	6°	Tel Aviv	18°
Bukarest	6°	Tunis	17°
Helsinki	3°	Wien	6°
Istanbul	4°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.36 Uhr, Untergang: 18.27 Uhr; **Mondaufgang:** 7.42 Uhr, Untergang: 20.24 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Kanalfähre unter Wasser „zugenagelt"

Bergungsreederei schleppt „European Gateway" an Land

HELMUT VOSS, London

„Sorgen? Die Wijsmuller-Leute machen sich nie Sorgen", grinste ein Agent für die niederländische Bergungsreederei „Wijsmuller Salvage BV", Stuart Frith, gestern in seinem Büro im ostenglischen Fährhafen Felixstowe. Der Kommentar galt dem glücklichen Ausgang eines Millionen-Pokerspiels mit der Nordsee: Seit Sonntag ruht die von Wijsmuller auf eigene Kosten aufgerichtete, wieder flottgemachte und in Landnähe geschleppte Nordseefähre „European Gateway" in nur 1,1 Meilen Entfernung vor Felixstowe auf einer flachen Sandbank und wird dort für die letzte Bergungsphase vorbereitet.

„Der Rest ist jetzt reine Routine", erläuterte Frith, „wir haben den Hochseeschlepper „Titan" und zwei große Leichter an dem in einer Position von 130 Grad – das bedeutet, daß der Bug nach Südosten zeigt – liegenden Havaristen festgemacht und werden noch ungefähr zwei Tage damit beschäftigt sein, Schlick aus dem Schiffsrumpf zu entfernen und die Decklast besser zu verteilen. Sowie das Schiff ausreichend ausbalanciert ist, werden wir es erneut flottmachen und dann in den benachbarten Hafen von Harwich einschleppen. Eigentlich kann jetzt nichts *mehr* schiefgehen, und die Stimmung bei unserem Bergungsteam ist entsprechend ausgelassen."

Die „European Gateway", eine 4263 BRT große, zwischen englischen und kontinentaleuropäischen Häfen verkehrende Ro-Ro-Fähre, war am 19. Dezember vorigen Jahres unter noch ungeklärten Umständen rund zwei Meilen vor der ostenglischen Küste von einer anderen Fähre breitseits gerammt worden und binnen zwanzig Minuten mit einem Sechzig-Meter-Leck auf der Steuerbordseite gesunken. Sechs Menschen kamen damals ums Leben.

Die Firma Wijsmuller war das einzige Bergungsunternehmen, das sich bald darauf bereit erklärte, den bei Lloyds für 54,5 Millionen Mark versicherten, wie ein gestrandeter Wal auf einer Sandbank auf der Seite liegenden Havaristen nach den Bedingungen der „open form"-Bezahlung – nur bei Erfolg – zu bergen. Ein erster Bergungsversuch Anfang Februar schlug fehl, als eine von acht armdicken Ketten, mit denen das Halbtaucher-Bergungsfahrzeug „Super Servant 3" die Fähre auf ebenen Kiel zu ziehen versuchte, riß und eine der Winden über Bord ging. An den Tagen darauf erhielt Wijsmuller-Chef Nan Halfweeg selbst aus der Bundesrepublik Briefe von selbsternannten Bergungsexperten mit Tips: „Einer schlug vor, neben dem Schiff eine Rinne auszuheben und es dort hineinrutschen zu lassen. Das hätte natürlich keinen Zweck gehabt, weil wir dann nicht das Leck hätten abdichten können."

Vor zwei Wochen hatten die Holländer, die die Bergungsaktion rund 35 000 Mark pro Tag kostete, dafür mit ihrem eigenen Rezept Erfolg. Sie schafften es, den zu der Zeit von den Winterstürmen bereits arg zerbeulten Havaristen aufzurichten. Anschließend dichteten Taucher das Schiff ab, indem sie über das Leck mit Explosivnieten eine maßgeschneiderte, zwanzig Tonnen schwere Stahlplatte „nagelten". Dann wurde das Wasser aus dem Rumpf gepumpt: Die wieder flotte „European Gateway" konnte samt den zertrümmerten Lastzügen auf dem Fährdeck Richtung Felixstowe geschleppt werden. Der Gewinn, der den pokernden Bergern jetzt winkt: umgerechnet vier Millionen Mark. (SAD)

Radtour ins Parlament stoppt schon der Pförtner

Parlaments-Knigge hilft Neulingen im Bonner Bundestag

STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit dem Fahrrad wollte eine Abgeordnete der Grünen durch die schweren Panzerglastüren ins Bundestagsgebäude. Sie scheiterte prompt an einem Pförtner. Der erklärte ihr in aller Ruhe mit Nachdruck, daß das Hohe Haus kein Abstell- oder Verwahrplatz für Zweiräder sei. Die Neu-Parlamentarierin hätte sich ihren Versuch sparen können, wenn sie vorher die von der Bundestagsverwaltung herausgegebene „Lebenshilfe" im Paßformat studiert hätte.

Denn in dem 140 Gramm schweren, mit einem roten Plastikumschlag geschützten „Wegweiser für Abgeordnete" heißt es: „Zur Vermeidung von Unfällen wird gebeten, Fahrräder, Mopeds und Motorräder nicht auf den Gehwegen, an Hauswänden und Gartenmauern abzustellen. Ausreichend große und überdachte Abstellanlagen sind vorhanden."

Auf 160 Seiten können sich vor allem die erstmals ins Parlament gewählten 102 Volksvertreter der vier Fraktionen über ihre Rechte und Möglichkeiten informieren. Vorsorglich betont Bundestagsdirektor Helmut Schellknecht im Vorwort: „Soweit im ‚Wegweiser' bestimmte Verpflichtungen der Abgeordneten angeführt werden, handelt es sich ausschließlich um Hinweise auf gesetzliche und geschäftsordnungsrechtliche Bestimmungen oder auf Beschlüsse und Vereinbarungen parlamentarischer Gremien."

Dennoch liest sich der Parlaments-Knigge teilweise wie die Hausordnung eines Internats. So heißt es zum Beispiel: „Die Sportgemeinschaft bietet Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung aller Art." Oder zum Thema Englischkurse: „Ziel der Übungsstunden ist es, vorhandene Kenntnisse zu erweitern, die Umgangssprache zu pflegen und die Anwendung britischer und amerikanischer parlamentarischer Begriffe zu vermitteln." Weiter heißt es: „Entschuldigungsschreiben müssen rechtzeitig vorliegen oder zumindest telefonisch angekündigt sein."

Gleich zu Beginn der Broschüre wird die Rechtsstellung der Volksvertreter erläutert. Schwerpunkt ist dabei der Hinweis, daß „Ansprüche auf Entschädigung" mit dem Tag der Mandatsannahme beginnen. Hingewiesen wird darauf, daß die Volksvertreter „unverzüglich" neben einem Abgeordnetenausweis einen Ausweis zur Führung von Staatsgesprächen, eine Freifahrkarte der Bundesbahn und einen Ausweis zur kostenlosen Benutzung der Postbusse erhalten.

Damit ein Abgeordneter nicht aus Unwissenheit Einbußen hinnehmen muß, wird darauf hingewiesen, daß das unentschuldigte Fehlen an einem Plenarsitzungstag 150 Mark, die Nichtteilnahme an einer namentlichen Abstimmung 75 Mark kostet und sich jeder Parlamentarier an einem Sitzungstag zwischen sieben und 21 Uhr in die Anwesenheitsliste eintragen muß. Außerdem wird erklärt, daß beim „Hammelsprung" mit Hupton und rotem Licht und bei namentlicher Abstimmung mit „unterbrochenem Klingelzeichen in Verbindung mit Hupton" sowie weißem und rotem Licht in den Plenarsaal gerufen wird.

Schließlich wird noch auf die vorhandenen Annehmlichkeiten hingewiesen. Da gibt es eine „Badestelle mit Wannenbädern und Duschen", nach Geschlechtern getrennte Ruheräume, einen Trimm-Dich-Raum und – natürlich – Restaurants, Kantinen, eine Kaffeebar und eine Cafeteria zur Erholung von den parlamentarischen Strapazen.

ZU GUTER LETZT

„Das Wetter heute: Schafft d[ie] Fünf-Grad-Hürde." Aus „Kiel[er] Nachrichten"

